



SÜDOSTEUROPA- GESELLSCHAFT

**Dr. Fritz Exner-Kolloquium
für Nachwuchswissenschaftler im Bereich der
Südosteuropa-Forschung**



Bundesakademie für kulturelle Bildung, Wolfenbüttel, 30.3.-1.4.2006

Wissenschaftliche Leitung

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft,
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Wolfgang Höpken, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft,
Universität Leipzig

EXPOSÉS

Urheberrechte: Die in der Web-Publikation enthaltenen Beiträge (Einzelbeiträge und Sammelband) sind urheberrechtlich geschützt. Ihre Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig und strafbar.

© Südosteuropa-Gesellschaft

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort Gernot Erler, MdB , Staatsminister im Auswärtigen Amt, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft	4
Begrüßung der Teilnehmer durch Dr. Fritz Exner , Ehrenmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft, Oberursel	5
<u>I ARBEITEN ZUR ZEITGESCHICHTE SÜDOSTEUROPAS</u>	
Dennis Dierks : Geschichtsschreibung im multikulturellen Raum. Eine Historiographiegeschichte Bosniens in der Neuzeit	7
Andrea Despot : Amerikas Weg auf den Balkan: Dimensionen amerikanisch-südosteuropäischer Beziehungen, 1821-1923	11
Alexander Korb : Verschränkte Genozide? Bevölkerungspolitik und Massenmord im Unabhängigen Staat Kroatien 1941-1945	15
Edvin Pezo : Jugoslawien und seine Muslime. Zur staatlichen Migrationspolitik und ihren Folgen in Makedonien, Kosovo und dem Sandžak 1918-1966	18
Maike Häusler : Zerrbild Rumänien: Entstehung, Wandel und Beeinflussung von Rumänienbildern in den bundesdeutschen Medien 1965-1989 (<i>noch kein Exposé</i>)	
Jérôme Brugger : Zwischen „bürgerlichem“ Nationalismus und „Nationalem Nihilismus“. Konstruktion und Inszenierung einer kollektiven Identität am Beispiel des Jubiläums „1300 Jahre Bulgarien“ 1981	22
<u>II ETHNIZITÄT, NATION, IDENTITÄT</u>	
Irena Madžoski : Die Region Sandžak: Hintergründe und mögliche Folgen einer Sezession	26
Ana Djordjević : „Io mis Rumân“ - Ethnographische Studie zur Identitätskonstruktion der BewohnerInnen eines vlachischen Dorfes in Ostserbien unter Einbeziehung der Sicht in Österreich lebender Vlachen, sowie vlachischer kultureller Organisationen in Ostserbien -	30
Ljubica Zorica : Identität der Kroaten in Österreich am Beispiel von interethnischen Freundschaften zwischen Kroaten und Serben	35
<u>III ARBEITEN ZUR TRANSFORMATIONSFORSCHUNG</u>	
Michael Hein : Prekäre Stabilität. Verfassungskonflikt und Verfassungspolitik in Bulgarien seit 2002	38
Katja Michalak : Patterns of Civil Service Reform: Romania – a Multi-dimensional State-Analysis (<i>noch kein Exposé</i>)	

- Martin Ivanov:** Die ökologische Modernisierung der Balkan-Länder Bulgarien und Rumänien im Zuge ihrer europäischen Integration. Eine Analyse der Energiepolitik und –wirtschaft 42
- Julia Nietsch:** Die Rolle der lokalen Zivilgesellschaft in Post-Konflikt-Transformationsprozessen: Die Interaktion zwischen NGO's und Regierungsinstitutionen in Bosnien und Herzegowina und Kosovo 46
- Helga Zichner:** Eine „Rakete“ am Scheideweg: über die Rolle von Vertrauen und Misstrauen für zivilgesellschaftliches Engagement in Rumänien am Beispiel einer multiethnischen Initiative 50
- Emanuel Galić:** Kroatiens EU-Beitritt unter dem Aspekt der Minderheitenpolitik - Eine politikwissenschaftliche Analyse zum aktuellen Stand der Implementierung der politischen Beitrittskriterien in Beitritts- und Kandidatenstaaten 54
- Valeska Bopp:** Zwischen Amnesie und Hypermnésie: Die Tradierung der rumänischen Revolution von 1989 im Spannungsfeld von öffentlichem und privatem Diskurs 59

WEITERE EXPOSÉS

- Marija Vulesica:** Holocaust in Kroatien: Die Vernichtung der Juden im „Unabhängigen Staat Kroatien“ 1941 bis 1945 65
- Oliver Schwarz:** Erweiterung als „Überinstrument“? Zur Europäisierung des westlichen Balkans 68

Grußwort des Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

anlässlich des Dr. Fritz Exner Nachwuchskolloquiums am 30. März 2006 in Wolfenbüttel

Lieber Herr Dr. Exner!

Lieber Herr Professor Axt und lieber Herr Professor Höpken!

Liebe Teilnehmer des Nachwuchskolloquiums!

Da es mir leider nicht möglich ist, an der Nachwuchstagung zur Südosteuropa-Forschung teilzunehmen, möchte ich mich auf diese Weise persönlich an Sie wenden und Sie herzlich im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft begrüßen. Ich bin unserem Ehrenmitglied, Herrn Dr. Fritz Exner, außerordentlich dankbar, dass er seinen 80. Geburtstag zum Anlass genommen hat, seinem intensiven Engagement für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Südosteuropa-Forschung einen weiteren wichtigen Baustein hinzuzufügen und dieses Kolloquium zu finanzieren.

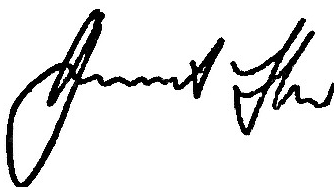
Mit dem ersten "Dr. Fritz Exner Kolloquium" können wir neben der jährlich stattfindenden Internationalen Hochschulwoche im Oktober in Tutzing ein Forum für einzelne Disziplinen anbieten. Wie groß das Bedürfnis nach einem Informationsaustausch unter jungen Fachkollegen aus der Geschichts- und Politikwissenschaft ist, hat uns die enorme Resonanz auf den Call for Papers zu dem Kolloquium gezeigt. Vielleicht wird ja eine Ihrer Dissertationen nach ihrer Fertigstellung wieder bei uns in der Gesellschaft zur Begutachtung für einen Förderpreis eingereicht, den Dr. Fritz Exner mit der „Fritz und Helga Exner-Stiftung“ an junge Nachwuchswissenschaftler vergibt.

Die Zukunft Südosteuropas, mit der wir in der europäischen Perspektive verbunden sind, braucht gerade jetzt Sachverstand und Verständnis über die historischen und politischen Zusammenhänge. Wie notwendig eine Verständigung über die schwierigen Lasten der jüngsten Vergangenheit ist, führt uns nicht zuletzt der Tod von Slobodan Milošević vor Augen, aus dem nicht nur für die serbische Innenpolitik eine gefährliche Herausforderung erwachsen kann. Wissenschaftlicher Austausch und Expertise, die mit Ihnen heranwächst, sind entscheidende Bausteine für eine gute Zukunft der Staaten und Völker in der Region Südosteuropa.

Ich wünsche Ihnen einen fruchtbaren und interessanten Austausch und freue mich darauf, die Ergebnisse Ihrer Arbeiten auf der Website der SOG nachlesen zu können. Ich hoffe sehr, dass wir mit diesem Kolloquium für Sie und Ihre wissenschaftliche Arbeit ein Forum bieten können, das nicht nur Anregungen für Ihre Arbeit selbst bieten sondern noch weiter in Ihre zukünftige berufliche Laufbahn tragen kann. Umso mehr würde ich mich freuen, wenn sich einige von Ihnen entschließen, der Südosteuropa-Gesellschaft als Mitglied beizutreten und Ihre Expertise in die Gesellschaft einbringen.

Mit einem herzlichen Dankeschön an die Vizepräsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Herrn Professor Heinz-Jürgen Axt und Herrn Professor Wolfgang Höpken, für ihre Initiative und Bereitschaft, dieses Kolloquium wissenschaftlich zu leiten, bin ich

Ihr



Gernot Erler, MdB
Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft

Einführung und Begrüßung durch Dr. Fritz Exner

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich sehr, Sie zum Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler begrüßen zu dürfen, welches erstmals von der Südosteuropa-Gesellschaft veranstaltet wird.

Der Anlass für das Kolloquium ist mein 80. Geburtstag. Ich möchte damit meine enge Verbundenheit mit jungen Nachwuchswissenschaftlern aus den Bereichen der Geschichte und der politischen Wissenschaft zum Ausdruck bringen.

Mein Interesse an südosteuropäischer Geschichte resultiert nicht nur aus meinem Studium der neueren Geschichte und der Politikwissenschaft in der Zeit von 1947-1953 an der Philipps-Universität in Marburg, sondern vor allem aus meinem sehr ungewöhnlichen Berufsweg, der mich als promovierten Historiker in den Anlagenbau der deutschen Industrie führte.

Von 1954 bis 1989, also über 35 Jahre, war ich als Industriekaufmann für die Firmen Krupp in Essen und Lurgi/Metallgesellschaft in Frankfurt am Main tätig.

In den letzten 11 Jahren vor meiner Pensionierung war ich als Abteilungsdirektor der Lurgi für die Kontakte zu den Ost- und Südosteuropäischen Ländern zuständig. Diese beschränkten sich nicht nur auf die Vertretung der Interessen meiner Firma gegenüber Behörden und Wirtschaftsinstitutionen, sondern führten auch zur Mitarbeit in den Gemischten Kommissionen der Bundesrepublik mit den Regierungen von Bulgarien, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn. Hier fungierte ich als inoffizieller Sprecher des Deutschen Schweranlagenbaus.

Nach meiner Pensionierung im Sommer 1989, nutzte ich meine früheren Industriekontakte zu Vorträgen über die Erfahrungen im Ostgeschäft in Zusammenarbeit mit der "Vereinigung der Deutschen Maschinenbauanstalten" (VDMA).

Ich befasste mich später dann wieder mehr mit meinem Studienfach Geschichte und hielt Vorträge über die neuere Geschichte und die politischen Verhältnisse der Balkanländer.

1990 wurde ich durch meine schon längere Zeit andauernden Kontakte zur Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) Mitglied in dieser Gesellschaft. Ich beteiligte mich immer intensiver an ihren Veranstaltungen und Studienreisen und beschäftigte mich vor allem mit der Nachwuchsförderung. Ich verfolgte mit großem Interesse das Stipendienprogramm der SOG und die daraus entstehenden Kontakte zu den zu fördernden Studenten und postgraduierten Wissenschaftlern. Hieraus entstand Ende der 90-iger Jahre in enger Anlehnung an das Stipendienprogramm der SOG die eigene Vergabe von Reisestipendien an Mittel- und Südosteuropäische Nachwuchswissenschaftler auf dem Gebiet der Geschichte und der Politikwissenschaft. Die Stipendien umfassten jeweils die Finanzierung eines vierwöchigen Aufenthalts zu Studienzwecken in Deutschland. Aus den persönlichen Kontakten zu den Stipendiaten und durch die Zusammenarbeit mit der SOG entstand die Idee, mit meiner Frau eine Stiftung zu gründen. Hiermit wollte ich die Beziehungen zu Wissenschaftlern aus den Ost- und Südosteuropäischen Ländern institutionalisieren und weiter ausbauen.

Im Jahr 2000 wurde die Fritz und Helga Exner-Stiftung gegründet. Bis Ende 2005 wurde mehr als 20 Wissenschaftlern aus diesen Ländern eine Forschungsreise nach Deutschland ermöglicht. Ferner konnte eine Reihe von Förderpreisen an deutsche Nachwuchswissenschaftler für ihre wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der südosteuropäischen Geschichte und Politik vergeben werden.

So ist es sicherlich zu verstehen, dass die von den Professoren Axt und Höpken entwickelte Idee eines Süd-Osteuropa-Kolloquiums für Nachwuchswissenschaftler sofort mein Interesse fand. Dies

veranlasste mich, den Organisatoren vorzuschlagen, das erste Süd-Osteuropa-Kolloquium anlässlich meines 80. Geburtstags als "Dr. Fritz Exner Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler im Bereich der Süd-Osteuropa-Forschung"- zu veranstalten.

Zu dem 2. Schwerpunkt des Kolloquiums, der Politikwissenschaft, möchte ich bemerken, dass ich während meines Studiums indirekt in die Organisation dieses damals ganz neuen Studiengangs an Deutschen Universitäten eingeschaltet war. Ab 1948 hörte ich Vorlesungen und besuchte Seminare der Professoren Grabowski und Abendroth, die die beiden ersten Lehrstuhlinhaber des von den USA gestifteten Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Marburg waren. Professor Abendroth wurde dann auch Korreferent meiner Doktorarbeit.

Während meines Studienaufenthalts in den USA 1950/51 hatte ich auf einer 3-monatigen Studienreise im Anschluss an mein Geschichtsstudium im Herbst-Semester an der Chicago University die Aufgabe, an verschiedenen Universitäten und Colleges im Süden und Westen der USA die Organisation der Political Science Departments kennen zu lernen. Nach meiner Rückkehr im Frühjahr 1951 erhielt ich den Auftrag, für die Universitätsbehörden in Marburg einen Bericht über die Studienergebnisse und meine persönlichen Erfahrungen abzugeben.

Ich freue mich sehr, dass ich Gelegenheit erhalten habe, das heute beginnende Kolloquium aus Anlass meines 80. Geburtstags unterstützen zu können. Ich hoffe auf ein gutes Gelingen und einen regen Gedankenaustausch mit Ihnen.

Dr. Fritz Exner, Buchenweg 22, 61440 Oberursel; Tel.: 06171/21205

Exposé von Dennis Dierks

Geschichtsschreibung im multikulturellen Raum.

Eine Historiographiegeschichte Bosniens in der Neuzeit.

Dissertationsprojekt betreut von Univ.-Prof. Dr. Holm Sundhausen, FU Berlin

Inhalt

- I. Fragestellung, Material und Zeitraum der Untersuchung
- II. Theoretische Überlegungen und Aufbau der Arbeit
- III. Stand der Untersuchungen und Zeitplan
- IV. Abstract: Writing History in a Multicultural Space. A History of Bosnian Historiography in Modern Times
- V. Sažetak: Istoriografija u multikulturnom prostoru. Istorija istoriografije Bosne u novom vijeku

Fragestellung, Material und Zeitraum der Untersuchung

Ziel der Studie ist es, die Entwicklung der Bosniengeschichtsschreibung vom Zeitalter des Humanismus bis zur Gegenwart nachzuzeichnen. Einen Schwerpunkt der Untersuchung soll die Epoche der österreichisch-ungarischen Herrschaft und die Zeit seit den 1960er Jahren bilden, Zeitabschnitte also, in denen vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung Fragen der bosnischen Geschichte eine besondere Aufmerksamkeit genießen. Zur Auswertung sollen in erster Linie Texte in lateinischer, deutscher, bosnisch-kroatisch-serbischer sowie osmanisch-türkischer Sprache herangezogen werden.

Im Mittelpunkt der Analyse sollen historiographische Texte stehen. Historiographie wird hierbei begrifflich weit gefasst, hierunter wird nicht nur wissenschaftliche und populäre Geschichtsschreibung verstanden, sondern auch andere Textgenre, die Geschichtsbilder entwerfen und transportieren. Somit werden nicht nur Texte aus den Nachbardisziplinen Ethnographie und Geographie herangezogen, sondern – dies gilt insbesondere für die Zeit von 1878 bis 1918 und seit den 1960er Jahren – auch belletristische Texte, d. h. in erster Linie die so genannte Volksepik und historische Romane. Ausschlaggebend hierfür ist die Überlegung, dass solch nichtwissenschaftliche Texte auf die Formung und Tradierung von Geschichtsbildern einen ganz entscheidenden Einfluss haben, der die soziale Wirkmächtigkeit von wissenschaftlichen Diskursen oftmals übersteigt. Weiten Raum wird ebenfalls die Analyse von Schulbüchern einnehmen, da diese bei der Popularisierung von Geschichtsbildern eine zentrale Rolle spielen.

Hierbei soll der Versuch gewagt werden, einen Bogen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart zu spannen. Dies erscheint angesichts der geringen Textdichte bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts – die bosnische Geschichte stellte bis dahin nur ein Randthema innerhalb der Geschichtswissenschaft dar – praktikabel, es ist ein solch weiter Bogen aber auch notwendig, um in adäquater Weise Kontinuitäten und Diskontinuitäten innerhalb der Bosniengeschichtsschreibung darzustellen. Erst eine Analyse der späthumanistischen und aufklärerischen Geschichtswerke lässt deutlich werden, inwieweit nach 1878 an bestehende historiographische Traditionen angeknüpft wurde bzw. inwieweit die österreichisch-ungarische Okkupation auch in wissenschaftlicher Hinsicht einen Neubeginn darstellte. Aus

diesem Grunde sollen auch Werke der vorkritischen osmanischen Geschichtsschreibung ausgewertet werden, da so aufgezeigt werden kann, ob und inwieweit nach der Okkupation seitens der bosnischen Muslime eine historiographische Neuorientierung stattfand.

Theoretische Überlegungen und Aufbau der Arbeit

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die Überlegung, dass Geschichte ein zentraler Bestandteil individueller und kollektiver Identitäten ist. Diese durch reale oder imaginierte Traditionen bestimmten Identitäten können in sozialen oder politischen Umbruchsituationen infrage gestellt werden, was ihre inhaltliche Neubestimmung erforderlich macht. Ebenso wird „Geschichte“ immer wieder als Argument angeführt, wenn es um die Rechtfertigung bestehender politischer oder sozialer Verhältnisse geht oder aber eine Veränderung eben dieser Verhältnisse gefordert wird.

Diese Überlegung begründet auch die Periodisierung und zeitliche Schwerpunktsetzung der Arbeit: Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen solche Zeitabschnitte, die für Bosnien-Herzegowina erhebliche politische und soziale Verwerfungen mit sich brachten. Dies gilt für die österreichisch-ungarische Okkupation, die den Einbruch der westlichen Moderne in das kleine Balkanland darstellte. Dies gilt aber ebenso für die letzten beiden Jahrzehnte der titoistischen Herrschaft, die Zeit der Erosion des kommunistischen Regimes und des anschließenden blutigen Scheiterns des „jugoslawischen Experiments“, eine Zeit, die zunächst von einer nationalen Emanzipation der bosnisch-herzegowinischen Muslime gekennzeichnet war, die ihrerseits jedoch zu einer Verstärkung bereits bestehender nationalpolitischer Spannungen zwischen den einzelnen Volksgruppen beitrug, bis diese, nicht zuletzt bedingt durch die Haltung der beiden Nachbarrepubliken Serbien und Kroatien, 1992 gewaltsam eskalierten.

In methodischer Hinsicht verfolgt die Arbeit einen pluralistischen Ansatz. Sie versucht traditionelle biobibliographische Ansätze mit dem historiographiegeschichtlichen Modell der „disziplinären Matrix“ (Jörn Rüsen) und Methoden der wissenschaftssoziologischen Diskursanalyse zu vereinigen. Biobibliographische Ansätze kommen zum Tragen, wenn die quantitative Entwicklung der Bosniengeschichtsschreibung beschrieben werden soll. Wissenschaftssoziologische Methoden hingegen finden ihre Anwendung, wenn es um die Frage institutioneller Rahmenbedingungen, der sozialen Herkunft der Autoren und der Tradierung von Forschungsparadigmen geht. Die Wechselbeziehung zwischen sich verändernden politischen, sozialen und methodischen Rahmenbedingungen historischer Forschung soll schließlich mit dem Modell der „disziplinären Matrix“ beschrieben werden.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Analyse steht die Frage, wie die von einer komplexen Überlagerung und Verschränkung verschiedener kultureller und politischer Einflüsse – Nirman Moranjak Bamburać spricht in diesem Zusammenhang von einem „kulturellen Synkretismus“ – gekennzeichnete bosnische Geschichte in den einzelnen Arbeiten dargestellt wird. Zur Klärung dieser Frage sind in erster Linie Gesamtdarstellungen oder längere Abhandlungen zu einzelnen Epochen der bosnischen Geschichte von Interesse. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Darstellung und Bewertung des mittelalterlichen Königtums, der häretischen bosnischen Kirche, der Islamisierung des Landes und der osmanischen Herrschaft gerichtet werden, Phänomene und Epochen, die innerhalb des bosnisch-herzegowinischen *nation building* eine entscheidende Rolle spielen, die von nichtbosnischen Historikern in ihrer Bedeutung aber häufig relativiert bzw. für die eigene nationale (serbische oder kroatische) Geschichte vereinnahmt werden. In diesem Zusammenhang soll auch die soziale und politische Funktion solcher Diskurse innerhalb und außerhalb Bosniens (den

Nachbarländern Kroatien und Serbien, für die Zeit vor 1918 auch die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich) beleuchtet werden.

Der weite Rahmen der Arbeit erlaubt es darüber hinaus auch die Wechselbeziehung zwischen kultureller und politischer Fremd- und Selbstverortung zu untersuchen. Dies ist insbesondere in Hinblick auf die bosnisch-herzegowinischen Muslime von Interesse: Wie reagieren sie auf von außen herangetragene, historiographisch begründete Konzepte nationaler und kultureller Identität? Allgemein stellt sich die Frage, wo Bosnien in der Geschichtsschreibung kulturell verortet wird: Als Teil des (lateinischen) Westens, der Orthodoxie, der islamischen Welt oder aber als „Brücke“ zwischen den einzelnen Kulturkreisen?

Daran anschließend sollen die unterschiedlichen Darstellungsformen der westlich und der islamisch geprägten Historiographie (z. B. islamische Chroniken und Annalen, vormoderne Regentengeschichte des Westens, Politikgeschichte des Historismus etc.) ebenso wie formale Kriterien (Rahmen, Ordnungsprinzipien und Leitmotive der historischen Narration: Dynastie, Imperium, Nation, Region, Stadt; Herrscher, „Helden“, soziale Gruppen, Klassen etc.) untersucht werden. Besonderes Augenmerk soll auf die Frage gerichtet werden, wann und warum bestimmte Darstellungsformen von anderen Formen historischer Narration ersetzt werden, wann und in welchem Umfang z.B. die bosnischen Muslime traditionelle Formen islamischer Geschichtsschreibung zugunsten „moderner“, z.B. vom historistischen Forschungsparadigma geprägte Darstellungsformen aufgeben und welche inhaltlichen Veränderungen dies impliziert. Im Mittelpunkt soll hierbei die Frage stehen, seit wann, durch welche Vorbilder inspiriert und wie konkret eine bosnische Nationalgeschichte konstruiert wird, wobei das Phänomen des historiographischen *nation buildings* als eine gesamteuropäische Realität begriffen werden soll.

Stand der Untersuchungen und Zeitplan

Das Dissertationsprojekt knüpft inhaltlich an eine im November 2005 an der Universität Wien abgeschlossene Diplomarbeit mit dem Titel „Die Darstellung der bosnischen Geschichte in der österreichischen Historiographie vor 1918“ an. Im Rahmen der Recherchen für die Diplomarbeit konnte in Bibliotheken und Archiven in Wien und Sarajevo bereits in großem Umfang für die Arbeit relevantes Material gesichtet werden. Für 2006 und 2007 sind weitere Bibliotheksreisen nach Wien, Zagreb, Belgrad und Sarajevo geplant. Ein Abschluss des Dissertationsprojekts ist für die zweite Hälfte des Jahres 2008 geplant.

Writing History in a Multicultural Space. A History of Bosnian Historiography in Modern Times.

The aim of this study is to show the development of Bosnian historiography from the age of humanism to the present. The research will focus on the era of Austro-Hungarian rule and on the period from the 1960s to the present; these are periods in which questions of Bosnian history were of particular importance because of the political situation. The analysis of historiographical works shall concentrate on texts written in Latin, German, Bosnian-Croatian-Serbian and Ottoman Turkish. Besides scientific works popular scientific texts, folk epic and historical novels shall be analyzed as they have an important impact on the formation and tradition of images of history.

The study shall show the quantitative and qualitative development of historiography concerning Bosnia by examining the political, social, institutional and methodological conditions of history writing. It shall be analyzed how central topics of the Bosnian history like the medieval kingdom, the Bosnian heretical church, the islamization of the country and the Ottoman rule are described. Finally the political and social function of these historiographical discourses shall be analyzed.

Istoriografija u multikulturnom prostoru. Istorija istoriografije Bosne u novom vijeku.

Cilj ove studije je da predstavi razvoj istoriografije Bosne u periodu od humanizma do sadašnjosti. Težište istraživanja bilo bi epoha austro-ugarske vladavine i vrijeme od šezdesetih godina do danas; to su epohe u kojima su zbog političke situacije pitanja bosanske istorije imala posebnu pažnju.

U prvoj liniji koristiće se tekstovi na latinskom, njemačkom, bosansko-hrvatsko-srpskom kao i osmanlijsko-turskom jeziku. Pored naučnih tekstova analiziraće se popularno-naučni tekstovi, udžbenici kao i djela narodne literature i istorijski romani jer i ovi imaju odlučujući uticaj na formiranje i predanje prikaza istorije.

Studija predstavlja kvantitavni kao i kvalitativni razvoj istoriografije Bosne. Ispitivaće se politički, socijalni, institucionalni i metodički okviri istoriografije i razjasniti pitanje kako su predstavljene centralne teme bosanske istorije kao srednjovjekovno kraljevstvo, bosanska heretička crkva, islamizacija zemlje i otomanska vladavina. Povrh toga analiziraće se politička i socijalna funkcija ovih istoriografskih diskursa.

Mag. phil. Dennis Dierks; Leykestraße 16a; 12053 Berlin; dennis.dierks@hotmail.de;

Telefon: 030 62721544

Exposé von Andrea Despot

“Amerikas Weg auf den Balkan: Dimensionen amerikanisch-südosteuropäischer Beziehungen, 1821-1923” (Arbeitstitel)

Dissertationsprojekt betreut von Univ.-Prof. Dr. Holm Sundhausen, FU Berlin

1. Fragestellung und Untersuchungsgegenstand

Der Untersuchungsgegenstand leitet sich im Wesentlichen von zwei Gegebenheiten her. Während die Balkanbeziehungen der europäischen Großmächte des 19. Jh. und deren Nachfolger bis in die Gegenwart gründlich erforscht sind, trifft dies auf die heutige Weltmacht USA nur punktuell zu. Demgegenüber prägten die USA als (relativ) neue Groß- und Weltmacht immer wieder – jüngst in den 1990er Jahren – die Geschehnisse der Balkanhalbinsel. Ausgehend von diesem Befund verfolgt dieses Forschungsprojekt das Ziel, die Beziehungen zwischen den USA und Südosteuropa auf den Gebieten der Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und politischen Sphäre exemplarisch darzustellen - ausgehend von einer Zeit, in der es keine gelenkte amerikanische Außenpolitik gegenüber den Staaten Südosteuropas gab.

Das Forschung leitende Interesse ist es daher aufzuzeigen, wie sich ausgehend von ersten Impulsen ideeller Art ein durch vielfältige Interessen gestütztes US-amerikanisches Balkan-Engagement herausbildete, das schließlich in eine kohärente und kontinuierlich verfolgte, mitunter interventionalistische, Balkanpolitik mündete.

Anhand ausgewählter Fallbeispiele und Akteursgruppen rekonstruiert das Projekt die Genese des amerikanischen Interesses an und Engagements im südosteuropäischen Raum und liefert eine Gesamtschau der vielfältigen amerikanisch-südosteuropäischen Verbindungen. Ein allgemeines Interesse an dem Thema besteht letztlich auch darin, dass an diesem Beispiel die Entwicklungsgeschichte einer modernen Außenpolitik aus ihren kontingenten Anfängen nachgezeichnet werden soll.

2. Forschungsfragen und Unterfragen

Die Untersuchung und Gesamtschau der Interessenssphären und Interaktionsfelder in den amerikanisch-südosteuropäischen Beziehungen bis 1923 sind ein Desiderat; Anliegen der Arbeit ist es, diese Forschungslücke zu schließen.

Über diese Gesamtdarstellung hinaus gilt es die Frage zu erörtern, ob und inwiefern das im 19. Jh. gelegte Fundament zwischen Amerika und Südosteuropa Anknüpfungspunkte für das amerikanische Engagement der jüngeren Zeitgeschichte in Südosteuropa liefert.

Daran knüpfen sich folgende Fragestellungen:

Worauf rekurren die derzeit gültigen außenpolitischen Parameter im Bezug auf Südosteuropa. Welche Faktoren erklären die Asymmetrien in der Perzeption des Balkanraums in der amerikanischen Öffentlichkeit auf der einen und der politischen Klasse auf der anderen Seite?

Welchen Einfluss hatten diese Wahrnehmungen und Erfahrungen auf die Formulierung einer amerikanischen Regierungspolitik gegenüber Südosteuropa?

3. Zeitraum der Untersuchung

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom beginnenden 19. Jh. (dem griechischen Unabhängigkeitskampf 1821) bis zum Kriegseintritt der Amerikaner auf dem europäischen Kontinent und ihrer aktiven Teilnahme an der Pariser Friedenskonferenz. Über diesen Zeitraum hinaus schlägt der Epilog eine Brücke zur politischen und militärischen Intervention Amerikas auf dem Balkan in den 1990er Jahren und arbeitet Kontinuitäten und Diskontinuitäten heraus.

4. Methodische Zugänge

Die Arbeit ist eine quellenkundliche, historiographische Studie. Sie bedient sich mitunter des Instrumentariums der empirischen Sozialforschung (Inhaltsanalyse, Textkritik) und der Hermeneutik – insbesondere bei der Auswertung und Analyse der Quellenmaterials. Bei der Analyse von Entstehungs- und Entscheidungsprozessen der amerikanischen Außenpolitik rekurriert die Autorin auf Theorien der Internationalen Beziehungen und erweitert die zeithistorische Orientierung der Arbeit um in der Politikwissenschaft verankerte, theoriegeleitete Elemente.

5. Anlage der Arbeit

Die Anlage der Arbeit reflektiert – thematisch geordnet – die jeweiligen Interessenssphären der Amerikaner, und setzt deren schwerpunktmäßige Herausbildung in eine chronologische Reihenfolge. In dem untersuchten Zeitraum entwickelte sich das amerikanische Interesse an Südosteuropa in mehreren Sphären, durch deren Herausbildung und Überlappung sich eine zunehmende Verdichtung in den transatlantischen Balkan-Beziehungen abzeichnete.

Der *erste* Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen und ideellen Ausformungen der amerikanisch- südosteuropäischen Beziehungen. Die ideelle Annäherung an Südosteuropa fand ihren Ausdruck – wie in Europa – in der Wiederentdeckung des alten Hellas' und in einem authentischen amerikanischen Philhellenismus. Der Philhellenismus in seinen unterschiedlichen Manifestationen (humanitäre Hilfsaktionen, Kunst u.ä.) mobilisierte während des griechischen Unabhängigkeitskampfes die amerikanische Gesellschaft und gipfelte in seinem Einfluss auf den außenpolitischen Diskurs amerikanischer politischer Eliten.

Der *zweite* Teil analysiert die gegenseitigen Wirtschaftsinteressen und Handelsbeziehungen sowie deren Wandel. Die systematische Darstellung der amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen Balkanstaaten berücksichtigt Handelsvolumina, Importe und Exporte von Handelswaren sowie andere relevante Themen wie Aus- und Einfuhrzölle.

Der *dritte* Teil widmet sich dem (breit angelegten Begriff von) Kulturtransfer zwischen den Vereinigten Staaten und Südosteuropa. Allen voran entdeckten amerikanische Missionare des protestantischen „American Board of Foreign Commissioners for Foreign Missions (ABCFM)“ Südosteuropa als Wirkungsfeld und Interessenssphäre, wo sie sich auch als Philanthropen, Linguisten, Lehrer und humanitäre Helfer betätigten. Einen weiteren wesentlichen Aspekt der kulturellen Interaktion stellt der Bildungs- und Wissenstransfer zwischen Amerika und Südosteuropa dar, der sich in der Einrichtung amerikanischer Bildungseinrichtungen wie dem ‚Robert College‘ in Konstantinopel niederschlug. Ferner geben Migrationsströme zwischen Südosteuropa und den Vereinigten Staaten Aufschluss über den Kulturtransfer zwischen beiden Regionen im weiteren Sinne.

Der *vierte* und abschließende Teil ist eine Studie der politischen Öffentlichkeiten in Amerika und deren Auseinandersetzung mit Südosteuropa. Zunächst werden die Unabhängigkeitsbewegungen und Nationalstaatswerdungsprozesse in Südosteuropa sowie deren Bewertung seitens der amerikanischen Politik und ihrer diplomatischen Vertretern vor Ort analysiert. Die Rezeption markanter historischer Ereignisse – wie der Berliner Kongress oder die Balkankriege – durch die journalistische Berichterstattung und die öffentliche Meinung sind Gegenstand der weiteren Untersuchung. Schließlich werden der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg und die Bedeutung für Südosteuropa, die Rolle der Amerikaner bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung auf dem Balkan sowie die Neuordnung und Staatsformation in Südosteuropa aufgezeigt.

6. Hypothesen und Zwischenergebnisse

1. Entgegen der weit verbreiteten Annahme, zwischen den Vereinigten Staaten und Südosteuropa hätte es vor dem Eintritt der Amerikaner in den Ersten Weltkrieg kaum Berührungspunkte gegeben, enthält die vorliegende Studie eine Fülle von Belegen für eine aktive und rege Interaktion zwischen diesen beiden Akteuren.

2. Trotz der erklärten Neutralitätspolitik der amerikanischen Regierung gegenüber Europa agierten zwei wichtige Akteursgruppen in Südosteuropa ohne von der Enthaltungspolitik der Regierungen Notiz nehmen zu müssen.

Südosteuropa war als Wirtschaftsraum für amerikanische Händler und Kaufleute eine durchaus interessante Region. In den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Amerika und den Balkanstaaten entwickelten sich graduell handfeste wirtschaftliche Interessen.

Die andere Statusgruppe, die in Südosteuropa tätig war, waren die Missionare des ABCFM und anderer Glaubensorganisationen. Diese handelten zwar nicht im staatlichen Auftrag, waren aber fest in der amerikanischen (politischen) Gesellschaft verankert und genossen starken Rückhalt in der breiteren amerikanischen Öffentlichkeit.

3. Die Verdichtung amerikanischer Interessen in Südosteuropa zeigt sich sowohl im Hinblick auf das Ziel (Handel, Missionieren) als auch auf ihre Entfaltung in zeitlicher Abfolge (Interessennetz). Auch wenn staatliche Involvierung in die politischen Belange der Europäer und das Machtvolumen nicht immer geradlinig miteinander korrelierten, so ist doch eine Verdichtung bzw. Intensivierung des Engagements parallel zum Machtzuwachs des amerikanischen Staates auszumachen.

4. Wenngleich sich Washington in seiner außenpolitischen Ausrichtung gemäß Monroe-Doktrin neutral verhielt, agierten schon bald vielgestaltige Interessensvertreter innerhalb der amerikanischen Gesellschaft in der europäischen Arena.

Erfahrungen, Bilder, Wahrnehmungen sind also in beide Richtungen transferiert worden, sodass sich die amerikanische Intervention in Europa, anlässlich des Kriegsausbruchs auf dem Balkan, nicht in einem Vakuum entlud, sondern auf einen fruchtbaren Boden fiel. Dieser war in Gestalt von Literaten, Händlern und Kaufleuten, Diplomaten, Missionaren, Philanthropen, Reisenden sowie Kommentatoren jeglicher Art bereitet worden, auf dessen Fundament das Engagement der Vereinigten Staaten bis in die Gegenwart ruht.

5. Die staatlich konzertierte und politisch sanktionierte Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen erfolgte im südosteuropäischen Raum in den 1890er Jahren. Die Politik der „Offen Tür“, wie sie im Zusammenhang mit China immer wieder Erwähnung findet, ist in abgewandelter Form zur Einflussgröße in den amerikanisch-südosteuropäischen Beziehungen

geworden. Trotz des strikten Gebots, sich Vermengungen mit europäischen Interessen zu versagen, ist diplomatisches Taktieren zur Absicherung amerikanischer Wirtschafts- und Handelsinteressen in Südosteuropa – also das Gegenteil von politischer Enthaltung – im neuen Zeitgeist der 1890er Jahre durchaus praktiziert worden.

Andrea Despot: despot@zedat.fu-berlin.de

Exposé von Alexander Korb

Verschränkte Genozide?

Bevölkerungspolitik und Massenmord im Unabhängigen Staat Kroatien 1941-1942

Dissertationsprojekt am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und am Arbeitsbereich Theorie und Geschichte der Gewalt des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Im Projekt werden die Versuche der Ustaša-Bewegung unter ihrem Führer Ante Pavelić untersucht, aus dem Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) während seines Bestehens 1941 - 1945 einen ethnisch homogenen, großkroatischen Nationalstaat zu machen. Die Mittel hierzu bildeten nach der Gründung des NDH in erster Linie Vertreibungen, Zwangstaufer und Massenmord, die sich gegen Serben, Juden und Roma richteten. Da der NDH in je eine deutsche und italienische Besatzungszone aufgeteilt war und sich die eigentliche Herrschaft der Ustaša auf die deutsche Besatzungszone beschränkte, kann die Vernichtungspolitik der Ustaša nicht ohne eine gleichzeitige Analyse der deutschen Einflüsse auf diese analysiert werden.

Die Arbeit konzentriert sich auf die Untersuchung der Verfolgung von Serben, Juden und Roma. Die Verfolgung der Serben und der Juden war in vielerlei Hinsicht verschränkt und deutschen Einflüssen unterworfen. Die knapp zwei Millionen Serben im NDH sollten, falls sie nicht ermordet oder vertrieben wurden, als Serben nicht mehr zu erkennen sein. Ein Teil wurde zu ethnischen Kroaten erklärt und einer zwangsweisen Konversion zum Katholizismus unterworfen. Von den kleineren Minderheiten waren die Juden von Beginn an gleich der serbischen Minderheit Objekt einer intensiven Verfolgungspolitik, die bald darauf im Massenmord mündete. Auch die Mehrzahl der Roma im NDH wurde getötet. Die vergleichende Untersuchung der verschiedenen Verfolgungspolitiken ist deshalb von hohem analytischen Wert, da sie erlaubt, die jeweiligen antiserbischen, antijüdischen und antiziganischen Konzepte der Ustaša besser zu erschließen. Gerade die Frage nach der Verschränkung und der Interdependenz der Massenmorde scheint besonders geeignet, die Verfolgungsmaßnahmen direkt miteinander zu vergleichen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede so klarer zu Tage treten zu lassen. Da das Mordgeschehen an den Roma zeitlich etwas versetzt und durch eine relativ kleine und kompakte Tätergruppe organisiert wurde, ohne dass es zu Konflikten darüber innerhalb der kroatischen Führungsschicht oder mit dem deutschen Verbündeten kam, eignet sich dieser Massenmord weniger für eine Untersuchung der Interdependenzen mit der Verfolgung von Serben und Juden. Daher soll die Verfolgung der Roma punktuell und asymmetrisch dort untersucht werden, wo sie allgemeine Rückschlüsse auf die Vernichtungspolitik der Ustaša zulässt und dort, wo die Untersuchung der Romaverfolgung weitere Erkenntnisse über die Serben- und Judenpolitik im NDH gerieren hilft.

Vor allem aber ermöglicht der vergleichende Zugriff, die jeweiligen deutschen Einflüsse zu ermitteln. Somit lassen sich anhand der jeweiligen Untersuchungsfelder sowohl externe als auch interne Faktoren für die Gewalt der Ustaša (und anderer Akteure, die sich an der Gewalt gegen die verfolgten Gruppen beteiligten) bestimmen.

Erstere sind die durch das NS-Regime bestimmten Handlungsspielräume der kroatischen Akteure. Während die deutschen Verbündeten den Massenmord an den Juden forcierten, bremsten sie zumindest partiell die Vertreibung und Ermordung der Serben im NDH. Im Falle der Ermordung der Roma lassen sich bislang keine Interventionen der deutschen Akteure vor Ort belegen. Die Interessenslagen der Verbündeten in der Politik gegenüber Serben, Juden

und Roma differierten. Dennoch kam es sowohl in jenen Fällen zum Massenmord, in denen die Deutschen diesen förderten (bei der Verfolgung der Juden), als auch dort, wo die Ustaše scheinbar völlig unabhängig agierten (bei der Verfolgung der Roma) und auch dort, wo ein Teil der deutschen Akteure Gewalt zu verhindern suchte (im Falle der Serbenverfolgung).

Die endogenen Faktoren, die vor Ort die Vernichtungspolitik bestimmten, betreffen die Frage nach der Wechselwirkung der Konzepte und der Politik der Führung der Ustaša mit dem Agieren lokaler Akteure und ihrer Interessen. Da weder Massenmord und Verfolgung noch andere Formen der Bevölkerungspolitik in Form einer Top-down-Implementierung realisiert wurden, soll insbesondere die Frage nach den lokalen Dynamiken und Handlungslogiken, die in hohem Ausmaß durch die Eskalation der Gewalt im NDH geprägt waren, gestellt werden. Welche Probleme nahmen die Täter wahr bzw. schufen sie erst, die ihnen Massenmord als praktikable und sinnvolle Lösung eben dieser Probleme erscheinen ließ? War beispielsweise die Wahrnehmung serbischer Dorfbewohner/innen als Sicherheitsrisiko und als potentielle Partisanen von so übergeordnetem Gewicht, dass es notwendig scheinen konnte, sie umzubringen?

In der Arbeit soll das Spannungsfeld zwischen „Intention und Situation“, also zwischen vor Beginn des Mordgeschehens intendierten Zielen und zwischen durch das Kriegsgeschehen begünstigten, situativen Elementen, die zum Massenmord führten, beleuchtet werden. Die Wechselwirkung zwischen „oben“ und „unten“, zwischen Verwaltungsvorschrift und lokalem Handeln, soll empirisch untersucht werden.

Die Entwicklung der Verfolgung der Serben, Juden und Roma hin zu extremer Gewalt erfolgte trotz aller Verschränkungen nicht immer synchron. Indem die Zäsuren der jeweiligen Verfolgungspolitiken benannt werden, können die Spezifika massenmörderischer Gewalt gegen die verschiedenen Verfolgtengruppen im Unabhängigen Staat Kroatien aufgezeigt werden.

Diese nahm keinen statischen Verlauf, sondern hatte prozesshaften Charakter. Gerade um die situativen Ursachen der Gewalt erfassen zu können, müssen die Eigendynamiken des Bürgerkrieges in die Untersuchung einbezogen werden. Die seit Sommer 1941 erstarkende Nationale Volksbefreiungsarmee kontrollierte bis zu einem Drittel des Territoriums. Massaker insbesondere an Serben (sowie an bosnischen Muslimen) wurden im Kontext des Kriegs gegen die aufständischen Partisanenverbände verübt. Zu Massenmorden kam es fortan nicht nur durch die Ustaše und durch deutsche und italienische Verbände, sondern auch durch serbisch-nationalistische Četnik-Gruppen und in geringerem Ausmaß durch Partisanenverbände selbst. In der unübersichtlichen Gemengelage von mindestens sechs bewaffneten Fraktionen, die sich gegenseitig bekämpfen, im für eine Partisanenkriegsführung sehr begünstigendem bosnischen Gelände traten situative Motive für massenmörderische Handlungen stark in den Vordergrund.

Die Bevölkerungspolitik der Ustaše bestand jedoch nicht nur aus Deportation und Massenmord. Die Gesamtbevölkerung des NDH von 6.5 Millionen Einwohnern bestand nur zu etwas mehr als der Hälfte aus katholischen Kroaten. Indem die Ustaša die bosnischen Muslime zu ethnischen Kroaten erklärte, versuchte sie, dem Ziel des homogenen Staates näher zu kommen. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg kann die Behandlung der bosnischen Muslime, durch die Ustaša, die sich zwischen Hofierung und Verfolgung bewegte, als Gradmesser dienen für die kognitiven Änderungen, die zu konzeptionellen Verschiebungen der Politik der Ustaša, Räume mittels Bevölkerungspolitik zu beherrschen, führten.

Ein weiterer Aspekt der Bevölkerungspolitik waren die Versuche und Pläne, die außerhalb des NDH lebenden kroatischen Minderheiten und Migranten in diesen überzusiedeln.

Teilweise in die Praxis umgesetzt wurden dabei die „Rücksiedlung“ von Kroaten aus Serbien, Makedonien und dem Kosovo. Pläne für eine wechselseitige Umsiedlung von Teilen der deutschen Minderheit im NDH und den kroatischen Minderheiten im Deutschen Reich wurden nicht realisiert. Vielfach sich bedingten positive und negative Aspekte der Bevölkerungspolitik gegenseitig, also Ansiedlung auf der einen und Vertreibung und Massenmord auf der anderen Seite. Dies gilt insbesondere für den Zusammenhang zwischen der Ansiedelung von ca. 200.000 aus den vom deutschen Reich annektierten slowenischen Gebieten vertriebenen Slowenen in Kroatien im Sommer 1941 und der gleichzeitigen gewaltsamen Vertreibung von hunderttausenden Serben nach Serbien.

Die Matrix dieser Arbeit besteht aus auf einzelnen, die drei Verfolgengruppen betreffenden Stadien und Praxen der Verfolgung und massenhaften Tötens, die exemplarisch untersucht und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Dies betrifft die Verfolgung per Gesetz und Maßnahme, Vertreibungen nach Serbien und in die italienische Zone, Massaker an der Wohnorten der Verfolgten, Morde in einzelnen Konzentrationslagern der Ustaša sowie Deportationen nach Auschwitz und Jasenovac.

Die Untersuchung setzt ein mit den ersten Schritten der Verfolgung unmittelbar nach Ausrufung des NDH und umfasst die Phase, in der die Ustaša ihre eigenen Konzepte am umfassendsten verwirklichen konnte. Im Laufe des Jahres 1942 nehmen deutsche Akteure zunehmend aktiven Einfluss, im Falle der verfolgten Serben punktuell mäßigend, im Falle der verfolgten Juden tödlich verschärfend. Der Herbst 1942 bedeutete eine wichtige Zäsur, da ihm der weitgehende Abschluss der Massenmorde an Juden und Roma vorangegangen war, und er den Versuch von Teilen der Ustaše und deutscher Akteure im NDH bedeutete, die Serbenpolitik neu auszurichten. Ausdruck fand dies in der Entlassung des Sicherheitschefs der Ustaša, Eugen Kvaternik. Da eine Neuausrichtung der kroatischen Serbenpolitik jedoch nicht grundsätzlich, sondern nur sukzessive erfolgte, wird der Untersuchungszeitraum in das Jahr 1943 reichen. In einem Ausblick werden die wichtigsten weiteren bevölkerungspolitischen Zäsuren der Politik der Ustaša benannt werden.

Alexander Korb, M.A., Historiker, Doktorand am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und am Arbeitsbereich Theorie und Geschichte der Gewalt des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Kontakt:
AlexanderKorb@gmx.net

Exposé von Edvin Pezo

Jugoslawien und seine Muslime. Zur staatlichen Migrationspolitik und ihren Folgen in Makedonien, Kosovo und dem Sandžak, 1918 bis 1966

*Dissertationsprojekt betreut von Prof. Dr. Joachim von Puttkamer
Friedrich-Schiller-Universität Jena*

1. Zum Inhalt

1.1 Problemstellung

Mit der Gründung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) im Jahr 1918 entstand ein Staat, in dem ethnische Heterogenität nicht die Ausnahme, sondern die Regel war. Neben dem offiziell proklamierten „dreinamigen Volk“ der Serben, Kroaten und Slowenen inkorporierte dieser Staat zahlreiche ethnische Gruppen, die aufgrund sprachlicher, religiöser, kultureller oder sonstiger Merkmale nicht dem südslawischen „Staatsvolk“ zuzurechnen waren. Das gilt in besonderem Maße für die heterogene Gruppe der Muslime, die die zu untersuchenden ethnischen Gruppen (Albaner, Bosniaken, Türken) in den südlichen Landesteilen Jugoslawiens subsumiert, dem hier behandelten geographischen Raum: der Sandžak von Novi Pazar, Kosovo und Makedonien¹.

Kosovo, Makedonien und der Sandžak waren im Gegensatz zu Bosnien noch bis 1912 Bestandteil des Osmanischen Reiches, in welchem die Muslime aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft gehörten. Im Königreich Jugoslawien, aber auch im sozialistischen Jugoslawien erlitten sie einen Statusverlust und wurden zu marginalisierten Gruppen, die anhand der teils traumatischen Erfahrungen im jugoslawischen Staat Identitätsmuster entwickelten, die bis in die Gegenwart reichen. Gemeinsam ist ihnen die Erfahrung der vom jugoslawischen Staat gelenkten Auswanderung in die Türkei, die im zu untersuchenden Zeitraum² eine enorme Migrationsdynamik entfaltete und untrennbar mit dem kollektiven Gedächtnis bei Albanern, Bosniaken und Türken verbunden ist. Obwohl diese Emigrationsprozesse für die Identitätsfindung dieser Gruppen von großer Bedeutung waren, liegt bislang keine Arbeit vor, die diese komplexe und wichtige Problematik, die staatliche Migrationspolitik beider jugoslawischen Staaten gegenüber diesen Ethnien, ausreichend behandelt.

Albaner, Bosniaken und Türken, die aufgrund diverser Motive die Auswanderung in die Türkei und in geringerem Maße nach Albanien anstrebten und eine Migrationsdynamik in Gang setzten, die zeitlich gestaffelt bis in die 1960er Jahre anhielt, vereinten in der Bandbreite zwischen Arbeitswanderung und politischer Emigration dieselben Motive, die auch bei anderen ethnischen Gruppen festzustellen sind. Jedoch waren sie hier anders zu gewichten: mit Blick auf die interethnischen Beziehungen in den südlichen Landesteilen und vor allem

¹ An dieser Stelle ist anzumerken, dass die bosnischen Muslime/Bosniaken nicht in den zu untersuchenden Rahmen rücken, da deren Emigration in die Türkei in der Zeit zwischen der Okkupation Bosnien-Herzegowinas (1878) und dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt fand und schließlich verflachte. Von größerer Bedeutung ist jedoch, dass diese von Serben und Kroaten anders wahrgenommen wurden, und zwar als Bestandteil der jeweils eigenen Nation.

² Der zeitliche Rahmen bis 1966 erklärt sich nicht allein daraus, dass die Auswanderung in die Türkei zu Beginn der 1960er Jahre zum Erliegen kam, sondern vielmehr aus der Tatsache, dass Aleksandar Ranković, der als Innenminister, Organisationssekretär der Partei und Chef des Staatssicherheitsdienstes weite Teile der Gesellschaft kontrollierte, in diesem Jahr abgesetzt wurde. Es ist anzunehmen, dass seine über den Staatssicherheitsdienst ausgeübte Repressionspolitik gegenüber den Albanern, die nach dem Zweiten Weltkrieg und dem außenpolitischen Bruch mit Albanien als „unzuverlässiges Element“ galten, deren Emigration verstärkte. Nach dem Sturz von Ranković kam es zur Umsetzung von Minderheitenrechten und zur Ausweitung der Autonomierechte Kosovos.

vor dem Hintergrund einer exkludierenden staatlichen Politik des ersten Jugoslawien bzw. einer primär auf „Inklusion“ bedachten Politik des zweiten Jugoslawien gegenüber den untersuchten ethnischen Minderheitengruppen stellt die Migration der Muslime eine Besonderheit dar, da diese Emigration im ersten Jugoslawien staatlich gefördert und im zweiten Jugoslawien großzügig toleriert wurde. Ihre Regulierung kann als Hebel zur Umsetzung nationalstaatlicher und minderheitenpolitischer Ziele verstanden werden.³

Rogers Brubaker verweist in seiner Konzeption vom „nationalisierenden Staat“ auf die diesem innewohnende Logik, mittels kultureller, wirtschaftlicher, sprachlicher oder demographischer Einflussnahme danach zu streben, aus einem „unrealisierten“ Nationalstaat einen Nationalstaat zu machen, nämlich „the state of and for a particular nation ...“.⁴ Mit der auf Brubaker rekurrierenden Analyse der Einflussnahme des Staats in unterschiedlichsten Lebensbereichen konzentriert sich dieses Dissertationsprojekt auf einen zentralen Aspekt des handelnden „nationalisierenden Staates“: dessen Migrationspolitik (gegenüber den Muslimen). Migrationspolitik generell kann als Abbild der jeweiligen innerstaatlichen gesellschaftspolitischen Verhältnisse verstanden werden. In einem multiethnischen Staat reflektiert sie in besonderem Maße die Beziehungen staatlicher Institutionen zu einzelnen ethnischen Gruppen und dient somit als ein Indikator für die interethnischen Beziehungen auf Makro- wie Mikroebene.

Migrationspolitik ist in Jugoslawien in vielen Segmenten der Politik anzutreffen gewesen. Im Zusammenhang mit innerstaatlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Belangen spielte sie immer eine gewisse Rolle. Als nationalitäten- und minderheitenpolitisches Regulierungsmittel kam sie, wie dargelegt, ebenso zum Zuge, und dies ganz besonders im untersuchten Fall. Eine Vielzahl an Faktoren beeinflusste das Migrationsverhalten der Muslime und lässt auf ein in hohem Maße komplexes Migrationsmuster schließen. In Anlehnung an die Wanderungstheorie von Everett S. Lee lassen sich für Wanderungsprozesse im allgemeinen vier maßgebliche Faktorengruppen unterscheiden: Faktoren in Verbindung mit dem Herkunftsgebiet; Faktoren in Verbindung mit dem Zielgebiet; intervenierende Hindernisse und persönliche Faktoren.⁵ Das in dieser Untersuchung forschungsleitende Interesse an den „intervenierenden Hindernissen“, die hier mit der jugoslawischen Migrationspolitik gleichzusetzen sind, macht sowohl direkte als auch indirekte staatliche Instrumente zur Steuerung von Migration aus, wie z.B. die zwangsmigratorischen Maßnahmen in den Grenzgebieten zu Albanien aus den frühen 1920er Jahren, die Modernisierungsmaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg, das Staatsangehörigkeitsrecht, die Migrationsgesetzgebung zur Steuerung der Arbeitswanderung oder die staatliche Minderheiten- und Religionspolitik. Daneben bildete das bilaterale Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Türkei einen weiteren wichtigen Faktor. In beiden untersuchten Teilperioden schlossen die beiden Staaten Vereinbarungen hinsichtlich der Auswanderung der Muslime aus Jugoslawien⁶. Wichtiger für das Auswanderungsverhalten der jugoslawischen Muslime als die zwischenstaatlichen Vereinbarungen waren allerdings die türkische Immigrations- und Nationalstaatspolitik, die über längere Zeiträume hinweg Immigration

³ Absolut und relativ stellen diese muslimischen Gruppen die meisten Auswanderer, die Jugoslawien in dem zu untersuchenden Zeitraum „aus eigenem Antrieb“ verließen, ca. 300-350.000.

⁴ Brubaker, Rogers: *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge 1996. S. 63.

⁵ Lee, Everett S.: *A Theory of Migration*. In: *Demography*, 3 (1966) 1, S. 47-57, hier S. 50.

⁶ 1953 einigten sich die zwei Staaten im sogenannten „Gentleman-Agreement“ darauf, denjenigen ausreisewilligen „Türken“ die Ausreise zu gestatten, die familiäre Bindungen in der Türkei nachweisen konnten. Einen anderen Charakter hatte die jugoslawisch-türkische Konvention von 1938, die die Aussiedlung von 40.000 albanischen Familien (entsprach ca. 200.000 Personen) vorsah, für die die jugoslawische Regierung bereit war, ein Kopfgeld von 2.-3.000 Dinar zu bezahlen.

ermöglichte oder blockierte – so z.B. nach dem „Bevölkerungsaustausch“ von 1923 zwischen Griechenland und der Türkei, dessen Folgen die Türkei vor immense innen- und sozialpolitische Probleme stellten – und anhand ethnonationaler Zielvorgaben versuchte, auf die etwa emigrierenden Personengruppen Einfluss zu nehmen.

1.2 Zielsetzung / Fragestellung

Die Migrationspolitik Jugoslawiens bezüglich der hier zu untersuchenden Gruppen lässt sich nicht auf gezielte Vertreibungsprozesse reduzieren. Die in der Literatur häufig zitierten Memoranden von Vasa Čubrilović (von 1937 und 1944), einem einflussreichen serbischen Intellektuellen, über die angedachten Vertreibungsmaßnahmen gegenüber Minderheitengruppen spiegeln keineswegs die Vielschichtigkeit und die jugoslawische Migrationspolitik wider. So sagen sie nichts über den beinahe permanent stattfindenden Auswanderungsprozess in die Türkei aus, oder über die damit einhergehenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Folgewirkungen, die in den 1950er Jahren ein ernstzunehmendes Problem für die politische Führung Jugoslawiens darstellten. Ebenso wissen wir bislang kaum etwas über die in der Politik nicht vorgesehenen, aber nachzuweisenden Rückwanderungsbewegungen und den Umgang jugoslawischer Behörden damit oder über die Reaktionen innerhalb der muslimischen Gesellschaften in Jugoslawien, in denen der Emigrationsprozess zum Teil sorgenvoll kommentiert wurde und es zu Bemühungen kam, diesen zu stoppen.

Zum einen prägte Jugoslawien als „nationalisierender Staat“ das Auswanderungsverhalten der Muslime in entscheidender Weise. Zum anderen gilt es aber auch, das Zusammenspiel zweier Hauptakteure zu berücksichtigen, nämlich des jugoslawischen Staates und der Türkei mit ihren jeweiligen innen- und wirtschaftspolitischen Zielvorgaben und den gesamtstaatlichen und regionalen Eigenheiten beider Staaten. Erst die Betrachtung all dieser Faktoren läßt darauf schließen, welche Gestaltungsmöglichkeiten Migrationspolitik in Jugoslawien hatte und wo sie – auch im Rahmen der Minderheitenpolitik – zu verorten ist.

Aufgrund obiger Ausführungen kann als Arbeitshypothese formuliert werden, dass die zwei jugoslawischen Staaten einerseits höchst unterschiedlich mit dem Mittel der Migrationspolitik und dem ihm innewohnenden minderheitenpolitischen Moment umgingen, auf staatlicher Ebene also Diskontinuitäten festzustellen sind, andererseits auf regionaler Ebene – im Umgang mit den Emigranten – tradierte Muster fortwirkten. Gemeinsam ist beiden Staaten hingegen, dass sie keine stringente Migrationspolitik bezüglich der ethnopolitisch definierten Auswanderung nach Osten entwickelten (übrigens auch nicht hinsichtlich der sozial motivierten Arbeitswanderung nach Westen). Wie stark das im späten 19. Jahrhundert angelegte Grundmuster muslimischer Auswanderung, das in Folge der in Südosteuropa entstehenden Nationalstaaten viel stärker auf zwangsmigratorischen als auf ökonomischen Wanderungsprozessen basierte, auch noch in die ersten Jahrzehnte des jugoslawischen Vielvölkerstaates ausstrahlte, gilt es zu bestimmen. Hierzu werden die zwei jugoslawischen Staaten in Beziehung gesetzt und auf der Ebene ihrer Migrationspolitik miteinander verglichen. Auch ist zu hinterfragen, wer die migrationspolitischen Entscheidungsträger waren, welche Intentionen sie verfolgten und inwiefern die direkte migrationspolitische Einflußnahme durch den Staat die gewünschten Resultate erbrachte, oder ob es nicht andere Faktoren waren, die die West-Ost-Wanderung der Muslime in die Türkei bestimmten. Es ist zudem wichtig, herauszuarbeiten, welche Unterschiede die zwei jugoslawischen Staaten bei der Auswanderung von Albanern, Türken und Bosniaken machten. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen soll das Interdependenzverhältnis zwischen Migrationspolitik, Nationalstaatsbildung und Nationalitätenpolitik, ermittelt werden.

2. Methode

Die Arbeit ist im Bereich der Migrationsgeschichte anzusiedeln, wobei sie aufgrund der zahlreichen Verflechtungen mit den Staats- und Nationsbildungsprozessen Jugoslawiens zwangsläufig einen interdisziplinären Ansatz verfolgt. Um politische Handlungsmuster in einer multiethnisch geprägten Gesellschaft und das Reaktionsverhalten einzelner Segmente dieser Gesellschaft reflektieren zu können, bildet die politikgeschichtliche Analyse – vor allem in Bezug auf die Migrations- und Nationalitätenpolitik – den zentralen Rahmen der Arbeit. Gleichzeitig soll der sozial- und wirtschaftshistorische Hintergrund berücksichtigt werden sowie die diplomatiegeschichtlichen Entwicklungen in den jugoslawisch-türkischen Beziehungen, ferner ideologische Konzepte und kulturelle Aspekte. Quantifizierende Verfahren zur Bestimmung einzelner Größen rücken, auch wenn sie in einzelnen Abschnitten Beachtung finden, in den Hintergrund. Migrationstheoretische Modelle zur Charakterisierung einzelner Faktoren finden dann Beachtung, wenn sie helfen, Zusammenhänge zu verdeutlichen. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Betrachtung der staatlichen Strukturen, die als „intervenierender Faktor“ bestrebt waren, die Migrationsprozesse und -netzwerke der Muslime vor mehr oder minder komplexen ökonomischen, sozialen, kulturellen, religiösen, ethnischen und politischen Existenz- und Rahmenbedingungen zu justieren.

3. Archiv- und Bibliotheksaufenthalte seit Beginn der Promotion (SoSe 2003)

Die Forschungsaufenthalte in den Bibliotheken und Archiven der Nachfolgestaaten Jugoslawiens (Staatsarchiv Kroatien/Zagreb; Staatsarchiv Serbien-Montenegro/Belgrad, Archiv des Außenministeriums Serbien-Montenegros/Belgrad, Archiv Serbien/Belgrad, Archiv der Serbischen Akademie/Belgrad; Staatsarchiv Makedonien/Skopje) können zum jetzigen Zeitpunkt als abgeschlossen bezeichnet werden. Für die zweite Hälfte des Jahres 2006 ist noch ein drei- bis vierwöchiger Aufenthalt im Staatsarchiv Albaniens (Tirana) zur Sichtung der Akten der albanischen Gesandtschaft in Belgrad, die den Emigrationsprozess der Muslime kritisch verfolgte, sowie ein einwöchiger Aufenthalt in der Zagreber National- und Universitätsbibliothek zur punktuellen Auswertung von Zeitungsbeständen vorgesehen.

Edvin Pezo – Willibaldplatz 5 – 80687 München – Tel.: 089-3227182
EdvinPezo@web.de

Exposé von Jérôme Brugger

Zwischen ‘bürgerlichem Nationalismus’ und ‘nationalem Nihilismus’ - Konstruktion und Inszenierung einer kollektiven Identität am Beispiel des Jubiläums „1300 Jahre Bulgarien“ 1981

Exposé der Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern
betreut von Prof. Dr. Marina Cattaruzza, Abteilung für Neueste Geschichte

1. Gegenstand und Fragestellung

Der Aufruf an das bulgarische Volk zum Jubiläum „1300 Jahre Bulgarien“, der am 26. Dezember 1980 im Hinblick auf das kommende Jahr verlesen wurde, sprach sich „gegen bürgerlichen Nationalismus, nationalen Nihilismus und die Anbetung alles Fremden“⁷ aus. Aus der Sicht des Jubiläumskomitees sollte zwischen diesen beiden Polen in einer eigenständigen Form der Gründung des bulgarischen Staates und der Geschichte des bulgarischen Volkes gedacht werden. Die Feiern zogen sich an dreizehn Jubiläumstagen über das ganze Jahr 1981 hin. Dieses Festjahr soll in einer Lizentiatsarbeit auf folgende Aspekte hin untersucht werden: Welche Konzeption von Geschichte lag der Erzählung der bulgarischen Nationalgeschichte im Jubiläumsjahr zugrunde? Welche Ereignisse und Deutungen wurden für diese Erzählung in den Vordergrund gestellt? Welche Elemente der Nationalgeschichte wurden im Hinblick auf ein nationales Selbstbild verwendet? Übergreifend stellen sich folgende Hauptfragen: Wie wurde durch das Jubiläum 1981 eine kollektive Identität der Bulgaren inszeniert? Welche Funktion hatte diese Inszenierung?

2. Theoretische Grundlagen

Die neuere Nationalismusforschung hat in der Analyse von behaupteten ‘nationalen Identitäten’ stets die *Fiktionalität und Konstruktion* der Nation betont, die mit der Kombination von Anderson und Hobsbawm als ‘Invented community’⁸ bezeichnet werden kann. Nation und Tradition als konstruierte Gebilde zu benennen, ist aber ungenügend. Peter Burke formuliert drei Anschlussfragen daran: „Wer konstruiert? Unter welchen einschränkenden Bedingungen? Aus welchem Material?“⁹ Mit dem noch stärkeren Begriff der Fiktion soll nicht das Vorhandensein von Tatsachen bestritten, sondern die Wichtigkeit der Erzählweise betont werden. Diese grundlegende Feststellung soll mit der Frage nach dem Entstehen einer bestimmten Narration und der Frage nach der Funktion, die das Erzählen von Geschichte hat, kombiniert werden.

Die Grenzen der Konstruktion basieren auf den Eigenheiten des *kollektiven Gedächtnisses*¹⁰. Aus den von Jan Assmann beschriebenen vier Bereichen des Gedächtnisses ist für die Fragestellung der Arbeit die Unterscheidung zwischen zweien, dem kulturellen und dem kommunikativen Gedächtnis, zentral. Das kulturelle Gedächtnis enthält einen expliziten Vergangenheitsbezug und „ist kulturell, weil es nur institutionell, artifiziell realisiert werden kann, und es ist ein Gedächtnis, weil es in Bezug auf gesellschaftliche Kommunikation genauso funktioniert wie das individuelle Gedächtnis im Bezug auf Bewusstsein“¹¹. Das kommunikative Gedächtnis hat Erfahrungen und individuelle biographische Merkmale als Inhalt und wird als lebendige Erinnerung weitergegeben. Das kulturelle Gedächtnis hingegen hat eine mythische Urgeschichte und eine absolute Vergangenheit zum Gegenstand, das gestiftet wird und Teil einer festen, zeremoniellen

⁷ o.A.: *Eintausenddreihundertstes Jubiläum des bulgarischen Staates*, (Sofia, 1981), S. 18.

⁸ Benedict R. Anderson, *Die Erfindung der Nation : Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts* (Frankfurt a.M., 1988), Eric J. Hobsbawm und Terence Ranger (Hgg.), *The Invention of Tradition*, (Cambridge, 2003¹⁰).

⁹ Peter Burke, *Was ist Kulturgeschichte?* (Frankfurt a.M., 2005), S. 144.

¹⁰ Vgl.: Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen* (München, 1992) und Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis* (Frankfurt a.M., 1991) [Org. *La mémoire collective*, Paris 1939].

¹¹ Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 24.

Kommunikation ist. Die soziale Gruppe als Ganzes prägt die Art und Weise der Erinnerung, auch wenn Assmann auf die Rolle spezialisierter Traditionsträger aufmerksam macht. „Die soziale Gruppe, die sich als Erinnerungsgemeinschaft konstituiert, bewahrt die Vergangenheit vor allem unter zwei Gesichtspunkten auf: der Eigenart und der Dauer. Bei dem Selbstbild, das sie von sich erstellt, wird die Differenz nach aussen betont, die nach innen dagegen heruntergespielt. Zudem bildet sie ein Bewusstsein ihrer Identität durch die Zeit hindurch aus, sodass die erinnerten Fakten stets auf Entsprechungen, Ähnlichkeiten, Kontinuitäten hin ausgewählt und perspektiviert zu werden pflegen.“¹² Das kollektive Gedächtnis formiert sich um eine Gruppenidentität herum, die Wissen, Bewusstsein und Reflexion umfasst. Das bulgarische Staatsjubiläum beinhaltet in seiner Anlage diese drei Aspekte, die zur Konstitution einer Gruppenidentität gehören.

Das kulturelle Gedächtnis schafft Zeit- und Raumbezüge zu den zu erinnernden Ereignissen. Das Konzept der *lieu de mémoire*¹³ umfasst nicht nur geographische Orte, sondern alle Formen politischer Ikonographie. Die Konkretisierung und vielfach auch Materialisierung der Erinnerung auf einzelne Punkte formen das kulturelle Gedächtnis in entscheidendem Masse.

Bei Jubiläumsfeierlichkeiten wird deutlich, dass die Gruppenidentität, die auf der nationalgeschichtlichen Erinnerung basiert, mittels ihrer Inszenierung zur Geltung kommen muss. Die Erinnerungsorte müssen dazu in eine erzählfähige Form gebracht werden. Für die Analyse dieses Phänomens bietet sich der Begriff der *historischen Meistererzählung* an, der Sinnstiftung und Systemlegitimation als Funktionen des historischen Erzählens betont.¹⁴ Der unscharfe Begriff der historischen Meistererzählung lässt sich in vier Untersuchungsdimensionen unterteilt. Die erste beschäftigt sich mit der Narrativität historischer Darstellungen; die zweite untersucht die Konstellation der Produktion historischer Darstellungen und des Aufgreifens durch politische oder/und mediale Verbreitungsinstanzen; die dritte analysiert die Ausbreitung einer historischen Erzählung in der Gesellschaft und ihre Transformation in allgegenwärtiges ‘historisches Wissen’. Die letzte Dimension stellt die Zuerkennung eines quasi-offiziellen Status und die Aufnahme in den Fest- und Feiertagskalender einer Gesellschaft sowie die staatlich definierte Form historischer Überlieferung ins Zentrum des Interesses.¹⁵

Aus diesem theoretischen Rahmen werden vier Thesen abgeleitet, auf deren Grundlage die Quellen analysiert werden. Anhand des Quellenmaterials soll ihr empirischer Gehalt überprüft werden.

1. Die bulgarische Geschichte musste im Rahmen des Jubiläums als kontinuierliche Entwicklungslinie in der rückwärtigen Verlängerung einer gewünschten Verbindung zwischen Gegenwart und Zukunft erzählt werden. In dieser Kontinuität lag die Legitimationsgrundlage für die Herrschaft und Politik der BKP.
2. In der Hervorhebung nationaler Charakteristika und konstanter Handlungsmuster in der 1300-jährigen Geschichte wurde ein Bild der nationalen Identität geschaffen, die gegen innen die Stärke und Einheit beschwört und sich gegen äußere Nichtdazugehörige abgrenzt.
3. Für die Entfaltung maximaler Wirksamkeit musste sich die Narration in bestimmten Formen verdinglichen, verörtlichen, verbildlichen und personifizieren. Neben den Feierlichkeiten, die eine Form der Konkretisierung der Nationalgeschichte waren, müssen sich in der Geschichtserzählung verschiedene Anhaltspunkte für die Materialisierung finden lassen.

¹² Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 40.

¹³ Vgl.: Pierre Nora, *Erinnerungsorte Frankreichs* (München, 2005).

¹⁴ Matthias Middell, Monika Gibas und Frank Hadler (Hgg.), *Zugänge zu historischen Meistererzählungen, Comparativ - Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* Bd. 2, (Leipzig, 2000).

¹⁵ Middell et. al., *Zugänge zu historischen Meistererzählungen*, S. 27.

4. Die Erzählung von Geschichte nach den geschilderten Kriterien gründet auf deren sozialer Determination, welche die Grenzen der 'Fiktion' vorgibt. Der Rahmen für die Erklärung der Narration liegt in dieser Untersuchung auf der Makroebene, also der Situation der Volksrepublik Bulgarien um 1981.

3. Forschungsstand

Die kultur- und geschichtspolitischen Grundlagen des Jubiläums werden in der Forschung mit einem schrittweisen Wandel vom Meisternarrativ 'Klasse' zum Meisternarrativ 'Nation' zwischen dem Aprilplenium 1956 und den 70er Jahren beschrieben.¹⁶ Ausdruck davon war beispielsweise der gewandelte Umgang mit der eigenen Ethnogenese, indem das thrakische und protobulgarische Element stärker zur Geltung gebracht wurden.¹⁷ Innerhalb dieses Rahmens wird bei der Analyse der 70er Jahre die Person der 'Kulturministerin' Ljudmila Živkova ins Zentrum des Interesses gerückt und neben ihren Absichten, der bulgarischen Geschichte und Kultur in Bulgarien als auch im Ausland eine positive Prägung zu verleihen¹⁸, werden ihre theosophischen Überzeugungen, ihre regelmäßigen Gespräche mit der blinden Seherin Vanga, ihre schwache Überzeugung für den Marxismus und die mysteriösen Umstände ihres Todes hervorgehoben.¹⁹ Wenn auch einige dieser Elemente wichtig für das Verständnis der Inhalte des Jubiläums sind, hat sich die Forschung bisher einseitig auf eine biographische Deutung der Kulturpolitik der Ära Živkova konzentriert. Eine Analyse der Inhalte der großen Jubiläumsfeier fehlt bislang. In diesem Zuge ist auch die Frage nach den Charakteristika des bulgarischen Nationalismus ungeklärt. Die geplante Arbeit strebt zur Ergänzung der wenigen bestehenden Literatur einen Blick auf den Inhalt der Jubiläumsfeierlichkeiten und deren legitimatorische Funktion eines ganzen Systems an.

4. Quellenlage

Die Untersuchung des Staatsjubiläums von 1981 basiert auf drei Quellenverbunden mit unterschiedlichen Adressaten: Die bulgarische Bevölkerung wurde im Laufe des Jubiläumsjahres mit über hundert Artikeln aus dem Zentralorgan der Bulgarischen Kommunistischen Partei, dem „Rabotničesko Delo“, medial über die Geschehnisse und Hintergründe des Jubiläums informiert.²⁰ Umfassendere Abhandlungen publizierte das 'theoretische Organ der BKP', die Monatszeitschrift „Novo Vreme“.

An ein ausländisches Publikum richtete sich ein aus Anlass des Jubiläums publiziertes Geschichtsbuch „1300 Jahre Bulgarien“²¹ je in deutscher und französischer Sprache. Als dritte Quelle wird ein bulgarischer Sammelband²² zum Jubiläum mit populärwissenschaftlicher Ausrichtung analysiert. Zusätzlich und punktuell sollen Bildquellen staatlicher Repräsentation herangezogen werden, zum Beispiel Briefmarken und Denkmäler. Die Arbeit des

¹⁶ Wolfgang Höpken, "Zwischen "Klasse" und "Nation": Historiographie und ihre Meistererzählungen in Südosteuropa in der Zeit des Sozialismus," in: *Jahrbücher für die Geschichte und Kultur Südosteuropas* 2 (2000), S. 15-60.

¹⁷ Ilia Iliev, "On the History of Inventing Bulgarian History," *IMW Working Papers*, 5 (2000) [<http://www.iwm.at/publ-wp/wp-00-05.pdf>, 06.12.2005].

¹⁸ Richard J. Crampton, *The Balkans since the Second World War* (London, 2002), S. 174-175; Richard J. Crampton, *A Short History of Modern Bulgaria* (Cambridge, 1987), S. 204-205.

¹⁹ Ivanka Nedeva Atanasova, "Lyudmila Zhivkova and the Paradox of Ideology and Identity in Communist Bulgaria," in: *East European Politics and Societies* 18/2 (2004), S. 278-315.

²⁰ Die Arbeit untersucht alle Ausgaben von Dez. 1980 bis Dez. 1981, einzelne übersetzte Auszüge finden sich in: o.A.: *Eintausenddreihundertstes Jubiläum des bulgarischen Staates*, (Sofia, 1981) und Ludmila Zhivkova, *Ludmila Zhivkova - Her Many Worlds, New Culture, Beauty Concepts, Action* (Oxford, 1982).

²¹ Christo Christow, *1300 Jahre Bulgarien* (Sofia, 1980); Christo Christov, *La Bulgarie - 1300 ans d'histoire* (Sofia, 1980).

²² Conko Genov, Angel Nakov und Todor Rangelov (Hgg.), *Bǎlgarija 681-1981* (Sofia, 1981).

Jubiläumskomitees aus der Innenansicht und damit die bulgarischen Archivbestände bleiben mit der gewählten Anlage der Untersuchung unberücksichtigt.

5. Methoden

Die Auswertung der Quellen soll mit Elementen der Diskursanalyse durchgeführt werden, um damit die textuell konstruierte Wirklichkeit zu beschreiben. Für diese Arbeit wird mit einem Argumentationsraster gearbeitet, in dem einzelne narrative Elemente verzeichnet werden, die Aussagen über Eigenschaften und Handlungsmuster des eigenen Volkes, der nationalen Minderheiten oder der Nachbarstaaten treffen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Aussagen über Vergangenes implizit durch die Zeit hindurch bis in die Gegenwart Gültigkeit besaßen.

6. Ausblick

Die Ergebnisse der Untersuchung sollen weitere Fragen generieren, die aber den Rahmen der Arbeit überschreiten. In drei Richtungen bietet die geplante Arbeit Anschlussmöglichkeiten: Erstens wird in der Literatur in der Regel nach einem Bruch in der Historiographie Bulgariens nach 1989 gefragt.²³ Ausgehend von der Inszenierung der eigenen Geschichte um 1981 könnte die Frage auf das Geschichtsbild der Bevölkerung ausgedehnt werden und stärker nach der Dauerhaftigkeit dieses Bildes über den Systemwechsel hinaus gesucht werden. Die Geschichtsfeiern müssen zweitens auch im Zusammenhang mit der Minderheitenpolitik Bulgariens betrachtet werden. Es steht zur Debatte, inwiefern die Jubiläumsfeier als ein propagandistischer Auftakt für die Umbenennungsaktion und allgemeine Repressionen gegenüber der türkischen Bevölkerung interpretiert werden kann.

Drittens: Das Verhältnis von Staatssozialismus in seiner Spätphase und Nation führte innerhalb des Ostblocks zu Spannungen, die gerade auch im Zuge der Jubiläumsfeierlichkeiten zutage traten. Es sollte deshalb geprüft werden, welchen Einfluss der 'sozialistische Nationalismus' und die national unterschiedlichen Geschichtsvorstellungen auf das Verhältnis zwischen den 'sozialistischen Bruderstaaten' hatten und den Internationalismus zu einem Lippenbekenntnis degradierten.

Jérôme Brugger, Waldheimstrasse 36, CH-3012 Bern, tscheronimo@gmx.ch

²³ Ulf Brunnbauer (Hg.), *(Re)Writing History Historiography in Southeast Europe after Socialism* (Münster, 2004); Wolfgang Höpken, "Kontinuität im Wandel': Historiographie in Bulgarien seit der Wende," in: *Österreichische Osthefte* 44/1-2 (2002), S. 487-498; Alojz Ivanisevic, *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus* (Frankfurt a.M., 2002).

Exposé von Irena Madžoski

Die Region Sandžak: Hintergründe und mögliche Folgen einer Sezession

*Exposé der Magisterarbeit am Geschwister-Scholl-Institut,
Ludwig-Maximilians-Universität München; betreut von Prof. Dr. Petra Stykow*

Ziel der Magisterarbeit ist es, anhand einer Region in der Republik Serbien, dem Sandžak, Probleme und Perspektiven einer multikulturellen Koexistenz bzw. historische und politische Hintergründe wie Konsequenzen einer Sezession aufzuzeigen und zu analysieren.

Das Referendum über die Unabhängigkeit Montenegros am 21. Mai 2006 verleiht der Arbeit eine besondere Aktualität, da sich im April 2006 ein „Block für einen vereinten Sandžak“ gegen die Trennung Montenegros von Serbien aussprach. Dieser Standpunkt könnte einen neuen Konflikt auf dem Balkan schüren. Deswegen werde ich in meiner Arbeit mit dem historischen Hintergrund beginnen und anschließend in Kürze die Theorien der Sezession darstellen.

I. Historischer Hintergrund

I.1 Der Sandžak während des Osmanischen Reichs bis 1945

Die Region Sandžak von Novi Pazar (in weiterem Text nur Sandžak) war ein osmanischer Verwaltungsbezirk. Er umfasste eine Fläche von 9.955km² und zählte 1877 168.000 Einwohner²⁴. Im Osmanischen Reich erstreckte sich der Sandžak auf Gebiete des heutigen „Serbien und Montenegro“ sowie auf Teile von Bosnien und Herzegowina und des Kosovo. Wie auch in anderen Gebieten des Osmanischen Reichs wurden Teile der mehrheitlich der Orthodoxen Kirche angehörenden Bevölkerung „islamisiert“. Da der Übertritt zum muslimischen Glauben auch mit entsprechenden Privilegien verbunden war, geschah der Wechsel der Religionszugehörigkeit durchaus auch auf freiwilliger Basis. Dennoch sind seither Spannungen zwischen den Muslimen und der der orthodoxen Kirche angehörenden serbischen Bevölkerung zu verzeichnen, sind der inter-religiöse Friede wie die friedliche Koexistenz gefährdet. Nach den Balkan Kriegen wurde der Sandžak 1913 mit dem Frieden von London zwischen Serbien und Montenegro aufgeteilt.

I.2 Der Sandžak im Spiegel der Nationalitäten- und Regionalpolitik unter Tito

Bei der Gründung des kommunistischen Bundesstaates Jugoslawien im Jahr 1945 wurde Sandžak neuerlich zwischen Serbien und Montenegro geteilt. „The Novi Pazar lasted until 1947, when the Serbian republic government abolished the district system and instituted regions. As part of these administrative rearrangements Sandžak was split between two Serbian majority *regions* with their administrative headquarters in the distant cities of Uzice and Kragujevac“²⁵.

Die Nationalitätenpolitik unter Tito führte in weiterem zu einer Spaltung zwischen Muslimen und orthodoxen Christen: Wie reagierte die Bevölkerung auf die Teilung durch eine neue Regionalpolitik? Gab es Spannungen und Sanktionen zwischen/gegen eventuell andersdenkende Bevölkerungsteile?

²⁴ Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Edgar Hösch / Karl Nehring / Holm Sundhaussen, 2004, S.596.

²⁵ „Serbias Sandzak still forgotten“, Europe report Nr.162- April, 2005. International Crisis Group.

I. 3 Der Zerfall Jugoslawiens unter Milosevic

Durch die Intensivierung des Nationalismus in Jugoslawien kam es auch zu Konflikten und Auseinandersetzungen in Sandžak. In meiner Arbeit möchte ich die Konfliktintensität in dieser Region in drei Phasen unterscheiden: die Zeit vor Ausbruch des Bosnienkrieges 1987 – 1991, die Zeit während des Bosnienkrieges 1992- 1995 und die Phase von 1995 – 2000.

II. Sezessionstheorien, der Sandžak im Spiegel sezessionstheoretischer Forschung und realpolitischer Entwicklungen seit 1999

Michael Freeman listet in seinem Essay folgende Problembereiche der Sezession auf:

„The modern problem of secession, however, was generated by the following distinctive features of modern politics:

1. the concept of the sovereign, territorial state;
2. the development of infrastructural power of the modern state which greatly enhanced its capacity to control civil society;
3. the ideas of natural rights, of consent as the source of political legitimacy, and of popular sovereignty;
4. the politicisation of the concept of the cultural nation;
5. the “globalisation of politics, in particular by means of European imperialism, global political, economic and cultural institutions, and global technologies.”²⁶

III. Die Post-Milosevic Ära: Der Sandžak im Spannungsfeld von Koexistenz und Sezessionsbestrebungen

III.1 Gesellschaftliches und kulturelles Umfeld

- Demographische Entwicklung
- Ethnische Zusammensetzung
- Rolle der Religionen
- sozioökonomische Folgen der Transformation und der Kriege
- Zivilgesellschaftliche Institutionen
- Bildung

III.2 Politische Akteure (von Koexistenz zur Sezession)

- Staatliche Institutionen (schwach?) Dezentralisierung / Regionalisierung
- Politische Stimmen aus dem Sandžak (gemäßigt bis radikal: Positionen)
- Position Serbiens / Bosnien / Kosovo zum Sandžak
- Internationale Reaktionen / Positionen

²⁶ Michael Freeman, in Theories of Secession, S.14.

III.3 Das Recht auf Selbstbestimmung (Verfassungs- und völkerrechtliche Aspekte einer Sezession)

IV. Ausblick - Szenarien

- Implikationen der Status Verhandlungen Kosovo
- Referendum in Montenegro und der mögliche Zerfall von Serbien und Montenegro
- Potentielle Veränderungen der politischen / staatlichen Landschaft in der Region (Bosnien, Mazedonien)

Wie kann Sezession verhindert werden? Dezentralisierung, lokale Selbstverwaltung, Schutz der Minderheiten, EU Integrationsperspektive.

Forschungsstand – weiteres Vorgehen

Neben der Auswertung der Primär- und Sekundärliteratur plane ich eine Forschungsreise in die Region, um vor Ort mit politischen Akteuren im Sandžak, in Serbien und ggf. Bosnien Interviews durchzuführen. Geplant sind des Weiteren Gespräche mit Vertretern internationaler Organisationen (Europäische Kommission, Weltbank, Europarat) und Experten (think tanks: CAP, SWP).

Erste Literaturhinweise

Beran Harry: A philosophical perspective, in: W-J-A- Macartney(ed.): Self- determination in the Commonwealth, Aberdeen, 1988.

Beran Harry: The place of secession in liberal democratic theory, in Paul Gilbert/ Paul Gregory (eds.). Nations, Cultures and Markets, Aldershot; Avebury, 1994, S.47-65.

Buhheit Lee C.: Secession: The Legitimacy of Self- Determination, New Haven, Yale University Press, 1978.

Edgar Hösch / Karl Nehring / Holm Sundhaussen (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien/Köln/Weimer 2004.

Hannum Hurst. Autonomy, Sovereignty, and Self- Determination: The Accommodation of Conflicting Rights, Philadelphia, University of Pennsylvania Press, 1992.

Kamal S. Shehadi: Ethnic Self Determination and the Break- up of States, Adelphi Paper 283, London 1993.

Macedo Stephen / Buchanan Allen (eds.): Secession and Self Determination, New York University Press, 2003.

Percy B. Lehning (ed.): Theories of Secession, New York, 1998.

Schneckener Ulrich: Das Recht auf Selbstbestimmung, 1996.

Internet Quellen

Serbias Sandzak still forgotten, ICG, Europe Briefing N°162 2005
http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/162_serbia_s_sandzak_still_forgotten.pdf

Serbia changing political landscape, **ICG**, Europe Briefing N°32 2004:

http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/040722_serbia_changing_political_landscape.pdf

Serbia after Djindjic, **ICG**, Europe Briefing N°141 2003

http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400921_18032003.pdf

After Milosevic: A practical Agenda for lasting Balkans Peace, **ICG**, Europe Briefing N°108, 2001

http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/108__after_milosevic.pdf

Jovanovic Miodrag, Territorial autonomy in Eastern Europe, Legacies of the past, Issue 4/2002 http://www.ecmi.de/jemie/download/Focus4-2002_Jovanovic_Kymlicka.pdf

Carley, Patricia: Self- Determination, **United States Institute of Peace**, Peaceworks 7, 1996

<http://www.usip.org/pubs/peaceworks/pwks7.pdf>

Schneckener, Ulrich: Politiken der Anerkennung, Modelle zu Konfliktregulierung in ethnisch pluralen Gesellschaften <http://www.afk-web.de/afk-preis-03-schneckener.pdf>

Irena Madžoski; Imadzoski@gmail.com
--

Exposé von Ana Djordjević

„Io mis Rumân“ - Ethnographische Studie zur Identitätskonstruktion der BewohnerInnen eines vlachischen Dorfes in Ostserbien unter Einbeziehung der Sicht in Österreich lebender Vlachen, sowie vlachischer kultureller Organisationen in Ostserbien

Diplomarbeit betreut von Dr. Maria Anna Six-Hohenbalken am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Universität Wien

1) Untersuchungsgegenstand

In einer qualitativen Kleinstudie möchte ich aus einer ethnologischen, ahistorischen Perspektive heraus, Faktoren aufzeigen, die die Eigenwahrnehmung der Vlachen in einem Dorf Ostserbiens beeinflussen und die zur Identitätskonstruktion herangezogen werden. Besondere Schwerpunkte werden dabei die Auseinandersetzung mit in Österreich lebenden Vlachen und ihren materiellen und ideellen Rückflüssen einnehmen, sowie die Rolle und Wirkung vlachischer kultureller Institutionen und Verbände in Ostserbien.

Eine ahistorische Perspektive bedeutet nicht, dass ich die Geschichte vollkommen ausklammern werde, im Gegenteil, komme ich nicht umhin, die verschiedenen Geschichten, die es über die Vlachen allgemein und über die Vlachen Ostserbiens im Besonderen gibt, in groben Zügen aufzuzeigen, da diese gute Einblicke in die jeweiligen (politisch oder ideologisch gefärbten) Zugänge ihrer Autoren zur Thematik geben.

In meiner Studie möchte ich nicht a priori auf eine Forschungsperspektive fokussieren, sondern im Sinne einer systematischen Perspektiventriangulation mehrere Aspekte²⁷ beleuchten, um ein ganzheitliches Bild vom Leben und vom Weltbild der Forschungssubjekte aufnehmen zu können. (vgl. Flick 1995: 152f)

Das Bewusstsein der Vlachen eine eigene Ethnie zu sein, die sich sowohl von der Mehrheitsbevölkerung der Serben, als auch von der Minderheit der Rumänen unterscheidet, ist in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen, was unter anderem in den Zahlen der Volkszählung 2002 verglichen mit den Zahlen von 1991 ersichtlich wird²⁸. Wurde für 1991 noch ein Anteil der Vlachen an der Gesamtbevölkerung Zentralserbiens²⁹ von 0,30% (17.672) angegeben, so hat sich die Zahl im Jahre 2002 (39.953) mehr als verdoppelt, was einem Anteil von 0,73% entspricht. (vgl. Biserko 2002:10, Raičić 2005: 10 & Marinović 2004: 34)

Damit einhergehend sind auch Forderungen nach Minderheitenrechten immer stärker artikuliert worden (vgl. Steinke 1999: 413), was zum Teil auf heftigen Widerstand nicht nur bei Behörden, sondern auch bei den Nachbarn, gestoßen ist.

Obwohl mich primär die ethnische Identität interessiert, will ich diese nicht überbetonen, sollten meine Forschungssubjekte andere Aspekte der Identität oder andere Identitäten, die sich aus ihrer sozialen Stellung, dem Geschlecht oder Alter ableiten, in den Mittelpunkt stellen.

²⁷ Dazu gehört die Sicht im Feld agierender Subjekte, sowie die Deskription ihrer Lebenswelt.

²⁸ Die offiziellen Daten müssen mit Vorsicht genossen werden, da viele Vlachen ein ausgeprägtes serbisches Nationalbewusstsein haben (insbesondere in Städten). Vlachische Verbände gehen von viel höheren Zahlen aus.

²⁹ Unter Zentralserbien wird Serbien ohne die Vojvodina verstanden.

Ethnische Identität der Vlachen

Bei der Beschäftigung mit der Ethnizität³⁰ der Vlachen Ostserbiens fällt zunächst die Abgrenzungsschwierigkeit zur Mehrheitsbevölkerung der Serben und zur rumänischen Minderheit auf. Das auffälligste Abgrenzungsmerkmal ist ihre Sprache. (vgl. Winnifrith 1987)

Die Wissenschaft konnte bisher keine eindeutigen Antworten zur Herkunft der Vlachen Ostserbiens oder zu ihrer Sprache geben. Über ihren Ursprung gibt es drei entgegengesetzte Theorien. Die erste besagt, sie seien Rumänen, die auf der rechten Seite der Donau leben und die rumänische Sprache in modifizierter Form benutzen, da sie durch die nationalen Grenzen von der Weiterentwicklung der rumänischen Sprache abgeschnitten wurden.

„North of Niš on the east side of the country the Vlasi are of course Romanians (...)“ (Winnifrith 1987:34)

Die zweite Theorie besagt, sie seien die autochtone Bevölkerung Ostserbiens, die über eigene Sprache und Schrift verfügt, welche lediglich die selbe Wurzel wie die rumänische Schriftsprache hat.³¹ Die dritte Theorie besagt, Vlachen seien ethnische Serben, die eine mit Lokalismus angereicherte, serbische Sprache sprechen. (vgl. Biserko 2002:13)

Alle drei Theorien haben ihre Befürworter und Gegner- je nach persönlicher Auseinandersetzung mit der Frage der Ethnizität und politischer Ausrichtung kann sich der Standpunkt ändern. Ebenso haben alle drei Theorien ihre Gültigkeit. So kann die Nähe zu Rumänien, oder die sprachliche Verwandtschaft mit dem Rumänischen nicht abgestritten werden, genauso kann die Vermischung mit der Mehrheitsbevölkerung der Serben durch Generationen hinweg nicht verschwiegen werden und auch die konkreten Differenzen, die zwischen den Rumänen Rumäniens, oder der Vojvodina und den Vlachen Ostserbiens bestehen (die mitunter auf Grund von unterschiedlichen Entwicklungen durch die Geschichte hindurch zu erklären sind) sind für viele Menschen nicht unwesentlich.

Aufgrund von Unstimmigkeiten über Herkunft und Ethnizität, wird bei der Betrachtung der öffentlichen Positionierung der Vlachen, als am wenigsten fordernde Minderheit³² in Serbien, der Eindruck erhalten, sie wüssten nicht so recht, ob es für sie vorteilhafter wäre sich als nationale Minderheit³³ zu positionieren oder nicht. (vgl. Biserko 2002: 112)

"(..)deo problema oko prepoznavanja Vlaha kao nacionalne manjine leži i u neslaganjima medju samim Vlasima oko svog porekla i identiteta." (Biserko 2002: 12)

Konträre Ansichten über Schrift, Sprache und der Selbstidentifikation als Vlachen oder Rumänen erschweren auch politische Forderungen und gehen jenen, die nicht an der baldigen Lösung der Vlachen Frage "vlaško pitanje" interessiert sind, zur Hand.

Methode

Wie schon im Arbeitstitel angedeutet, habe ich für die Datenerhebung eine qualitative Herangehensweise gewählt, die sich für den Umfang meiner Arbeit, sowie für eine adäquate Beantwortung meiner Forschungsfrage nahe legt. Diese wird sich aus qualitativen Interviews

³⁰ Mit Ethnizität wird das soziale Verhältnis zweier oder mehrerer Gruppen, die sich als voneinander kulturell unterschiedlich betrachten, bezeichnet. (vgl. Gingrich 2001)

³¹ Diese These wird von vielen in Österreich lebenden Vlachen vertreten.

³² Den Untersuchungen des Helsinki Komitees zufolge, sind Vlachen die einerseits am wenigsten fordernde Minderheit Serbiens, deren Minderheitenrechte andererseits am wenigsten umgesetzt werden. (vgl. Biserko 2002).

³³ Die Vlachen Ostserbiens sind seit 2002 als nationale Minderheit anerkannt. (vgl. Biserko 2002: 12f)

(narrative Interviews, Experteninterviews und Gruppengespräche)³⁴ und der teilnehmenden Beobachtung³⁵ (Feldnotizen, Forschungstagebuch, Interviewprotokolle) zusammensetzen. Dabei will ich mich vor allem vom Ansatz der Grounded Theory leiten lassen. (vgl. Flick 1995: 150f)

Die Grounded Theory besagt die Priorität des Feldes gegenüber theoretischen Annahmen und fördert eine offene, flexible und unbefangene Annäherung an die Forschungssubjekte. Mir ist bewusst, dass ich durch die Auseinandersetzung mit fachspezifischer Literatur und durch eigene Erfahrungen bereits gewisse Erwartungen an das Feld stelle. Indem ich über diese, sowie über meine eigene Position als Forscherin reflektiere, möchte ich Transparenz schaffen. Die von mir im Vorfeld aufgestellten Hypothesen sollen bloß als eine Art Orientierung für mich dienen. Um dem Gegenstand gerecht zu werden, können sich diese jedoch im Laufe der Forschung verändern.

Die Erhebungsphase werde ich mit Gruppendiskussionen beginnen, da diese als Informationsquelle über Einstellungen und Meinungen sehr aufschlussreich für spätere Einzelinterviews sein können. (vgl. Kahl 1999) Während der Gruppendiskussionen werde ich einerseits teilnehmend beobachten (z.B.: welche Themen werden besprochen, in welcher Sprache werden sie besprochen etc.) und andererseits für meine Forschung relevante Punkte zur Diskussion stellen. Um bei Einzelinterviews für meine GesprächspartnerInnen, die großteils in einem ländlichen Gebiet leben oder lebten und in den seltensten Fällen mit Interviewsituationen vertraut sind, eine möglichst angenehme Gesprächssituation zu schaffen, habe ich das narrativ-biographische Interview gewählt. Der Vorteil eines narrativen Interviews liegt in der Freiheit des/der Interviewten über seine/ihre Geschichte oder für ihn/sie bedeutende Ereignisse frei, ohne Vorgaben des Interviewers (die allgemein formulierte Eingangsfrage ausgenommen), zu berichten. Die Strukturierung des Texts geschieht durch das Subjekt. (vgl. Flick 1995: 157f) Um allzu große Ausschweifungen zu vermeiden und für meine Fragestellung relevante Antworten zu erhalten, werde ich in den Interviews thematische Schwerpunkte setzen. So werde ich nach Abschluss der Haupterzählung meiner GesprächspartnerInnen, konkrete Fragen³⁶ zu ihren Einstellungen und Erfahrungen stellen.

Die ExpertInneninterviews werden etwas anders gestaltet. Hier werde ich mit einem Leitfaden vorgehen (halbstrukturierte Interviews), der fachspezifische Fragen enthalten wird.

Sofern es möglich ist, werde ich alle Interviews mit einem Diktiergerät aufzeichnen und transkribieren. In allen Interviewsituationen werde ich Interviewprotokolle führen, um das Umfeld der Gesprächssituation, sowie die Mimik und Gestik meiner InterviewpartnerInnen oder auch um das Switchen von einer in die andere Sprache aufzunehmen und in meiner Analyse einzubeziehen. Zur Auswertung des durch verschiedene Methoden erhobenen Materials, werde ich, dem Prinzip der Offenheit folgend, eine Methodentriangulation anwenden.

Stand der Forschung/ Materiallage

Zu Vlachen allgemein, im Sinne vom romanischsprachigen Element in Südosteuropa, gibt es zahlreiche Quellen. Oder wie es T.J. Winnifrith in seinem Buch „The Vlachs“ ausdrückte:

³⁴ mit DorfbewohnerInnen, in Österreich lebenden Vlachen und Experten

³⁵ Die teilnehmende Beobachtung ist eine Methode der qualitativen Datenerhebung, bei der in der klassischen Ausformung der/die ForscherIn im Alltag seine/ ihrer Forschungssubjekte mehr oder minder unauffällig teilnimmt. Teilnehmende Beobachtung ist jedoch nicht auf den Alltag beschränkt und kann zu unterschiedlichsten Anlässen angewandt werden.

³⁶ zum Beispiel: Welche Sprache nennen Sie ihre Muttersprache? Welche Sprache nennen Ihre Kinder „Muttersprache“? Welche Sprachen sprechen Sie noch und wann haben Sie diese gelernt?

„(..) even somebody who knew, in addition to French, German, English, Latin, ancient, medieval and modern Greek, rarer languages like Russian, Bulgarian, Rumanian, Turkish, Serbo-Croatian and Albanian, would find it hard to cope with everything that had been written on the Vlachs.“ (Winnifrith 1987: 41)

Die meisten wissenschaftlichen Arbeiten über die Vlachen, wurden aus einer historischen Perspektive heraus verfasst. In diesen werden die Vlachen als die autochthone Bevölkerung der Balkanhalbinsel thematisiert, die im Zuge der Ausdehnung des römischen Reiches romanisiert wurde und durch den Vormarsch der Slawen, sowie später der Osmanen ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete verließ und sich kreuz und quer über die Balkanhalbinsel verstreut, meist in unwegsamen Gebieten ansiedelte, um sich schließlich in neu gegründeten Nationalstaaten wiederzufinden, in denen sie zur Minderheit und zum Großteil assimiliert wurden.³⁷ (z.B. Weigand 1995 [1895], Wace/ Thompson 1971 [1914])

Andere (historische) Quellen streichen ihre Besonderheiten hervor, so zum Beispiel ihre Erfolge als Händler und/oder Nomaden bzw. Halbnomaden (z.B. Weigand 1995; Kaser 1995), die großes Reichtum ansammeln konnten. Aus einer ethnosozologischen Perspektive heraus, wird bei Kaser insbesondere ihre Bedeutung für die Verbreitung des „Balkanpatriarchats“ hervorgehoben (z.B. Kaser 1995).

Die wenigsten dieser Quellen berücksichtigen (ausführlich) die ostserbischen Vlachen. Jene Quellen, die primär die Vlachen Ostserbiens behandeln, fokussieren entweder auf kulturelle und folkloristische Spezifika³⁸, so zum Beispiel diverse Artikel des serbischen Ethnologen Es Durlić³⁹, oder auf die nicht vorhandenen, beziehungsweise nicht umgesetzten, Minderheitenrechten.

Der Großteil der neueren Literatur die zu Vlachen aus Ostserbien verfasst wurde, stammt von Vlachen aus Ostserbien selbst (z.B.: Dragić 2000, 2002). Zu ihrer rechtlichen Lage als Minderheit gibt es fundierte Studien, wie die Helsinki Hefte, oder den Bericht des Belgrader Zentrums für Menschenrechte über Menschenrechte in Serbien und Montenegro (Belgrade Center for Human Rights 2005). In keiner dieser Quellen wurde die Interaktion mit der Diaspora eingehender beleuchtet, was bei der Auseinandersetzung mit dem von mir gewählten Dorf, sowie diesem angrenzenden Dörfern, unumgänglich ist, da der Großteil der Bevölkerung im Ausland, insbesondere in Österreich, arbeitet und lebt. Ebenso setzte sich mit den weiteren Ursachen für die Assimilierung und den Verlust der Sprache (außer dem Fehlen minderheitenspezifischer Rechte) wie z.B. Migration in urbane Zentren, ins Ausland, gemischte Ehen und deren Auswirkungen für die individuelle Identifikation als Vlache, bisweilen kaum jemand auseinander, oder bemerkte sie nur in einem Nebensatz.

Durch die Schwerpunktsetzung auf die Situation der Vlachen in Ostserbien heute und insbesondere auf individuelle und kollektive Handlungsweisen/Agendas einer Dorfbevölkerung und ihrer Netzwerke nach Österreich möchte ich mit meiner Arbeit diesem Diskurs einen kleinen Anstoß geben.

³⁷ Dies ist eine sehr verkürzte Zusammenfassung, die in der Arbeit ausführlicher wiedergegeben wird.

³⁸ Unter kulturellen Spezifika im Kontext der Vlachen verstehe ich Gebräuche, Lieder, Mythen und Weltbilder.

³⁹ Zum Runterladen auf der Homepage des Museums Majdanpek.

Ausgewählte Literatur

BELGRADE CENTER FOR HUMAN RIGHTS (2005): *Ljudska prava u Srbiji i Crnoj Gori 2005: Pravo, praksa i svest gradjana u Srbiji i Crnoj Gori i medjunarodni standardi ljudskih prava*. Online: http://www.ljudska_prava_u_primeni_bgcentar_202005.pdf [12.02.2006]

BISERKO, Sonja (ed) (2002): *Nacionalne Manjnine i Pravo*. Helsinške Sveske Br. 15., Helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji i Humanitarni centar za integraciju i toleranciju. Beograd: Zagorac

DRAGIC, Dragomir (2002): *Vlasi ili Rumuni iz Istocne Srbije i >>Vlasko pitanje>>*. Beograd: Zagorac: IN: Helsinske sveske no. 14

DRAGIC, Dragomir (ed) (2000): *Bela knjiga o Vlasima: Tragovi Istine*. Bor: Forum za kulturu Vlaha

FLICK, Uwe (1995): *Stationen des qualitativen Forschungsprozesses*. IN: Flick, Uwe (ed): *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. 2. Aufl. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union: 148- 173

GINGRICH, André (2001): *Ethnizität für die Praxis: Drei Bereiche, sieben Thesen und ein Beispiel*. IN: Wernhart, Karl R/ Zips, Werner (eds): *Ethnohistorie: Rekonstruktion und Kulturkritik: Eine Einführung*. 2. Auflage. Wien: Promedia

KAHL, Thede (1999): *Ethnizität und räumliche Verteilung der Aromunen in Südosteuropa*. Münster Geographische Arbeiten. München

KASER, Karl (1995): *Familie und Verwandtschaft auf dem Balkan: Analyse einer untergehenden Kultur*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau

MARINOVIĆ, Milosav (ed) (2004): *Srbija, Finalni Izvestaj, Unapređenje Etničkih Odnosa u Jugoistočnoj Evropi, 2001- 2004*. King Baudouin Foundation, gradjanske inicijative. Online: www.gradjanske.org/download/Report%20%20srp.pdf [24.03.2006]

RAILIĆ, Silvija (2005): *Minderheitenschutz im östlichen Europa: Serbien und Montenegro*. Online: http://www.uni-koeln.de/jur-fak/ostrecht/minderheitenschutz/Vortraege/Serbien,%20Montenegro/Serbien_Montenegro_Marko_Railic.pdf [30.10.2005]

STEINKE, Klaus (1999): *Sprachen*. IN: Gatschikjan, Magarditsch/ Troebst, Stefan (eds): *Südeuropa: Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur: Ein Handbuch*. München: Beck: 395-416

WACE, Alan/ THOMPSON, M. (1971) [1914]: *The Nomads of the Balkans: an account of life and customs among the Vlachs of the Northern Pindus*. Freeport, New York

WEIGAND, Gustav (1995) [1895]: *Aromuni: Etnografska, filoloska i istorijska istrazivanja takozvanih >>Makedoromana<< ili Cincara*. Beograd: Lunjina (aus dem Deutschen übersetzt)

WINNIFRITH, T.J. (1987): *The Vlachs: The History of a Balkan people*. London: Druckworth

Djordjević Ana, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Universität Wien,
 anad@gmx.at

Exposé von Ljubica Zorica

„Identitätskonstruktionen am Beispiel von interethnischen Freundschaften zwischen Kroaten und Serben in Österreich“

*Exposé für die Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie
an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien*

Kroatien bereitet sich auf den Beitritt in die EU vor, jedoch sind die alten Wunden immer noch offen. Die heftigsten Debatten um den Krieg zwischen Kroatien und Serbien hört man außerhalb von Kroatien, da wo Kroaten und Serben gemeinsam leben. Viele von diesen Menschen sind aus den vormals besetzten Gebieten geflohen, einige sind schon seit Jahren in Österreich. Ein wichtiger Teil der Identität ist die ethnische Zugehörigkeit. Ungeachtet dessen, wie die aktuelle politische Lage ist, haben Menschen interethnische Beziehungen gehalten und gepflegt. Und genau das interessiert mich. Wie funktionieren die sozialen Grenzen, (boundries). Wann werden sie verstärkt und wann transzendent? Gibt es Orte oder Situationen wo diese Grenzen durchlässig werden?

Als vor einem Jahr die Exilregierung der „Krajina“ in Serbien ausgerufen wurde, schien es, dass die alten Kriegswunden in Kroatien der frühen 90- Jahre wieder zu bluten anfangen. In kroatischen Medien sah man wieder schreckliche Bilder des Krieges in Kroatien. Auf den Bildschirmen tauchten nach 10 Jahren wieder serbischen Freischäler von 1991 auf, die mit schwarzen Fahnen in die zerstörte slawonische Stadt Vukovar eindringen und das schreckliche Lied singen „*Bi`ce krvi, bi`ce mesa, klat ce mo Hrvate!*“ (Es wird Blut, es wird Fleisch geben, wir werden Kroaten schlachten). Die serbische Minderheit in Kroatien hat sich von der Exilregierung in Belgrad distanziert, jedoch wurde eine Welle der Verbitterung und Enttäuschung in der Bevölkerung ausgelöst. Dazu trug am meisten bei, dass dieser für die Kroaten schrecklicher Vorfall vom Westen und von der aktuellen serbischen Regierung nicht missbilligt wurde. Es gab kein Wort des Entsetzens oder des Bedauerns. Die EU hat nicht reagiert, Serbien hat nicht reagiert.

In Kroatien gingen 70 000 Menschen auf die Straße um Sympathien für den Exgeneral Ante Gotovina zu verkünden. Nach 15 Jahren wieder werden alte Wunden aufgerissen. Am meisten sieht man die Polemik um diese Debatte die meistens damit anfängt wer Schuld an diesem Krieg ist, in der Diaspora, in meinem Fall in Österreich.

Genau hier knüpft meine Forschung an. Wie konstruieren Kroaten ihre ethnische Identität? Aus diesem Aspekt interessiert mich besonders die Beziehung zu den in Österreich lebenden Serben. Können Freundschaften entstehen, und wie werden sie konstruiert?

Zum Krieg in Kroatien laufen viele Kontroversen wie bei den kroatischen und serbischen Wissenschaftlern, so auch im Westen. Es wird klar, dass es zu diesem Thema verschiedene Geschichtsschreibungen und Versionen gibt. Es scheint als würde jeder Wissenschaftler, der etwas zu diesem Thema veröffentlicht hat eine eigene Version der Geschehnisse zu haben. Auch dieses Thema habe ich näher unter die Lupe genommen. Ausschlaggebend war bei meinen Gesprächen die Wichtigkeit der persönlichen Auffassung des Krieges meiner Informanten. Ich wollte keine kollektiven Kriegsgeschichten erläutern sondern die subjektive Erinnerung an den Krieg.

Als Anthropologin möchte ich nicht, und bin auch nicht in der Lage Geschichtsforschung zu

betreiben. Diese Arbeit soll viel mehr den kroatischen und den Serbischen Migranten ein Gesicht und eine Stimme geben. Ich will zeigen, dass es trotz nationalistischer Bestrebungen beider Gruppen und negativer ethnischer Debatten, Freundschaft und Kollegialität entstehen kann. Und wie diese Freundschaft aussieht, das möchte ich untersuchen. Ich kann in der Tradition der Kultur- und Sozialanthropologie „nur“ eine teilnehmende Beobachterin sein.

Ich selbst habe diesen Krieg miterlebt und bin vertrieben worden, dementsprechend habe ich Nähe zu diesem Thema. Um es mit den Worten von Rihtman -Augustin auszudrücken: „... my views necessarily are biased.“ (Rihtman- Augustin 1995: 61- 67) Ferner ist die Tradition der Anthropologie Ethnozentrismus und Voreingenommenheit zu reflektieren, und nach dieser Tradition werde ich handeln. Ich habe mir das Konfliktpotential dieser Untersuchungssituation bewusst gemacht.

3) Erkenntnis, Forschungsinteresse:

Welche Konflikte gibt es zwischen Kroaten und Serben in Österreich? Welche sozialen Abgrenzungen gibt es? Wie sieht die Identitätsbildung aus? Wie sieht die Erinnerung bei den Kroaten und Serben an den Krieg aus? Wurden die ethnischen Konflikte ins Aufnahmeland mitgenommen? Wo gibt es Berührungspunkte für beide Gruppen? Gibt es Netzwerke wo sich die beiden Gruppen unterstützen? Wo werden ethnische Grenzen aufgebrochen? Wo werden sie gehalten? Welche Rolle spielt die Religion? Welche sozialen Treffpunkte gibt es wo diese Grenzen nicht berücksichtigt werden?

4) Hypothesen:

Freundschaften der Kroaten und Serben in Oberösterreich sind schwierig, da es soziale Abgrenzungen und dadurch Berührungspunkte zwischen den Serben und Kroaten gibt. Jedoch können sie sich unter günstigen Bedingungen wie häufige Interaktion zwischen den Gruppen entwickeln.

Zielsetzung:

Ich werde auf den Begriff Ethnizität unter der Berücksichtigung der Identität (vgl. Gingrich 2002), Social Boundries (vgl. Barth 1969), ethnischen Beziehungen näher eingehen. Mit bibliografischen Interviews beider Gruppen, der Serben und der Kroaten soll ein Bild beider Seiten erstehen. In diesem Zusammenhang soll die Theorie die Erzählungen untermauern. Auch ist es notwendig die Hintergründe der Konflikte zu erörtern. Dazu werde ich in der Einführung kurz auf den Krieg und die Ursachen eingehen.

Methoden:

Ich möchte keine geschichtliche Arbeit über den Krieg schreiben, auch keinen reinen theoretischen Diskurs über Ethnizität. Mich interessieren die individuellen Identitätskonstruktionen in Bezug auf die Bildung der Freundschaft. Auch wie oben erwähnt geben Interviews der Theorie eine „menschliche“ Stimme. Die Interviews werden auf Bosnisch/ Kroatisch/ Serbisch sein, aufgenommen und transkribiert werden um sie analysieren zu können. Ich möchte 8 Personen in einem bibliographischen Interview befragen und Tonbandaufnahmen machen.

Um die Theorie und die geschichtlichen Komplexität zu erläutern werde ich mich ausgiebig mit Literaturrecherche beschäftigen.

Forschungsstand:

Ich habe mich mit Literatur bekannt gemacht. (Bahde, Bauböck, Tomic und Bender). Zur

Ethnizität waren Eriksen, Gingrich, Barth und Wolf interessant, zum Thema Krieg in Kroatien J. Halpern, Povrzanovic, Nordstrom und Robben, und Senjkovic: Fear, Death and Resistance. Ethnizität ist gleichzeitig ein Migrationsthema, somit sind die Identitätskonstruktionen der Migranten in Akashe/Böhme und Castles/ Miller sehr hilfreich.

Zeitplanung:

Die Interviews fanden parallel zum Schreiben der ersten Kapitel statt. Die Feldforschung in Linz (Österreich) dauerte 3 Monate (20.1.- 30.4.) Im April und vierten Mai habe ich diese beiden Teile, den theoretischen und den empirischen verbunden. Für Korrekturlesen und Verbesserungen werde ich noch einen Monat brauchen. Die Arbeit sollte in Juni fertig sein.

Leseleitfaden:

In der Einleitung werde ich einen kurzen Überblick über die Geschichte des Krieges in Kroatien, und die Hintergründe geben. Im theoretischen Teil möchte ich mich mit Begriffen und Theorien der Ethnizität beschäftigen. Zu diesem Thema untersuche ich Ethnizität unter dem Aspekt von Gender, sozialer Schicht, Religion, Sprache, Globalisierung, und Nationalismus.

Der empirische Teil der Arbeit wird sich in diesem Zusammenhang mit den kroatisch-bosnisch-serbischen Freundschaften beschäftigen, Identitätskonstruktionen, Bezug zu Österreich, Rolle der Religion sowie Rolle der Musik, Cafes und Medien. Weiter werde ich einen Überblick über die Methode geben, und die Interviewpartner vorstellen. Der wichtigste Teil der Arbeit, die Interviewdarstellung wird die ethnizitätsspezifischen Probleme, sowie die Identitätsbildung in Österreich zeigen.

Ljubica Zorica: ljub_z42@hotmail.com

Exposé von Michael Hein

Prekäre Stabilität. Verfassungskonflikt und Verfassungspolitik in Bulgarien seit 2002

Magisterarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig, November 2005

Gutachter: Prof. Dr. Andreas Anter (Erstbetreuer) und Prof. Dr. Stefan Troebst

Das Thema dieser Arbeit ist ein Verfassungskonflikt in Bulgarien seit 2002 zwischen Legislative und Exekutive auf der einen und Judikative und Verfassungsgericht auf der anderen Seite. Zumindest vordergründig waren die Ursache hierfür die Judikative und das Verfassungsgericht (VerfG). Beide haben die ihnen durch die postsozialistische Verfassung von 1991 zugesprochenen, äußerst umfangreichen Rechte und Kompetenzen umfassend genutzt und durch Setzung von Richterrecht ihre Stellung in der politischen Realität schrittweise ausgebaut. Dabei haben sie – vor allem durch die Verfassungenauslegungen des VerfG – den Spielraum der anderen Gewalten systematisch eingeschränkt, die Handlungsfähigkeit von Parlament und Regierung gemindert und die Hürden für Verfassungsänderungen faktisch erhöht. Zeitweilig war sogar der Beitritt zur Europäischen Union durch die Spruchpraxis des Gerichts gefährdet (2003/04). Dies alles könnte die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen und damit die Stabilität der noch relativ jungen Demokratie dauerhaft gefährden.

Die Magisterarbeit leistet eine politikwissenschaftliche Analyse dieses Konflikts. Dabei werden zwei Thesen vertreten:

- (1) Hauptursache für die Probleme sind Mängel in der Verfassungsordnung von 1991. Den Organen der Judikative und dem Verfassungsgericht wurden weite Kompetenzen und zugleich umfangreiche Autonomierechte gesichert. Infolge dessen sind diese Institutionen über personelle Verbindungen stark politisierbar, aber nicht mehr durch die anderen Gewalten kontrollierbar. Daher können die akuten Auseinandersetzungen von 2002 bis 2004 als Ausbruch eines latent bereits vorhandenen Verfassungskonflikts interpretiert werden.
- (2) Die Beruhigung der Situation seit etwa zwei Jahren ist im Wesentlichen auf veränderte (parteilpolitische) Machtverhältnisse zurückzuführen. Die bulgarische Politik war bisher nicht in der Lage, die Grenzen zwischen politischen und rechtlichen Institutionen sowie dem Verfassungsgericht neu im Sinne einer funktionalen Gewaltenteilung zu ziehen. Umfassende Strukturveränderungen sind im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung auch unwahrscheinlich, und mit einer stabilisierenden Wirkung durch informelle Praktiken der politischen bzw. rechtlichen Kultur wird ebenfalls kaum zu rechnen sein. Der latente Verfassungskonflikt wird also auf absehbare Zeit bestehen bleiben; sein erneuter Ausbruch scheint jederzeit möglich.

Hinter dem akuten Konflikt von 2002 bis 2004 lassen sich vor allem zwei Interessengruppen vermuten: zum einen die konservative politische Opposition, das heißt die Union der demokratischen Kräfte (UDK) und ihre Nachfolgeparteien, und zum anderen einflussreiche Wirtschaftsgruppierungen, die politische Entscheidungen in ihrem Sinne herbeiführen wollen. Konkreter Anlass für den Ausbruch des Konflikts war das konzertierte Agieren der UDK gemeinsam mit einer Reihe ihr verbundener Richter und Staatsanwälte 2002 und 2003. Während die UDK die Regierung schwächen wollte, ging es den »Magistraten« um den Schutz ihrer umfangreichen Rechte und Privilegien. Als systematische Hauptursache des Konflikts identifiziert die Arbeit jedoch Mängel in der Verfassung von 1991: Die bulgarische Verfassungsordnung berücksichtigt die Differenzierung von Recht und Politik nicht ausreichend, so dass die Organe der Judikative sowie das Verfassungsgericht systematisch

und zielgerichtet politisch agieren können. Es besteht mithin seit 1991 ein latenter Verfassungskonflikt, der allerdings erst Ende 2002 erstmals zum Ausbruch kam.

Die Hauptfrage lautet, ob die bulgarische Politik in der Lage ist, die Grenzen zwischen politischen und rechtlichen Institutionen sowie dem VerfG im Sinne einer funktionalen Gewaltenteilung neu zu ziehen, oder ob Stabilität und Funktionsfähigkeit des Regierungssystems auch weiter gefährdet bleiben und eine existentielle Krise für Politik und Recht entstehen könnte. Dafür werden die einzelnen Verfassungsorgane und ihre Beziehungen untereinander genau untersucht. Im besonderen wird herausgearbeitet, inwieweit das Institutionengefüge dysfunktional für ein gewaltenteiliges Regierungssystem ist und wo weitere Ursachen des Konflikts liegen. Neben zahlreichen Detailfragen wird geklärt, welche Strategien Parlament bzw. Regierung entwickelt haben, um verlorenes Terrain zurück zu gewinnen. Außerdem wird die Korruption im Justizwesen, die politische Kultur der politischen Elite Bulgariens und der Einfluss der Europäischen Union untersucht. Als theoretischer Rahmen wird ein systemtheoretisches Verfassungsverständnis genutzt, welches das problematische Verhältnis zwischen Recht und Politik hinreichend erfassen kann und für die Analyse von Verfassungsproblemen einige wichtige Argumente liefert. Außerdem wird eine allgemeine These über die Wirkungen verfassungsrechtlicher Strukturen auf die Funktionalität der Gewaltenteilung entwickelt, anhand derer die Kernforschungsfrage dieser Magisterarbeit beantwortet werden kann.

Die Arbeit widmet sich in doppelter Hinsicht einem vernachlässigten Thema der Sozialwissenschaften. Zum einen hat Bulgarien »in den Diskussionen um die Transformationsprobleme der post-kommunistischen Staaten Osteuropas bislang nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das Interesse der [westlichen] Medien an den Problemen des Landes tendiert gegen null, in den akademischen Analysen der ›Revolutionsverläufe‹ der post-kommunistischen Staatenwelt Osteuropas taucht es zumeist nur aus Gründen enzyklopädischer Vollständigkeit als Appendix auf.«⁴⁰ An dieser Tatsache hat sich seit der Mitte der 1990er Jahre nichts wesentliches geändert – Bulgarien hat auch weiterhin »das Image einer in jeder Hinsicht grauen Maus.«⁴¹ Selbst innerhalb der Südosteuropaforschung nimmt das Land einen hinteren Platz ein. Schaut man von der Mitte des Kontinents nach Südosten, dann scheint seit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre und den nachfolgenden »Balkankrisen« der Blick nach Bulgarien gewissermaßen verstellt zu sein.

Zum anderen gehören Verfassungen zwar unbestreitbar »zu den wichtigsten Gegenständen« der Politikwissenschaft, »weil ihr Gegenstand, die Politik, heute untrennbar mit der Verfassung verknüpft ist.«⁴² Gleichwohl gibt es in der deutschsprachigen Forschung bis heute ein starkes Defizit in der Untersuchung verfassungspolitischer Probleme.⁴³ Ein Mangel an

⁴⁰ Höpken, Wolfgang: Die »unvollendete Revolution«? Bilanz der Transformation nach fünf Jahren, in: ders. (Hrsg.): Revolution auf Raten. Bulgariens Weg zur Demokratie. München 1996, S. I-XXXI, hier S. I.

⁴¹ Ebd., S. II.

⁴² Anter, Andreas: Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen. Tübingen 2004, S. 166.

⁴³ Vgl. nur Luhmann, Niklas: Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems, in: Der Staat 12 (1973), S. 1-22 und 165-182; Grimm, Dieter: Die Gegenwartsprobleme der Verfassungspolitik und der Beitrag der Politikwissenschaft, in: ders.: Die Zukunft der Verfassung. Frankfurt/Main ²1994 [Original 1978], S. 338-373; Kimmel, Adolf: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hrsg.): Verfassungen als Fundament und Instrument der Politik. Baden-Baden 1995, S. 7f.; Glaeßner, Gert-Joachim/Reutter, Werner: Verfassung, Politik und Politikwissenschaft, in: dies./Jeffery, Charlie (Hrsg.): Verfassungspolitik und Verfassungswandel. Deutschland und Großbritannien im Vergleich. Wiesbaden 2001, S. 9-27, und Holtmann, Everhard: Dynamische Gewaltenteilung – ein »vergessenes« Thema der Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 3/2004, S. 311-320.

politikwissenschaftlichen Analysen von Verfassungsproblemen lässt sich auch in der Osteuropa-Forschung feststellen. Hier ist eine Beschäftigung mit dem Themenkreis Verfassungsentwicklung und Gewaltenteilung fast ausschließlich im Bereich der Transformationsforschung in der Untersuchung semidemokratischer und autokratischer Regime feststellbar.⁴⁴ Darüber hinaus stehen Verfassungsfragen eigentlich nur im Zentrum des Interesses, wenn es um die Problematik der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz geht.⁴⁵ So nimmt es nicht wunder, dass auch über den aktuellen bulgarischen Verfassungskonflikt bisher nur wenig publiziert wurde. Neben einigen rechtswissenschaftlichen Berichten und Analysen ist dem Verfasser nur eine Untersuchung des Teilaspekts der problematischen Unabhängigkeit der Justiz bekannt.⁴⁶ Selbst in der bulgarischen Forschung sind nur einige wenige juristische Untersuchungen der einschlägigen Verfassungsgerichtsentscheidungen zu finden.⁴⁷

Daher galt es, soweit dies im Rahmen einer Magisterarbeit geleistet werden konnte, die Thematik grundlegend aufzuarbeiten. Zu diesem Zwecke wurden während eines zweimonatigen Forschungsaufenthalts in Sofia im Juni/Juli diesen Jahres vier der wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen seit Mitte 2002 untersucht.⁴⁸ Der Autor orientierte sich dabei zunächst an den wichtigsten Ereignissen, die im Zusammenhang mit dem Thema stehen konnten: Entscheidungen des VerfG und der Obersten Gerichte, Verfassungsänderungen, Änderungen an den wichtigsten Justizgesetzen sowie wichtige Personalentscheidungen (vor allem Verfassungs- und Oberste Richter). Die Originaldokumente, also vor allem die Gerichtsurteile, Gesetzestexte und -änderungen, wurden ebenfalls analysiert. Außerdem wurde die vorhandene bulgarische politikwissenschaftliche und juristische Fachliteratur miteinbezogen. Nach und nach konnten so nicht nur alle wichtigen Entscheidungen, sondern auch die mit ihnen verbundenen, teilweise sehr langwierigen Debatten rekonstruiert werden, so dass ein umfassendes Bild der Entwicklungen inklusive der zahlreichen verfassungs- und einfach-rechtlichen Lösungsansätze gezeichnet werden kann.⁴⁹

Das Fazit der Arbeit fällt – vgl. die o.g. Thesen – relativ pessimistisch aus. Es wird bezweifelt, dass wirksame (und verfassungsgemäße) Strukturveränderungen im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung ohne eine Große Volksversammlung möglich sein werden. Das Verfahren für eine Große Volksversammlung ist jedoch politisch mehr als unwahrscheinlich. Zudem sind die Einflüsse der politischen bzw. rechtlichen Kultur, das Problem der Korruption im Justizwesen sowie der Reformdruck von Seiten der EU insgesamt

⁴⁴ Vgl. *Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel*: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien, in: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (2000), S. 3-30, und *Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter*: Defekte Demokratie 1: Theorie. Opladen 2003.

⁴⁵ Vgl. für Bulgarien bspw. *Melone, Albert P.*: The Struggle for Judicial Independence and the Transition Toward Democracy in Bulgaria, in: *Communist and Post-Communist Studies* 2/1996, S. 231-243.

⁴⁶ *Schrameyer, Klaus*: Justiz in Bulgarien: Kampf der Gewalten oder der Aufstand der »Unberührbaren«, in: *Jahrbuch für Ostrecht* 1/2003, S. 147-160; *ders.*: Wer regiert eigentlich das Land? In: *WGO-Monatshefte für osteuropäisches Recht* 2/2003, S. 87-89; *ders.*: Die bulgarische Justiz als Nebenregierung, in: *Südosteuropa* 10-12/2002 [erschienen Ende 2003], S. 594-605, und *Schönfelder, Bruno*: Judicial Independence in Bulgaria: A Tale of Splendour and Misery, in: *Europe-Asia Studies* 1/2005, S. 61-92.

⁴⁷ Etwa *Nenovski, Neno*: Konstitutionna revizija i konstitutionen sädeben kontrol, in: *Juridičeski svjat* 2/2003, S. 31-45.

⁴⁸ Tageszeitungen: *Dnevnik* (<http://www.dnevnik.bg>), *Sega* (<http://www.segabg.com>) und *Standart* (<http://www.standartnews.com>); Wochenzeitung: *Politika* (<http://www.politika.bg>, seit ihrem erstmaligen Erscheinen im April 2004).

⁴⁹ Nach der Rückkehr aus Sofia wurde die Thematik über die Online-Ausgaben der genannten Zeitungen weiterverfolgt. In der Arbeit wird der Zeitraum bis Ende Oktober 2005 behandelt.

eher negativ oder zumindest ambivalent zu bewerten.⁵⁰ Gleichwohl dürfen die bisher durchgeführten Reformen auch nicht unterschätzt werden, insbesondere die Änderungen am *Gesetz über die rechtsprechende Gewalt* und an der *Strafprozessordnung*. Bisher war die bulgarische Politik jedoch nicht in der Lage, die Grenzen zwischen politischen und rechtlichen Institutionen sowie dem VerfG neu im Sinne einer funktionalen Gewaltenteilung zu ziehen. Die Entspannung der Situation seit etwa eineinhalb Jahren ist vor allem dadurch eingetreten, dass die Parteigänger der UDK bzw. ihrer Nachfolger ihre starken Positionen weitgehend verloren haben. Seit August diesen Jahres regieren nun mit der *Koalition für Bulgarien* (in der die *Sozialistische Partei* den Hauptanteil hat), der *Nationalen Bewegung Simeon II.* und der *Bewegung für Rechte und Freiheiten* die Parteien in einer großen Koalition, die seit 2002 zumeist gemeinsame Positionen in Bezug auf Fragen der Verfassungspolitik und der Justizreform vertreten haben. Demgegenüber besitzen die drei untereinander zerstrittenen Nachfolgefraktionen der UDK in der neuen Volksversammlung jeweils nicht einmal mehr das Quorum, um das VerfG selbständig anrufen zu können. Alles in allem bleibt also festzuhalten, dass sich an der grundlegenden Konfliktkonstellation nur wenig geändert hat, dass aber gleichgerichtete Mehrheitsverhältnisse in den verschiedenen Institutionen (neben dem Parlament im Obersten Justizrat sowie tendenziell im VerfG) zu einer deutlichen Abschwächung des Konflikts geführt haben. Stabilität und Funktionsfähigkeit des bulgarischen Regierungssystems bleiben hingegen auch weiter prekär.

MICHAEL HEIN Georg-Schumann-Straße 52, 04155 Leipzig · E-Mail: mail@michaelhein.de

⁵⁰ Vgl. zur Rolle der EU *Höland, Armin*: EU-Recht auf dem Weg nach Osten: Rechtssoziologische Fragen, in: *Boulanger, Christian* (Hrsg.): *Recht in der Transformation. Rechts- und Verfassungswandel in Mittel- und Osteuropa. Beiträge zur Debatte*. Berlin 2002, S. 78-101.

Exposé von Martin J. Ivanov

Die ökologische Modernisierung der Balkan-Länder Bulgarien und Rumänien im Zuge ihrer europäischen Integration. Eine Analyse der Energiepolitik und –wirtschaft. *Dissertationsvorhaben*

1. Fragestellung und Untersuchungsgegenstand

Am 25.04.2005 wurden die Beitrittsverträge von Rumänien und Bulgarien in die Europäische Union unter der Luxemburgischen Ratspräsidentschaft in der Neumünster-Abtei unterschrieben. Die zwei Balkan-Länder haben bis dahin einen langen und schwierigen Verhandlungsweg durchlaufen, der allerdings mit Zweifeln an deren Bereitschaft für die EU-Mitgliedschaft nicht völlig aufgeräumt hat.

Vor diesem Hintergrund möchte ich in meinem Dissertationsprojekt die ökologische Transformation der Energiepolitik und –wirtschaft in beiden Ländern verfolgen, wobei mich besonders die Frage nach den Determinanten und Erfolgsbedingungen bzw. Restriktionen einer ökologischen Modernisierung, sowie den Unterschieden bzw. Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern interessiert. Die Studie soll die Politikprozesse im Energiesektor seit Beginn der Verhandlungen mit der EU rekonstruieren, um Aufschluss zu geben, welche Einflüsse vom europäischen Integrationsprozess einerseits und von den Transformationsprozessen in den Ländern selbst und ihrer Reintegration in die Weltwirtschaft andererseits ausgehen.

2. Stand der Forschung

Da es sich in dieser Arbeit in erster Linie um eine Politikfeldanalyse handelt, die zunächst die Politikprozesse im Energiesektor beider Länder beleuchtet, ist es wichtig den Stand der Forschung in diesem spezifischen Teil der vergleichenden Politikwissenschaft wiederzugeben. Der Horizont dieser Arbeit geht jedoch über die Politikfeldanalyse hinaus, sie hat zusätzlich auch einen normativen Anspruch: aus den Determinanten und Erfolgsbedingungen der ökologischen Modernisierung der Energiepolitik und- wirtschaft wird eine Entwicklungsstrategie für die beiden Balkan-Länder ausgearbeitet. Hier liegt auch der praktischbezogene Mehrwert der Arbeit vor. Der Zeitraum der Untersuchung ist seit dem Anfang der Beitrittsverhandlungen mit der EU im Jahr 1997 bis zum geplanten EU-Beitritt am 01.01.2007.

a) Governance-Debatte

Es lässt sich feststellen, dass in der Diskussion über die Art und Weise, wie heutzutage modernes Regieren in liberal-demokratischen Politiksystemen funktioniert, das klassische hierarchische Modell der Entscheidungsfindung im modernen Staat, wie von Max Weber entwickelt, in Frage gestellt wird. Vielmehr erfolgt die Entscheidungsfindung über eine Mischform zwischen Hierarchie und Markt, nämlich die so genannten Policy-Netzwerke. Wie Fritz W. Scharpf konstatiert, die zwei Prämissen des neuzeitlichen Staatsbegriffes, Souveränität nach außen und hierarchische Überordnung nach innen, können nicht mehr aufrechterhalten, da der moderne Staat sich „in ein immer dichteres Geflecht transnationaler und innergesellschaftlicher Abhängigkeiten und Verhandlungszwänge“ befindet. Die neue Form von Governance, die mit dem Konzept der Policy-Netzwerke erfasst wird, setzt sich

zunehmend nicht nur auf nationaler oder lokaler Ebene durch, sondern wird auch auf europäischer Ebene praktiziert.

b) Advocacy-Coalition-Ansatz

Der *Advocacy-Coalition-Ansatz*, den ich in dieser Arbeit anwenden möchte, entstand aus der Arbeit von Paul A. Sabatier.⁵¹ Dieser Ansatz verbindet meiner Meinung nach am besten die Vorteile der oben dargestellten Konzepte. Die Grundlage bildet der Policy-Netzwerk-Ansatz, der allerdings entscheidend modifiziert wird, indem als maßgeblicher Faktor der Politikgestaltung die Werte der Akteure gesehen werden. Weiterhin wird die Vorstellung integriert, dass die Akteure sich nicht nur an ihren eigenen Interessen, sondern sich auch an Paradigmen/Weltbildern orientieren, mit deren Hilfe die komplexe Realität reduziert wird und brauchbare Lösungen für die wahrgenommenen Probleme geliefert werden. Die rationale Handlungslogik, die von vielen Autoren zugrunde gelegt wird, wird in diesem Ansatz als nicht ausreichend betrachtet. Jedoch gibt Sabatier zu, dass die Maximierung der eigenen Wohlfahrt handlungsleitend sein kann und die Eigeninteressen von Organisationen trotz übereinstimmenden Wertvorstellungen ein Hindernis bei der Bildung einer Koalition sein können.⁵² Der vom Paul Sabatier entwickelten Ansatz ist ein „akteursbezogener, handlungstheoretisch orientierter Policy-Ansatz mit strukturalistischen Elementen, der das Verhalten von Akteuren bei der Produktion von öffentlichen Maßnahmen vor allem durch die Orientierung an Werten und handlungsleitenden Orientierungen erklärt“.⁵³

c) Kritik

Gemeinsam den bereits diskutierten Ansätzen ist es, dass sie eine staatszentrierte Perspektive vertreten, d.h. es wird implizit angenommen, – und das ist auch nicht verwunderlich, denn diese Ansätze sind ja für die Länder der so genannten ersten Welt konzipiert – dass der Staat, sowohl im komplexen mehrstufigen Gefüge von internationalen Institutionen bzw. Organisationen und national bzw. transnational agierenden Wirtschaftsakteuren, als auch als Teil der hoch dynamischen Globalisierungsprozesse, immer noch eine entscheidende Größe darstellt. Erst in letzter Zeit geht die Policy-Forschung von einem Verlust der Steuerungsfähigkeit des modernen Nationalstaates aus.⁵⁴ In einer deregulierten globalen Weltwirtschaft mit ihrer eigenen Logik und Gesetzmäßigkeiten, die selten mit der Logik des Nationalstaates übereinstimmen, bemüht sich der moderne Nationalstaat dieser Logik anzupassen, um die Sicherung seiner Produktionsstandorte gegenüber anderen Staaten und Regionen zu gewährleisten. Die ehemaligen Ostblock-Länder bilden dabei keine Ausnahme

⁵¹ Vgl. Paul A Sabatier, Knowledge, Policy-Oriented Learning and Policy Change, in: Knowledge, Creation, Diffusion, Utilization, Nr. 8, 1987, S. 649-692.; Ders., An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning Therein, in: Policy Sciences, Nr. 21, 1988, 129-168.; Ders., Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: Adrienne Héritier (Hg.), Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS-Sonderheft, Nr. 24, Opladen, 1993, S. 116-148.; Ders./Hank C. Jenkins-Smith, Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach, Boulder u.a. (Westview Press), 1993; Ders., The Advocacy Coalition Framework. Revisions and Relevance for Europe, in: Journal of European Public Policy, Jg. 5, Nr. 1, 1998, S. 98-130.

⁵² Paul A. Sabatier, 1998, S. 109.

⁵³ Joachim Katz, Theoretischer Rahmen für einen Vergleich der Stadtverkehrspolitik in Stuttgart und Zürich, in: Christine Dreher/Joachim Katz/Stefan Köhler, Politikfeldanalytischer Vergleich der Stadtverkehrspolitik in Stuttgart und Zürich, Stuttgart, 1995, S. 56

⁵⁴ Edgar Grande, The Erosion of State Capacity and the European Innovation Policy Dilemma. A Comparison of German and EU Information Technology Policies, Wien, Reihe Politikwissenschaft 70 (Institut für Höhere Studien), 2000, S. 1.

und sind sowohl internen Transformations- als auch externen Globalisierungsprozesse ausgesetzt. Die letzten haben erstens mit der Internationalisierung von Warenkapital, also der verstärkte Warenexport, zweitens mit der Internationalisierung des Produktionskapitals, also eine Zunahme des Kapitalexportes, und drittens mit der Internationalisierung des Geldkapitals und der Hinwendung zu den Finanzmärkten und damit verbunden Zunahme der Devisenspekulation. Globalisierung wird also als ökonomischer Prozess weltweiter Produktions- und Marketingintegration verstanden, in dem neue und zunehmend ökologischer Art Herausforderungen für die politische Regulierung und Gestaltung sei es regional, national, international entstehen, gekoppelt mit der fortschreitenden Einebnung unterschiedlicher kultureller Räume und Lebenspraxen.

Eine Politikfeldanalyse, die mit dem Anspruch auf Vollständigkeit durchgeführt wird, sollte auch die externen Systemfaktoren, die mit der internationalen Arbeitsteilung und der kapitalistischen Weltwirtschaft zu tun haben, mitberücksichtigen. Eine ökologische Modernisierung der Transformationsländer kann auch als eine erfolgreiche Strategie für ihre Reintegration in die Weltwirtschaft interpretiert werden, denn mit hohen Umweltstandards und innovativen umweltfreundlichen Lösungen bei der Produktherstellung kann man nicht nur die Umweltproblematik in den Griff bekommen, sondern einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern erzielen.

d) Modernisierungsdebatten

An dieser Stelle ist theoretisch sinnvoll die Entwicklungs- und Modernisierungsdebatten in den Sozialwissenschaften zu berücksichtigen. Die wissenschaftliche und politische Debatte der 1970er Jahre über den erfolgreichen Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung ist gekennzeichnet dadurch, dass die bis dahin vorherrschende Meinung der Modernisierungstheoretiker, die ihren Ursprung in der Freihandelstheorie Smiths und Ricardos hat, stark unter Druck geriet. Diese gingen davon aus, dass eine aufholende Entwicklung in den Ländern der so genannte dritten Welt im positiven Zusammenhang zwischen Demokratisierung und liberaler Marktwirtschaft anzusehen ist.⁵⁵ Der empirischen Beobachtung zufolge hat sich das Gefälle zwischen Nord und Süd, trotz der in den 1960er Jahren beachtlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 5% in den Entwicklungsländern, nicht verringert. Die Situation der Entwicklungsländer hat sich nach der Ölkrise sogar deutlich verschlechtert. Die Dependenztheoretiker, die in der marxistischen Tradition der Sozialwissenschaft anzuordnen sind, sahen dafür exogene Systemfaktoren zuständig, die in der internationalen Arbeitsteilung und der asymmetrischen Struktur der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Zentrum (dem reichen „Norden“) und Peripherie (dem armen „Süden“) ihren Ursprung haben.

Neuere politökonomischen Studien haben einen differenzierteren Blick entwickelt und sowohl strukturalistische als auch aktorenspezifische Faktoren identifiziert, die eine Modernisierung und aufholende ökonomische Entwicklung determinieren. Der Grundstein legte die von Emmanuel Wallerstein entwickelte Weltsystemtheorie, die ein analytisches Rahmenwerk angeboten hat, das die eingeschränkte zwischen dem „Staat“ und dem „Markt“ theoretische Sichtweise zu überwinden versuchte. Dem fehlte es leider, wie seit der frühen Kritiken (Skocpol 1977) noch bekannt ist, an Meso- und Mikroebene-Analysekategorien. Der Global Production Network-Ansatz (GPN) versucht diese Lücke zu füllen.

Die Architektur des GPN Ansatzes beruht auf drei zentralen Kategorien: Wert, Macht and Einbettung (embeddedness). Unter Wert werden die verschiedenen Formen von ökonomischer Rente verstanden, deren Erzeugung, Erweiterung und letztendliche Ergreifung zu verfolgen

⁵⁵ Vgl. Wolfgang Muno, Demokratie und Entwicklung, in: Manfred Mols (Hrg.), Dokumente und Materialien, Nr. 29, 2001, S. 2.

sind. Macht nimmt drei Formen an: institutionelle, korporative und kollektive. Als Einbettung wird der Prozess verstanden, in dem das globale Produktionsnetzwerk an einem bestimmten Territorium sich als Beziehungen zwischen den Netzwerkmitgliedern konstituiert.

Erweitert werden diese Kategorien durch weitere vier Dimensionen, die auf der Mikroebene der Analyse angesiedelt sind: Firmen, Sektoren, Netzwerke und Institutionen.

Die Schwäche des Ansatzes liegt darin, dass er die pfadabhängige Entwicklung des kapitalistischen Systems in die Analyse nicht einbezieht sowie die verschiedenen nationenspezifischen Regulationsmodi. Diese Faktoren müssen jedoch berücksichtigt werden, wenn es um die Verbindung zwischen Kapitalakkumulation und Umweltausbeutung geht.

3. Methodisches Vorgehen und empirische Grundlage

Mit der Auswahl einer Fallstudie bezwecke ich, genaueres Wissen auf der Basis der Annahmen des Theorieansatzes über die politischen Entscheidungsprozesse zu liefern. Die empirisch ermittelten Zusammenhänge werden im Sinne des Theorieansatzes interpretiert, um plausible qualitative Aussagen zu treffen. Mit der Rekonstruktion des Verlaufs der Politikentscheidungsprozesse wird nicht nur festgestellt, wie der Zustand ist, sondern auch, welche tiefer liegenden Gründe für eine Situation auszumachen sind. Ein Teil des Forschungsprozesses besteht also darin, den gesammelten Daten Sinn zu geben, da sie nicht einfach für sich sprechen, sondern vom Forscher interpretiert werden müssen. Während ein quantitatives Vorgehen allein nichts über den Sinn menschlichen Handelns aussagen kann, ermöglicht es eine auf Verstehen ausgerichtete Herangehensweise, tiefere Einsichten in das menschliche Verhalten zu gewinnen. Das Verstehen von Sinn ist somit ein wesentlicher Ausgangspunkt der qualitativen Sozialforschung.⁵⁶

Fallstudien ziehen Informationen aus vielen und höchst unterschiedlichen Quellen⁵⁷ und innerhalb der „Hauptmethode“ Fallstudie kommen verschiedene Methoden zur Anwendung. Dazu zählen in diesem Fall vor allem qualitative Vorgehensweisen wie Interviews, Beobachtungen, Dokumentanalyse usw.

Die Experteninterviews haben den Vorteil, dass man mit weniger Aufwand und sehr gezielt Hintergrundinformation über den Fall bekommt. Zwar sind die Aussagen sehr subjektiv, jedoch kann man ihre Plausibilität durch zusätzliche Dokumentenanalyse beispielsweise durch die Analyse von Reden und weiteren Veröffentlichungen überprüfen. Zusätzlich dazu wurden mit der Auswertung der Sekundärliteratur weitere Informationen gesammelt und bewertet. Damit wird die Komplexität der Geschehnisse auf der Basis der theoretischen Annahmen zugänglicher gemacht.

Dagegen setzt meiner Ansicht nach die Anwendung quantitativer Methoden in einer Fallstudie gute Kenntnisse über den untersuchten Politikbereich voraus. So schlagen beispielsweise Sabatier und Jenkins-Smith vor, quantitative Analyse von Texten und Dokumenten zusätzlich zu einer schon durchgeführten Fallstudie auf der Basis qualitativer Methoden durchzuführen, um die Ergebnisse zu vergleichen bzw. die Plausibilität der Aussagen zu überprüfen.⁵⁸ Jedoch ist das primäre Ziel solcher Fallstudienanalysen die Verifizierung der Theorieannahmen.

Martin J. Ivanov (martin.j.ivanov@gmail.com, BG-7000 Rousse, Ticha 34a

⁵⁶ Vgl. Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 5. Aufl., Weinheim (Dt. Studien-Verlag), 1995.

⁵⁷ Vgl. Bill Gillham, *Case Study Research Methods*, London (Continuum), 2000.

⁵⁸ Sabatier/Jenkins-Smith, 1993, S. 147.

Exposé von Julia Nietsch

Die Rolle der lokalen Zivilgesellschaft in Post-Konflikt-Transformationsprozessen: Die Interaktion zwischen NGOs und Regierungsinstitutionen in Bosnien und Herzegowina und Kosovo

Dissertationsvorhaben betreut von Prof. Dr. Stefan Troebst, Universität Leipzig

1. Einleitung in die Problematik

Nach den Kriegen von 1992-1995 und 1998-1999 unternahm die internationale Gemeinschaft in ihrem Umfang einzigartige *state-* und *nation-building*-Programme in BiH und Kosovo, um die Region für eine EU-Mitgliedschaft vorzubereiten und so langfristig Frieden zu sichern. In BiH war es das erste Mal, dass aus einer *peace-keeping*-Mission eine „Demokratisierungsmission“ unter Aufsicht einer internationalen Administration entstand: Das Büro des Hohen Repräsentanten der internationalen Staatengemeinschaft leitet und koordiniert mittlerweile fast schon 10 Jahre den institutionellen Wiederaufbau in BiH. Im Kosovo übernimmt die UN-Mission (UNMIK) seit Juni 1999 diese Aufgaben.

Ein zentrales Element der Demokratisierungsbestrebungen in BiH und im Kosovo sind die zahlreichen internationalen Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft. Nachdem zivilgesellschaftliche Organisationen in Osteuropa in den 1980er Jahren mit Unterstützung etablierter westlicher Demokratien maßgeblich den Sturz der kommunistischen Regime vorbereitet hatten, erhofft sich die internationale Gemeinschaft, dass NGOs in BiH und Kosovo in ähnlicher Weise den Demokratisierungs- und Transformationsprozess beschleunigen werden.

In meiner Dissertation reflektiere ich die Ergebnisse dieser Zivilgesellschaftsförderungsprogramme und untersuche, wie NGOs mit anderen lokalen Akteuren vernetzt sind und insbesondere, wie sie mit den lokalen Regierungsinstitutionen interagieren, um herauszufinden, wie viel gesellschaftlich-politischen Einfluss sie auf lokaler Ebene auf den Demokratisierungsprozess ausüben. Dadurch, dass es in BiH und Kosovo zwei Regierungsebenen (lokal und international) gibt, bewegen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in BiH und im Kosovo in einem außergewöhnlichen Spannungsfeld zwischen lokalen und internationalen Entscheidungsträgern.

2. Übersicht über den Forschungsstand

Meine Dissertation versteht sich als Beitrag zur Forschung über Demokratisierungs- und Transformationsprozesse in europäischen post-kommunistischen und post-konfliktualen Gesellschaften am Beispiel von BiH und Kosovo. Die meisten Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet stammen aus dem angloamerikanischen Raum. Verglichen mit dem Demokratisierungswellen in Lateinamerika und Asien in den 1980er Jahren und in Afrika in den 1990er Jahren fanden die Demokratisierungs- und Transformationsprozesse in Europa überproportional viel Beachtung. Hier liegt jedoch das Hauptaugenmerk auf Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion. Die Demokratisierungs- und Transformationsprozesse im Balkanraum sind weltweit – und insbesondere in Deutschland – vergleichsweise wenig erforscht.

Am Beispiel der Literatur über Zivilgesellschaftsförderung wird dies besonders deutlich: Abgesehen von OSZE- und USAID-Studien⁵⁹ gibt es meines Wissens bisher nur eine akademische Arbeit über Zivilgesellschaftsförderung im Kosovo.⁶⁰ Nur wenige Forscher haben sich mit Zivilgesellschaft in BiH beschäftigt,⁶¹ und die meisten Forschungsarbeiten beschränken sich auf eine Analyse der Strategien der internationalen Gemeinschaft. Um die lokalen Charakteristika zivilgesellschaftlicher Strukturen zu verstehen, sind jedoch ausführliche empirische Untersuchungen notwendig. An diesen mangelt es in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur.

3. Ziel und Struktur meines Forschungsvorhabens

Mein Dissertationsvorhaben soll in zweierlei Hinsichten eine Forschungslücke schließen: Ich möchte mich erstens mit der noch wenig untersuchten Zivilgesellschaftsförderung in BiH und Kosovo beschäftigen. Zweitens möchte ich nicht die Strategien der internationalen Gemeinschaft zur Zivilgesellschaftsförderung in den Vordergrund stellen, sondern mich analytisch-empirisch mit der Zielgruppe dieser Förderprogramme auseinandersetzen: den lokalen NGOs in ihren Beziehungen zu lokalen und internationalen Akteuren, insbesondere zu lokalen Regierungsinstitutionen.

a. Ergebnisse meiner Vorarbeiten

Von Februar bis Juli 2004 war ich für die OSZE Mission im Kosovo tätig. Für das Zivilgesellschaftsreferat der Demokratisierungsabteilung habe ich eine Studie über die Interaktion zwischen lokalen Nichtregierungsorganisationen und den lokalen provisorischen Regierungsinstitutionen durchgeführt (Nietsch, 2004). Diese Studie fasst die Ergebnisse von Interviews mit über 50 Nichtregierungsorganisationen sowie internationalen und lokalen Zivilgesellschaftsexperten zusammen.

In dieser Studie komme ich zu dem Ergebnis, dass Zivilgesellschaft sich im Kosovo anders definieren muss als in etablierten Demokratien und einen eigenen lokal akzeptierten und fundierten Weg finden muss, um den politischen Demokratisierungs- und Transformationsprozess mitzugestalten. NGOs im Kosovo nehmen aufgrund der Abwesenheit eines „Staates“ viele öffentliche Aufgaben wahr, die in westlichen Ländern von staatlichen Institutionen erfüllt werden. So haben sie im Vergleich zu NGOs in westlichen Demokratien viel mehr Freiraum, politische Prozesse mitzubestimmen – doch andererseits sehen sie in den machtlosen lokalen Regierungsinstitutionen keinen Ansprechpartner, der ihnen dabei helfen könnte, und nehmen entweder eine radikale Oppositionshaltung ein oder gehen auf Distanz. Manche NGOs haben sich zu professionellen Regierungsberatern entwickelt: Wie Consulting-Firmen werden sie von der lokalen Regierung für ihre Dienste bezahlt.

Lobbying auf Regierungsebene sieht daher kaum eine NGO im Kosovo als Priorität. Viele NGOs, die in Pristina sitzen und Beziehungen zur Regierung haben, haben keinen Bezug zu der Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt und keine Mitglieder, die bei einer Lobbying-kampagne hinter ihnen stehen könnten. Kleinere NGOs außerhalb von Pristina und NGOs der ethnischen Minderheiten haben kaum Kontakte zur Regierung, weder auf lokaler noch auf zentraler Ebene.

Um besser ihre Interessen zu vertreten, müssten sich lokale NGOs zusammenschließen – doch unter lokalen NGOs gibt es mehr Rivalität als Kooperation. Besonders schwierig gestaltet sich

⁵⁹ Blair, Donaguey, Velija, 2004; Bergsma, 2004; Rothschild, 2003.

⁶⁰ Llamazares und Levy, 2003.

⁶¹ Andjelic, 2000; Belloni, 2001; Chandler, 1999a; Smillie, 2001, Kap. 2; Turbot, 2001.

die Kooperation zwischen NGOs verschiedener ethnische Gruppen. Die vielen „multiethnischen“ Konferenzen und NGO-Treffen, die den Dialog zwischen den ethnischen Gruppen fördern sollen, vertuschen, dass es kaum konkrete und nachhaltige Zusammenarbeit zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen gibt.

Die Situation, die ich in meiner Studie schildere, ist in vielen Ländern der Region ähnlich – doch interessant, wäre es, die Unterschiede herauszuarbeiten, die die Situation im Kosovo charakterisieren. Daher möchte ich in meiner Dissertation Zivilgesellschaftsstrukturen in BiH und Kosovo vergleichen.

b. Skizze meiner Dissertation

Meine Dissertation beleuchtet kritisch die internationalen Strategien der Zivilgesellschaftsförderung in BiH und Kosovo (Teil I), kontrastiert diese Strategien mit einer analytisch-empirischen Untersuchung der Wirklichkeit (Teil II), um im Schlussteil Vorschläge zu entwerfen, wie die Zivilgesellschaftsförderung in BiH und im Kosovo effektiver zum Demokratisierungsprozess in BiH und Kosovo beitragen könnte.

Teil I beschäftigt sich mit den Akteuren, die in BiH und Kosovo die Entwicklung der Zivilgesellschaft mitbestimmen und beeinflussen. In Teil I beschreibe ich diese Akteure, ihre Ziele, Interessen und ihre Beziehung zu lokalen Nichtregierungsorganisationen. Ihre Definitionen von Zivilgesellschaft werden mit Zivilgesellschaftstheorien verschiedener akademischer Richtungen verglichen und kritisch diskutiert.

Teil II untersucht die Rolle der lokalen NGOs in der bosnischen und kosovarischen Gesellschaft und ihre Beziehungen zu lokalen Regierungsinstitutionen unter Berücksichtigung des komplexen sozialen Netzwerkes, in dem sich lokale NGOs befinden. Während mein Hauptaugenmerk auf der gegenwärtigen Situation liegt, berücksichtige ich auch historische Aspekte, insofern sie für die Erklärung der Gegenwart relevant sind.

Teil III beschäftigt sich mit den Faktoren, die die Kooperation zwischen NGOs und Regierungsinstitutionen behindern und stellt zur Debatte, ob die Zivilgesellschaftsprogramme der internationalen Gemeinschaft effektiv und sinnvoll sind, und wie sie verbessert oder reformiert werden könnten.

c. Methodische Vorgehensweise

Da sich meine Arbeit empirisch-analytisch mit lokalen sozio-politischen Gegebenheiten in BiH und im Kosovo auseinandersetzt, stellt meine Feldforschung die Basis des Hauptteils meiner Arbeit (Teil II) dar. Zurückgreifend auf die Ergebnisse der Interviews, die ich 2004 im Kosovo durchgeführt habe, führe ich derzeit weitere Interviews mit lokalen und internationalen Zivilgesellschaftsexperten und Mitarbeitern lokaler Regierungsinstitutionen in BiH und im Kosovo durch, um diese ersten Ergebnisse zu ergänzen und zu überprüfen. Ich arbeite vor allem – wie auch 2004 im Kosovo – qualitativ, um in längeren Interviews Daten über die Beziehungen zwischen lokalen NGOs und Regierungsinstitutionen zu gewinnen, da mich insbesondere die Begründungen der NGOs interessieren, wieso diese Beziehungen besonders gut oder schlecht sind. Doch auch quantitative Analysen schließe ich nicht aus: z.B. wäre die Durchführung einer Umfrage denkbar, in der NGOs gefragt werden, mit welchen Regierungsinstitutionen sie wie oft und in welcher Form Kontakt gehabt haben.

In die Analysen des Teils I und II lasse ich ferner Berichte, Broschüren und *policy papers* von lokalen und internationalen Akteuren in BiH und Kosovo einfließen. Für den theoretischen

Rahmen von Teil I werde ich Sekundärliteratur über Zivilgesellschaft, Zivilgesellschaftsförderung und Demokratisierung analysieren, gegenüberstellen und – ausgehend von einem anthropologisch-soziologischen Ansatz, wie ihn beispielsweise Hann und Dunn (1996) und Kaviraj und Khilnami (2001) vorschlagen – kritisch beleuchten.

Aufgrund der Vorarbeit, die ich in meinem Forschungsgebiet schon geleistet habe, aufgrund meiner Kenntnisse der Region und meiner sprachlichen Fertigkeiten (Albanisch, Bosnisch) bin ich überzeugt, dass meine Dissertation nicht nur zur theoretischen Debatte über Zivilgesellschaft und Demokratisierung beitragen wird, sondern auch von praktischer Bedeutung für internationale Zivilgesellschaftsexperten sein wird – auf dem Balkan, aber auch in anderen laufenden und zukünftigen *state-building*-Missionen in Post-Konflikt-Gebieten.

4. Bibliographie

Andjelić, Neven (2000): «L'Evolution de la société civile dans la Bosnie-Herzégovine d'avant-guerre», in: *Balkanologie* 4-1, September 2000, S. 27-51.

Belloni, Roberto (2001): "Civil Society and Peacebuilding in Bosnia and Herzegovina", in: *Journal of Peace Research* 38-2, S. 163-180.

Bergsma, Hotze (2004): Consolidation of the Civil Sector in Kosovo, OSCE Mission in Kosovo discussion paper, September 2004.

Blair, Harry; Donaghey, Lorel; Velija, Dardan (2004): Kosovo Civil Society Sector Assessment, produced for USAID/Kosovo and USAID Center for Democracy and Governance, 2.5.2004,

http://www.usaid.gov/missions/kosovo/pdf/Kosovo_Civil_Society_Assesment.pdf

(abgerufen am 28.11.2004).

Chandler, David (1999a): "The Limits of Peacebuilding: International Regulation and Civil Society Development in Bosnia", in: *International Peacekeeping* 6-1, Spring 1999, S. 109-125.

Llamazares, Monica; Levy, Laina Reynolds (2003): "NGOs and Peacebuilding in Kosovo", Centre for Conflict Resolution Working Papers No. 13, Bradford: Department of Peace Studies, available under <http://www.centreforconflictresolution.org.uk> (abgerufen am 18.10.2004).

Nietsch, Julia (2004): Civil Society and Democratization in Kosovo: The Interaction between local NGOs and the Provisional Institutions of Self-Government, Pristina: OSZE Mission in Kosovo.

Rothschild, Zachary R. S. (2003): Tough Talk: Civil Society's Untapped Potential in the Belgrade-Pristina Dialogue, Center for Strategic and International Studies, <http://www.csis.org/isp/pcr/toughtalk.pdf> (abgerufen am 18.10.2004).

Smillie, Ian (2001) (Hg.): Patronage or Partnership: Local Capacity Building in Humanitarian Crises. Bloomfield, CT: Kumarian Press.

Turbot, Sébastien (2001): Bosnie Herzégovine et Civil Society Building. Normes, Identités et Pratiques sociales, Mémoire présenté pour le DEA de Relations Internationales, dirigé par Didier Bigo, Institut d'Etudes Politiques de Paris.

Julia Nietsch, seit 2005 Doktorandin in Politikwissenschaften

Email: j.ni@gmx.net

Exposé von Helga Zichner

Arbeitstitel der Diplomarbeit:

Eine „Rakete“* am Scheideweg: über die Rolle von Vertrauen und Misstrauen für zivilgesellschaftliches Engagement in Rumänien am Beispiel einer multiethnischen Initiative.

Untersuchungsgegenstand ist die regionalistische Gruppe *Provincia* in Rumänien, bestehend aus rumänischen und ungarischen Intellektuellen. Die Tätigkeit der Gruppe bestand vor allem in der Herausgabe der gleichnamigen Monatszeitung *Provincia*, die in zwei getrennten, aber inhaltsgleichen Ausgaben (rumänisch/ungarisch) erschien und zunächst als Beilage zweier transilvanischer Tageszeitungen (*Kronika* und *Ziua de Ardeal*), später als eigenständige Publikation, vertrieben wurde.

Am stärksten trat die Gruppe im Dezember 2001 mit einem Memorandum in der Öffentlichkeit hervor, in dem sie sich für eine grundlegende Neustrukturierung der rumänischen Verwaltung und für eine öffentliche Debatte zu diesem Thema aussprach. Dieses Schreiben, das sowohl an rumänische als auch europäische politische Institutionen versandt wurde, löste in Rumänien einen Skandal aus, der über mehrere Wochen in der rumänischen Presse zu verfolgen war.

Das Memorandum war jedoch nicht nur der Höhepunkt sondern auch der Wendepunkt für die Gruppe: etwa ein halbes Jahr später wurde das Erscheinen eingestellt, einige Mitglieder sind weiterhin Mitglieder der *Asociația Provincia*, andere widmen sich nun neuen Projekten. Die Wende, um die es ging, war die Frage, ob sich die Gruppe stärker politisiert und eventuell sogar in eine Partei umgewandelt werden sollte. An dieser Frage schieden sich in der Gruppe die Geister: die einen sahen hierin eine Notwendigkeit, während die anderen sich weiterhin zivil-intellektuell engagieren wollten.

Die Gruppe *Provincia* ist bislang das einzige transethnische Projekt zu dem Themenkomplex Regionalisierung und regionale Identität. Ihre Mitglieder sehen in dem Zustandekommen der Kooperation einen Haupterfolg der Gruppe, da dieses Thema bislang nur von jeweils einer der beiden Seiten bearbeitet wurde. Die Gruppe *Provincia* versuchte, für eine ausgeglichene Geschichtsschreibung zu werben, für einen Abbau gegenseitiger Ressentiments, für die Aufarbeitung historischer Konflikte, für ein Eingeständnis, dass Transilvanien für beide Seiten von hoher Bedeutung sei, und man über einige kulturelle Gemeinsamkeiten verfüge. Es ging also auch um die Identifizierung einer gemeinsamen, transethnischen Identität.

Der Zeitraum der Untersuchung orientiert sich am Bestehen der Gruppe von 2000 bis 2002, inklusive einiger kleinerer Vorläuferprojekte. Die eigentliche „Feldforschung“ in Gestalt einer Interviewrundreise wurde bereits im Mai 2004 unternommen.

Die generelle Fragestellung der Arbeit lautet: *Wieso scheiterte diese Gruppe nach fast dreijähriger Aktivität, die geprägt waren vom Enthusiasmus der Mitglieder, mutigen, gemeinschaftlichen Interventionen und guten institutionellen Voraussetzungen (von der Soros-Stiftung gefördert, enge Kooperation mit einer anderen wichtigen multiethnischen NGO, der Liga Pro Europa, Einbindung einer Reihe von be- und anerkannten Persönlichkeiten)?*

*Ein Mitglied verglich die Gruppe mit einer Rakete, die solange geflogen sei, wie sie sich weiterentwickelt habe.

Ausgehend von der weit verbreiteten Annahme, dass zivilgesellschaftliche Praxen Vertrauen erfordern, möchte ich versuchen, die kurze Geschichte der Gruppe und insbesondere ihr überraschendes Ende durch eine Analyse der Vertrauensbeziehungen sowohl innerhalb der Gruppe als auch zwischen der Gruppe und ihrer Umwelt besser zu verstehen. Dabei werde ich ansatzweise auch der Frage nachgehen, inwiefern mit der Geschichte dieser Gruppe aktuellere Annahmen über die Rolle von Vertrauen und Misstrauen im Transformationsprozess bestätigt oder eventuell relativiert werden können.

Operationalisierung der Arbeit / Methode: gemäß der zentralen Hypothese, derzufolge das Scheitern der Gruppe sich mit dem Gefüge und der Entwicklung der Vertrauens- und Misstruensbeziehungen erklären lässt, besteht die Operationalisierung der Arbeit im Wesentlichen darin, Momente des Ver- und Misstruens im Verlauf des Engagements der Gruppe zu rekonstruieren, was eine Operationalisierung dieser beiden Begriffe voraussetzt. Aufgrund der moralischen aufgeladenheit der Begriffe wurde nicht direkt nach ihnen gefragt, sondern sehr allgemein zu den Strategien der Gruppe, der Motivation der einzelnen Mitglieder, Begründungen für ihre Entscheidung nicht Mitglieder zu werden, nach den Verbündeten und den „Feinden“ der Gruppe sowie nach Erfolgen und Misserfolgen.

Die theoretische Grundlage der Arbeit bilden vor allem Niklas Luhmanns Abhandlungen *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität (1968/89)* sowie *Legitimation durch Verfahren (1969/83)*. Zusätzlich wird auf einige aktuellere Texte zum Vertrauen Bezug genommen, mit denen vor allem die Bedeutung dieser sozialen Ressource im Rahmen der Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten illustriert werden soll. Ich greife hier vor allem auf Richard Rose, Piotr Sztompka sowie Claus Offe zurück. Der theoretische Teil zum Vertrauen besteht darin, einen „Kreis des Vertrauens“ aufzuzeigen, der im persönlichen Vertrauen seinen Anfangspunkt hat. Dieses reicht jedoch in komplexeren Zusammenhängen nicht mehr aus, sondern muss um ein Institutionenvertrauen (Systemvertrauen) erweitert werden. Mithilfe dieser abstrakten Form des Vertrauens ist es möglich, in Konfliktsituationen bzw. Situationen des Dissenses oder lediglich der Mehrdeutigkeit, zu einer Entscheidung zu kommen, mithilfe derer dann eine neue Handlungsgrundlage entwickelt werden kann. Insofern tragen Konflikte und ihre verfahrensmäßige Lösung zur Neuerungsfähigkeit und Kontinuität von Kooperationszusammenhängen bei (Georg Elwert).

Der zweite begriffliche Eckpfeiler ist Zivilgesellschaft, den ich in einem erweiterten Sinn, wie ihn z.B. Michael Walzer in *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie (1996)* vorschlägt, verwende. Dies ermöglicht zum einen eine erste Zuordnung der Gruppe zu einer gesellschaftlichen Sphäre, zum anderen lässt sich damit veranschaulichen, dass eine eindeutige Zuordnung sich nicht immer durchhalten lässt, wenn sich z.B. ursprünglich zivilgesellschaftliche Initiativen mit politisch stark besetzten Themen befassen. Darüber hinaus wird Zivilgesellschaft aber auch als eine Form der Öffentlichkeit verstanden, in der unterschiedliche Interessen zur Sprache kommen und ausgehandelt werden. Eine dritte Dimension des Begriffs ist die der Regeln, welche diesen Aushandlungsprozess bestimmen, was Walzer als „zivilisierten Umgang miteinander“ bezeichnet.

Nach meiner bisherigen Recherche zum Stand der Forschung / Materiallage sind mir keine ausschließlich dem Vertrauen gewidmeten Einzelfallstudien zu Rumänien bekannt, auch nicht zur Untersuchung des Scheiterns zivilgesellschaftlicher Initiativen. Allerdings wird schlagwortartig in den meisten Texten zur gesellschaftlichen und politischen Situation des Landes, sowohl was die Situation vor 1989 als auch danach betrifft, auf einen starken Vertrauensmangel und die Schwierigkeiten bei der Herausbildung von Zivilgesellschaft

verwiesen. Es gibt auch zumindest eine etwas ausführlichere, rein quantitative Studie, die den Zusammenhang von bürgerlichem Engagement und Demokratie untersucht (Gabriel Bădescu et al. 2004) sowie ein paar anthropologische Texte zur Rolle von Verschwörungstheorien und Täuschungsmanövern (Steven Sampson 1994 und 1995), die das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern vor 1989 bestimmten.

Zum Aufbau der Arbeit:

Nach einem theoretischen Teil zu den Begriffen Vertrauen und Zivilgesellschaft und deren Zusammenhängen, sowie der Beschreibung der Methode, soll der rumänische Kontext vorgestellt werden, und zwar diejenigen Aspekte, die für das Handeln der Gruppe relevant gewesen sind. Dabei wird ein Hauptaugenmerk auf die unhinterfragten „Vertrautheiten“ und „Unvertrautheiten“ gelegt, um den Hintergrund, vor dem sich der Skandal um das Memorandum abspielte, zu verdeutlichen und um die Heftigkeit des Skandals verstehbar zu machen. Zu den Vertrautheiten zähle ich die Idee des Nationalen Einheitsstaates, sowie die Wahrnehmung des Zusammenlebens mit anderen Bevölkerungsgruppen als ein Neben-, nicht Miteinander. Zu den „Unvertrautheiten“ zähle ich zum einen das alltägliche Misstrauen in der Gesellschaft Rumäniens, aber auch (immer noch) die Idee der Zivilgesellschaft im Sinne eines Artikulierens und eines sich Engagierens für eigene und gemeinschaftliche Interessen.

Nach einem kurzen Teil zum methodischen Vorgehen widme ich mich der Gruppe Provincia und versuche dabei die Elemente des Vertrauenszirkels als Orientierungspunkte im Auge zu behalten. So wird zunächst die Entstehung der Gruppe unter dem Aspekt der gruppeninternen Vertrauensbildung beschrieben, wobei sich tatsächlich die Dominanz persönlicher Vertrauensbeziehungen als Basis der Gruppe herauszukristallisieren scheint. Daneben geht es Momente des Risikos, die einige Mitglieder empfunden haben, sowie um die Grenzen, die einige ihrem Engagement von vornherein gesetzt haben.

Im nächsten Kapitel wird danach gefragt, wie dieses anfänglich akkumulierte Vertrauenskapital eingesetzt wurde. Wozu wurde es genutzt und welche Elemente der Erneuerung des Gruppenzusammenhalts lassen sich während der aktivsten Zeit des Engagements ausmachen? Nach einer Analyse der Alteritätsdiskurse über Transilvanien sowie über die Gruppe an sich als Elemente der Konstitution der Gruppe beschäftigt sich die zweite Hälfte des Kapitels mit dem Memorandum als gemeinsames Wagnis, als Ausdruck des Vertrauens in die Umwelt sowie als Moment des Erfolgs und der Wende.

Es folgt das sechste Kapitel, das sich mit der Hauptfrage der Arbeit befasst, nämlich, warum es nach dem Moment des Erfolgs nicht mehr weitergeht. Hierzu lassen sich anhand des empirischen Materials drei Geschichten erzählen. Eine erste Geschichte, die ich als „offiziell“ bezeichne, erklärt das Ende der Gruppe mit der Streichung der Gelder des bisherigen Gebers sowie darüber hinaus mit dem massiven Zeitmangel der meisten Mitglieder. Wenn damit auch zwei Problemkreise der Zivilgesellschaft in Rumänien (aber auch anderswo) angesprochen sind, wird jedoch schnell deutlich, dass sich hinter dieser Geschichte mindestens zwei weitere verbergen.

Zu einer dieser Geschichten gelangt man, wenn man fragt, weshalb die Gelder nicht verlängert wurden. Hierfür erhält man Antworten, die auf den Kontext verweisen, innerhalb dessen die Gruppe agierte. Diese Äußerungen sollen in zwei große Gruppen unterteilt werden: auf der einen Seite in Äußerungen der Wahrnehmung einer Misstrauenskultur in Rumänien, auf der anderen Seite in Äußerungen, die zeigen, dass auch die Mitglieder selbst in dieser Misstrauenskultur gefangen sind, indem sie z.B. Misserfolge durch größere oder kleinere

Verschwörungstheorien erklären. Der Theorie nach verhält es sich so, dass das Vorhandensein von Misstrauen zu einem Einstellen des Engagements (Abschneiden von Handlungsoptionen) führt. Dies ist hier aber nicht unmittelbar der Fall, weshalb abschließend danach gefragt wird, welche Funktionen die Misstrauensbekundungen in diesem Fall erfüllen. Da es zumeist um die Artikulation eines Misstrauens gegenüber der Politik geht, lässt sich an dieser Stelle auf einer ersten Ebene die Frage nach dem institutionellen Vertrauens stellen. Scheiterte die Gruppe genau in dem Moment, als sich ein Teil von ihr als politische Gruppe institutionalisieren wollte? Was hat das Scheitern also mit dem tiefen Misstrauen gegenüber der Politik im Allgemeinen zu tun?

Fragt man, ausgehend von der Geld-Geschichte, warum keine neuen Gelder mehr beantragt wurden, so gelangt man zu einer dritten Geschichte, mit der sich wieder stärker am Kreis des Vertrauens anknüpfen lässt; denn hier geht es endlich um die Frage, wie die Gruppe mit den internen Differenzen umging. Dazu wird in einem ersten Schritt rekapituliert, in welchen Fragen es zu Meinungsverschiedenheiten kam. Danach wird analysiert, in welchen Kategorien von ihnen erzählt wird. Dabei zeigt sich, vor allem, dass die Austragung der Differenzen auf einem interindividuellen Niveau erfolgt, sie also nicht zu einem „Allgemeingut“ der Gruppe gemacht werden, bzw. nicht von ihnen abstrahiert wird.

Die Erzählungen über die entscheidende Differenz in der Frage der Parteigründung werden zusätzlich nach Spuren eines institutionalisierten Umgangs mit Differenzen abgeklopft. Auffallend ist, dass an dieser Stelle von einem Mangel an Offenheit und Dialog gesprochen wird, der in starkem Kontrast zu den anfänglich formulierten Ansprüchen der Gruppe steht. Es soll gezeigt werden, dass sich genau hier eine Lücke im Kreis des Vertrauens aufzutun scheint: das Problem der Gruppe bestand demnach darin, dass sie keinen ausreichenden Zugriff auf Verfahren hatte, mit denen eine solche Entscheidung herbeigeführt werden konnte, die ein weiteres/erneuertes Engagement der Gruppe zuließen, womit sich die Frage nach dem institutionellen auf einer zweiten (gruppeninternen) Ebene stellt.

<p>Helga Zichner; Studentin der Kulturwissenschaften an der Viadrina in Frankfurt/Oder (Schwerpunkt: Kultur- und Sozialanthropologie); Berliner Str. 24, 15230 Frankfurt/O.; Tel: 0335/6659782; e-mail: helzi@gmx.de</p>
--

Exposé von Emanuel Galić

“KROATIENS EU-BEITRITT UNTER DEM ASPEKT DER MINDERHEITENPOLITIK“. - Eine politikwissenschaftliche Analyse zum aktuellen Stand der Implementierung der politischen Beitrittskriterien in Beitritts- und Kandidatenstaaten

*Diplomarbeit betreut von Prof. Dr. Michael Kreile, Fachbereich Internationale Politik,
Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin*

1. Ausgangslage:

Mit der Schlussfolgerung des Europäischen Rates in Santa Maria de Feira im Juni 2000 hat sich die EU für eine weitere Erweiterungsrunde zum Beitritt der Staaten des westlichen Balkans entschieden. Ausgehend von der positiven Beurteilung der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Beitrittsgesuch der Republik Kroatien („avis“) sowie der Entscheidung des Europäischen Rates vom Juni 2004, Beitrittsverhandlungen mit der Republik Kroatien aufzunehmen, steht diese als erstes Land der Region in Beitrittsverhandlungen um eine Vollmitgliedschaft in der EU.

Ungeachtet der integrationspolitischen Fortschritte, welche einzelne Länder dieser Region schon zu Beginn der 90er Jahre durch bi- und multilaterale Wirtschaftsabkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten verzeichnen konnten, muss darauf hingewiesen werden, dass eine Vollmitgliedschaft nur dann erreicht werden kann, wenn die so genannten „Kopenhagener Kriterien“⁶² von 1993 erfüllt werden. Neben den erwähnten Kriterien, welche an Beitritts- und Kandidatenstaaten gestellt werden, zeigt die EU ein verstärktes sicherheitspolitisches Interesse gegenüber dem westlichen Balkan. Das engagierte Auftreten der EU lässt sich einerseits durch ein verstärktes Interesse an „externen Demokratisierungshilfen“⁶³ festmachen, welches durch aktive Unterstützungsleistungen das Ziel verfolgt, stabilisierend und demokratiefördernd den Staaten dieser Region zur Seite zu stehen und den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen⁶⁴ in Europa Rechnung zu tragen. Andererseits suggerieren die erweiterten Beitrittskriterien⁶⁵ für die Staaten des westlichen Balkans sowie die konkreten Aktivitäten⁶⁶ der EU auf dem Balkan ein engagiertes außenpolitisches Interesse, welches zum Zwecke der Durchsetzung und Implementierung „gemeinschaftsbildender und -bindender Normen“ konzipiert ist und von den Ländern des westlichen Balkans eine engere Anbindung an europäische Wertemuster⁶⁷ verlangt. Zu konstatieren ist in diesem

⁶² Die Kopenhagener Kriterien unterscheiden politische, wirtschaftliche und administrative Vorbedingungen für den Beitritt. Unter den politischen Kriterien ist neben den Kriterien der institutionellen Stabilität, der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung ausdrücklich auch die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten aufgeführt.

⁶³ Hierunter ist die verstärkte Institutionalisierung des Beitrittsprozesses zu verstehen (z.B. Stabilisierungs- u. Assoziierungsprozess, Stabilitätspakt für SOE, European Partnerships, regionale Kooperationen in Form von bi- und multilateralen Verträgen)

⁶⁴ Vgl. dazu Javier Solana: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, den 12.12.2003

⁶⁵ Zu den obligatorischen Kopenhagener Beitrittskriterien sowie den länderspezifischen Kriterien des SAP sind weitere politisch-administrative Kriterien für die Länder SOE auf dem Gipfeltreffen in Madrid 2003 vereinbart worden.

⁶⁶ Bspw. die erste aktive Militärmission der EU in Rahmen der EUFOR in Bosnien Herzegowina.

⁶⁷ Hierbei handelt es sich um die Ratifizierung strategisch wichtiger Dokumente, welche eine klare „Bekennung“ zu den europäischen Grundwerten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Marktwirtschaft unterstreichen und deren Achtung und Schutz promovieren.

Zusammenhang, dass dem Aspekt der Erfüllung der politischen Beitrittskriterien eine bedeutende Aufmerksamkeit entgegen gebracht wird. Denn mit einer zunehmenden „Verrechtlichung“ und „Europäisierung“ der Beziehungen, wird das Erfordernis nach politischer Stabilität und begleitender Erwartungs- und Rechtssicherheit zwischen den Vertragsparteien immer wichtiger. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen der 1990'er Jahre wird dies besonders augenscheinlich⁶⁸.

2. Untersuchungsgegenstand

Für die Länder des westlichen Balkans stellt die bekräftigte Beitrittsperspektive einen wichtigen innen- wie außenpolitischen „Anker“ für das „Trilemma der Gleichzeitigkeit“ des Transformations- und Integrationsprozesses dar. Politische Instabilität, aufkommender Nationalismus, das Vorhandensein von „europahoben“ Parteien und Vereinigungen, die den unausweichlichen Reformprozess in Gefahr bringen könnten sind nur einige Probleme führender Eliten in der „politischen Sphäre“, welche die Phase der demokratischen Konsolidierung obstruieren und den ohnehin anfälligen Reformprozess mit negativen Folgeproblemen für die Stabilität des politischen Systems sowie der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und letztlich der ganzen sicherheitspolitischen Situation der Region belasten könnten. Gerade die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft ist in dieser Beziehung ein wichtiges Standbein politischer Eliten zur Legitimierung notwendiger systemstabilisierender Reformschritte, welche auch ohne eine EU-Mitgliedschaft in den Ländern des westlichen Balkans bevorstünden.

Ausgehend von den schweren ethnischen Konflikten, die in Folge des Zerfalls der ehemaligen multinationalen Bundesrepublik Jugoslawien ausbrachen und das Entstehen „neuer“, wiederum ethnisch heterogener Nationalstaaten zur Folge hatten, ist die Frage der Minderheitenpolitik zu einem konstituierenden Faktor der Beziehungen zwischen der EU und den Staaten des westlichen Balkans geworden. Dies bestätigt die Tatsache, dass die internationale Anerkennung der Nachfolgestaaten seitens der damaligen EG-Mitgliedstaaten an die Frage des Minderheitenschutzes geknüpft wurde und die weitere Intensivierung der Beziehungen eng an diesen Politikbereich gebunden ist. Gerade die Beachtung bzw. Nichtbeachtung dieses liberal-demokratischen Grundwertes hatte zur Folge, dass einige Länder (bspw. Kroatien) von der europäischen Staatengemeinschaft in ihren Integrationsbemühungen zwischenzeitlich isoliert wurden, während andere wiederum (bspw. Mazedonien) einen spürbaren Aufschwung in den Beziehungen zur EU verzeichnen konnten. Für die Beziehung zwischen der EU und der Republik Kroatien ist die Minderheitenpolitik geradezu paradigmatisch. Es kann einerseits davon ausgegangen werden, dass die Aufnahme in den „europäischen Club“ nur unter der Voraussetzung politisch stabiler und demokratisch verfasster Herrschaftsstrukturen und der Rechtstaatlichkeit statt findet. Andererseits ist der Umgang bzw. die rechtliche und alltagspolitische Ausgestaltung dieses Politikbereichs in den Ländern des westlichen Balkans - vor allem unter dem historischen Gesichtspunkt - ein entscheidender Indikator für Demokratie, einer friedlichen und institutionellen Konfliktbewältigung sowie Ausdruck politischer Stabilität und gesellschaftlicher Inklusion. Damit stellt dieser Politikbereich sozusagen den „missing link“ zwischen der Erfüllung der politischen Beitrittskriterien und des demokratischen Fortschritts der Republik Kroatien dar. Denn mit einer mehrdimensionalen Operationalisierung des Begriffs Minderheitenpolitik ist es möglich, genauere Aussagen über ihre Wirkung auf (a) die Entwicklung des politischen Systems („polity“-Ebene), (b) die Institutionen und deren Akteure („policy“-Ebene) sowie (c) den prozessualen Charakter ihrer Implementierung (politics-Ebene) zu treffen. Mehr noch: im

⁶⁸ Bis zum gegenwärtigen Augenblick zeichnen sich die politischen Organisationsstrukturen der Länder des Westlichen Balkans durch qualitative Unterschiede in ihrer Staatlichkeit und Souveränität aus.

Bereich des Politischen beinhaltet die Minderheitenpolitik die Einbindung bzw. Inklusion weiter Teile der Bevölkerung in politische Strukturen, die Stärkung von rechtsstaatlichen Institutionen sowie die Durchsetzung liberal-demokratischer Grundwerte⁶⁹. Im Bereich des Sozialen trägt eine an demokratischen Wertemustern orientierte Minderheitenpolitik wesentlich dazu bei, entstandene Vorurteile abzubauen, die Aussöhnung voranzutreiben und ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen Ethnien zu gewährleisten um eine staatsbürgerliche Gesellschaft zu etablieren, welche ihre identitätsstiftende Begründung nicht aus dem Ethos schöpft, sondern ihre Legitimität im Prinzip des Demos verwirklicht sieht. Unter diesen Vorzeichen wird die Rolle der EU bei der Stabilisierung und Konsolidierung von demokratisch organisierten Regierungssystemen besonders deutlich und „legitimiert“ diesbezüglich die Wichtigkeit einer aktiven und unterstützenden Rolle in dieser Nachkriegsregion.

3. Fragestellung:

Ausgehend von diesen Überlegungen stellt sich die Frage nach dem Einfluss und der Rolle der EU im Reformprozess der Staaten des westlichen Balkans. Hält man sich die Tatsache vor Augen, dass eine Mitgliedschaft in der EU von den potentiellen Beitrittskandidaten eine aktive Anpassung ihrer politischen, wirtschaftlichen und rechtlich-administrativen Strukturen an EU-konforme Konzepte voraussetzt, wird klar, dass dem Prozess des „institutional setting“ und „institutional engineering“ ein enger Spielraum gesetzt wird. Der Handlungsspielraum staatlicher Entscheidungsträger und -akteure lässt sich auf ein Kontinuum reduzieren, welches einerseits vom Modell der „Adaption“ bis zum Modell der „Resistance“ reicht und den Gestaltungsspielraum für das Zusammenspiel der staatlichen Institutionenlogik einschränkt. Ziel der Diplomarbeit ist es, den Interaktionsprozessen zwischen den staatlichen Institutionen der Republik Kroatien und der EU in der Formulierung, Etablierung und Umsetzung der Minderheitenpolitik seit dem „Daytoner Friedensschluss“ von 1995 nachzugehen und die Frage nach dem Einfluss der EU auf die Ausgestaltung der kroatischen Minderheitenpolitik zu beantworten.

Auf Basis der oben beschriebenen Ausführungen wird davon ausgegangen, dass die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien und somit der Schutz von Minderheiten die „conditio sine qua non“ für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen darstellt und ihre Erfüllung den weiteren Integrationsverlauf bestimmt. Zu klären gilt es in diesem Zusammenhang, welches Konzept der Minderheitenpolitik die EU verfolgt, wie die Verankerung ihrer Grundsätze in den EU-Verträgen entwickelt und festgehalten wurde sowie welche Mittel und Maßnahmen für deren Umsetzung zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich weniger um die interne Umsetzung des Minderheitenschutzes in den EU Mitgliedstaaten, sondern vielmehr um die außenpolitische Dimension der EU-Minderheitenpolitik als Grundpfeiler europäischer Außenbeziehungen zu Drittstaaten. In diesem Zusammenhang sollen die Instrumente der EU-Erweiterungspolitik daraufhin analysiert werden, wie wirksam und intensiv sie die Umsetzung europäischer Minderheitenpolitik verfolgen sowie welche Evaluationsmethoden der EU in der Republik Kroatien zur Feststellung des Standes und des Fortschrittes der Minderheitenpolitik zur Verfügung stehen.

In einem zweiten Teil soll die Entwicklung der kroatischen Minderheitenpolitik zusammengefasst, kategorisiert und vergleichend mit der EU-Minderheitenpolitik analysiert werden. Hierbei soll der Focus auf die gesetzliche Entwicklung und die alltagspolitische Ausgestaltung und Umsetzung dieser „gesetzlichen Normen“ gerichtet werden um

⁶⁹ Schutz der Menschenrechte, Diskriminierungsverbot, Grundrechtecharta oder die Präambel des Verfassungsvertrags, wiederum nur um die wichtigsten zu nennen.

Rückschlüsse auf die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, des demokratischen Fortschrittes und der Einhaltung international anerkannter Rechtsakte in der Republik Kroatien zu erhalten und die nationalstaatlichen Institutionen zum Schutz von Minderheitenrechten auf ihre Handlungs- und Funktionsfähigkeit hin zu analysieren. Schließlich soll die Entwicklung der Minderheitenpolitik der Republik Kroatien mit den Etappen des kroatischen EU-Integrationsprozesses verglichen werden, um die Frage nach dem Einfluss der EU auf den internen Reformprozess in Kroatien zu beantworten. Besteht hierbei eine zeitliche Korrelation zwischen den demokratischen Fortschritten in der kroatischen Minderheitenpolitik und den Etappen einer intensivierten EU-Integration Kroatiens, dann kann von einem aktiven Einfluss der EU auf den internen Reformprozess in Kroatien gesprochen werden und vice versa. Um eine genauere Beurteilung der Stärke des Einflusses vornehmen zu können, werden hierfür Indikatoren wie die Interaktionsquantität zwischen den staatlichen Institutionen der Republik Kroatien und der EU bzw. ihren ermächtigten Evaluierungspartnern (OSZE, Europarat) sowie die qualitative Umsetzung von Politikberatungsmustern der EU, der OSZE und des Europarates dahingehend untersucht werden, in wie weit und in welchem Umfang sie von den kroatischen „policy-makers“ umgesetzt wurden bzw. werden.

4. Methodik

Für die genauere Bestimmung der EU-Einflussnahme werden ex ante theoretische „policy-impacts“ konstruiert, die eine explizite Unterscheidung zwischen endogenen und exogenen Einflussfaktoren auf die kroatische Minderheitenpolitik entwerfen und als Kontrolleinheiten dem empirischen Teil der Arbeit entgegen gestellt werden. Um die Einflussfaktoren des policy-cycles auf die kroatische Minderheitenpolitik näher zu bestimmen bzw. den Grad der Einflussnahme herauszuarbeiten, wird zwischen der internationalen und der nationalen Interaktionsebene unterschieden. Dadurch ist es möglich, Fortschritte im EU-Beitrittsprozess entweder als Resultat interner Reformbestrebungen oder als „Motivation“ für interne Reformvorhaben zu identifizieren.

Die methodologische Vorgehensweise der vergleichenden Analyse hat den Vorteil, sowohl den dynamischen Prozess der Entwicklung einer EU-Erweiterungspolitik um die Länder des westlichen Balkans als auch die Entwicklung der kroatischen Minderheitenpolitik zu erfassen und deren Interdependenzen herauszuarbeiten. Damit verbunden ist, dass erstens Rückschlüsse auf die Entwicklung und Umsetzung der EU-Minderheitenpolitik identifiziert werden können. Zweitens ist es möglich, Konstituierungselemente der EU-Erweiterungspolitik heraus zu arbeiten und mit den bisherigen Erweiterungsrounden zu vergleichen. Drittens ist mit einer Einschätzung des Einflusses der EU auf interne Reformprozesse in Beitritts- bzw. Kandidatenstaaten ein weiterer Anhaltspunkt gegeben, um im Allgemeinen die Rolle der EU als „global player“ bzw. „europäische Ordnungsmacht“ zu spezifizieren und im Besonderen die Wirkungsweise und Umsetzungsfähigkeit der GASP/ESVP näher zu untersuchen. Viertens beabsichtigt die Arbeit, dem Leser einen analytischen Überblick über (a) den demokratischen Fortschritt, die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung international anerkannter Verträge, Akte und Verpflichtungen der Republik Kroatien im Bereich der Minderheitenpolitik zu verschaffen. Des Weiteren wird (b) mit der Vorstellung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen ein struktureller Überblick über die wichtigsten Institutionen und Einrichtungen zum Schutz von Minderheiten, ihrer Kooperations- und Kommunikationsmuster gegeben und (c) ihre Handlungs- und Funktionsweise daraufhin untersucht, inwieweit ihre institutionell-prozedurale Fähigkeit dazu ausreicht, gesellschaftliche Konfliktsituationen friedlich zu lösen.

Die Datenpräsentation dieser Arbeit gründet auf der Dokumentation and Analyse von Rechtsakten der Republik Kroatien sowie der EU und ihren Evaluationspartnern (OSZE, Europarat). Dokumentiert werden des Weiteren die formellen und informellen Kommunikationskanäle auf nationaler und internationaler Ebene in Form von Dokumenten, Empfehlungen, Protokollen der in diesem Interaktionsprozess partizipierenden und involvierten Akteure und Institutionen. Eine weitere Quelle der Datenerhebung bilden Interviews, die der Verfasser während seines Forschungsaufenthaltes 2004/2005 mit Parlamentsvertretern, Nicht-Regierungsorganisationen und Ministerialbeamten geführt hat.

Unter der Homepage (www.emanuel-galic.de) sind weiterführende Informationen zur Arbeit erhältlich und veröffentlicht.

Emanuel Galić, Maybachufer 21, 12047 Berlin; Fax: 030-20.68.74.57. mobil: 0163-743.99.63 Mail: info@emanuel-galic.de ; Homepage: www.Emanuel-Galic.de

Exposé von Valeska Bopp

Zwischen Amnesie und Hypermnesie

Die Tradierung der rumänischen Revolution von 1989 im Spannungsfeld von öffentlichem und privatem Diskurs

Promotionskollegiatin des Lektorenprogramms der Robert-Bosch-Stiftung

Ausgangspunkt

„Sie wurde uns gestohlen, die Revolution!“ Die Vehemenz, mit der dieser Endsatz eines Beitrages auf einem „Wissenschaftlichen Colloquium“ in Temesvar im Dezember 2005 ausgesprochen wird, verdeutlicht, dass diese Sicht immer noch von offizieller Seite marginalisiert wird und eine neben der „spontanen Revolution“ und dem geheimdienstunterstützten „Revolution“ - und letztlich, dass es in Rumänien auch nach 16 Jahren keinen Konsens in der Bewertung des Umbruchs von 1989 gibt (vgl. Heinen 2004, Ely 2004). Im Dezember 2004, dem 15. Jahrestag des Ereignisses, ein neues „Institut der Rumänischen Revolution vom Dezember 1989“ gegründet, dass sich der Erforschung dieses Ereignisses annehmen soll. Doch auch hier bestätigt sich Heinens Frage-Antwort-Spiel: „Was blieb übrig von den Ceausescu-Jahren? Zu viel – und zu viel Widersprüchliches“ (2004: 29), denn Initiativträger sowohl eines (neuen) Denkmals auf dem Revolutionsplatz wie auch des Instituts ist ehemaliger und langjähriger Staatspräsident Ion Iliescu, der gegenwärtig angeklagt wird, die Verantwortung für die im Dezember 1989 nach Ceausescus Flucht getöteten Menschen zu tragen.

Obgleich sich die Rumänen immer „die Wahrheit“ über die Revolution erwünscht hatten (wie Preda schon 1999 nach zehn Jahren resümiert: eine Illusion, so wie die, dass es eine zweite geben könnte, ders. 2000), werden wissenschaftliche Veranstaltungen im Dezember 2005 in Temesvar und Bukarest fast nur von Interessensvertretern (Revolutionärsvereinsvorsitzende), Politikern und Medienvertretern besucht. Welche Relevanz hat die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse heute noch für die Bevölkerung?

In ersten, lebensgeschichtlichen Interviews für diese Arbeit, fand die Revolution keinen gesonderten Stellenwert in der Erzählung. Bei Nachfragen „blitzten“ dagegen emotionale Detailerinnerungen auf (in der Psychologie sog. Flashbulb-Memories, s. Conway 1995, die für die Unerwartetheit und emotionale Verfolgung der damaligen Ereignisse sprechen), die jedoch (aus gegenwärtiger Perspektive) schnell abgeschwächt wurden. Die Enttäuschung über die Nicht-Erfüllung der mit der Revolution verbundenen Hoffnungen scheint so groß zu sein, dass mehr die negativ besetzten Ähnlichkeiten mit der Zeit vor 1989 gesehen werden als dass von der Euphorie des damaligen Momentes noch etwas übrig geblieben wäre. (Vgl. auch Ely 2004) *(Diese Beobachtung, die es noch zu verifizieren gilt, hat zu dem Titel „Zwischen Amnesie und Hypermnesie“ inspiriert.)*

Immer wieder wird die „blutige Revolution“ dafür verantwortlich gemacht, einen positiven „Vergangenheitsbewältigungsprozess“ in Rumänien verhindert zu haben (Maner 1996, Preda 2000 Heinen 2004 u.a.), aber greift diese Deutung nicht ebenso zu kurz, wie die justizielle Aufarbeitung mit seiner Konzentration auf die Straftaten im Dezember 1989, ohne ein Davor und in bestimmten Fällen berechtigtes Danach mit einzubeziehen?

In meiner Doktorarbeit soll ein Ausschnitt der rumänischen Bevölkerung befragt werden und anhand einer Generationenanalyse sollen Einflüssen auf die Erinnerung und Bewertung der kommunistischen Vergangenheit nachgegangen werden.

Zentrale Fragestellung

Die eigentliche Bedrohung, so Heinen, stelle die abnehmende Erinnerung dar bzw. deren Spaltung, da gerade in jüngeren Generationen das Bild Ceausescus zunehmend positiver werde (Heinen 2004: 41). Wie aber finden solche Entwicklungen statt? Wie wird die junge Generation geprägt, einerseits in einem medialen Umfeld, in dem (fast) alles sagbar ist (s. z.B. *flacara* vom 7. Jg., Nr.5 „Wie denken Sie heute über Nicolae Ceaușescu“; gleichzeitig Bücherauslagen mit Aufarbeitungsliteratur kommunistischer Verbrechen), andererseits in Familien mit bestimmten Erfahrungswerten der kommunistischen Zeit? Welche Prägungen wirken wie stark?

Die vorliegende Arbeit möchte einen explikativen Gehalt für die scheinbar so widersprüchliche Gegenwart Rumäniens liefern. An dem Beispiel der Diskurse eines postkommunistischen Landes aber auch die Prozesse beleuchten, die auf dem Weg zu einem kulturellen Gedächtnis einer Nation eine Rolle spielen, also das Wechselspiel zwischen öffentlichem Diskurs und Verhalten bestimmter Politiker und ihrem Einfluss auf Deutung und Meinung und somit Erinnerung der Individuen – während diese gleichzeitig in umgekehrter Richtung ebenfalls ihren Beitrag liefern, wie die in den öffentlichen Diskurs aufgenommene Bezeichnung „aufgespießte Kartoffel“ für das neue Revolutionsdenkmal zeigt sowie zahlreiche „Um“-Schreibungen der Revolution in „so genannte“, „gestohlene“, „unvollendete“ etc.

Ein besonderes Interesse liegt auf der Tradierung der Revolution, eines in höchstem Maße zumindest von den Eltern emotional wahrgenommenen und verfolgten Ereignisses. Ist diese emotionale Qualität noch findbar? Oder verliert sie sich gänzlich und stellt möglicherweise einen (Mit-)Grund dafür dar, dass positivere Bilder von vor 1989 in jüngeren Generationen bestehen? Oder hat dies nicht vielmehr mit der letztlich noch sehr unbekanntem Masse derjenigen großen (Eltern-)Schicht zu tun, die sich einfach mit dem System arrangiert hatten, und die tatsächlich nostalgisch ist oder zumindest bei allzu negativer Äußerung Fragen fürchtet über das *Warum* des Anpassens? Oder ist das Erleben der ökonomischen (und sonstigen Lebens-) Sicherheit vor 1989 bei den Eltern so stark, dass sich vor allem dieses Deutungsmuster überträgt (die Diffusität der heutigen Entscheidungsvielfalt mit zum Teil beschränkten Umsetzungsmöglichkeiten, die Kinder, selbst wenn sie möglicherweise finanziell nicht schlecht dastehenden, überträgt?).

Zu einem erheblichen Anteil beschäftigt sich die Arbeit damit mit dem Erbe der autoritären Phase(n) in Rumänien (→ vgl. des weiteren Kapitel Methodische Umsetzung).

Fragekomplexe

Allgemein

Wie funktioniert die „Erinnerungsprägung“? Was prägt in Rumänien die Erinnerung an die Revolution und die kommunistische Zeit? Und daraus abgeleitet (politische) Meinungen? (Welche Erlebnisse, Erfahrungen; welche Instanzen; welche Medien; Milieu?; etc.)

Spezifisch

1.) Welche Relevanz hat die Revolution im Leben(slauf)? (→ lebensgeschichtliches Interview: Revolution als Bruch markiert? D.h. in wiefern entspricht das politische Ereignis einem persönlichen Ereignis? Welche anderen politischen Ereignisse tauchen auf? Werden Beziehungen hergestellt?)

2.) Welche Gefühle erlebte der/die Befragte damals, im Dezember 1989? Wie war der Ablauf? Was hat er/sie (angeblich) selbst erlebt? Entspricht die Erinnerung den Merkmalen

einer Flushbulb-Memory (s. a. einige andere Aspekte aus der psychologischen Forschung über aufrührende Ereignisse, emotionale Erinnerungen und „Erhalt“ bzw. Tradierung der Emotionalität)?

3.) Welche Meinungen haben die Befragten heute (Hypothese: eher schlecht, Frage: warum, wann ist die Stimmung „gekippt“?).

4.) → Von welchen Ereignissen wird die Erinnerung überlagert bzw. von welchen Meinungen umgestimmt (Konkurrenz in (Be-)Eindruck(ung) z.B. mit Mineriade(n)?) Fragen einer Meinungsentwicklung nach 1989).

5.) Vertikale Ebene innerhalb der Familie: Welche Momente werden gleich herausgegriffen/erinnert? Welche Deutungen stimmen überein, wo gibt es Abweichungen?

6.) Horizontale Ebene innerhalb der Alterskohorten: Welche Momente werden hier gleich herausgegriffen/erinnert? Welche Deutungen stimmen überein, wo gibt es Abweichungen? Welche Quellen werden zur Begründung von Wissen und Meinungen angegeben?

Forschungs- und Quellenstand

Die Anzahl der Veröffentlichungen zur rumänischen Revolution – Dokumente, Erinnerungen, Analysen, Deutungen – nehmen immer noch zu. Es ist Heinen zuzustimmen, der im Jahr des 15jährigen Jubiläums schreibt: „Der offene politische Streit um die Ceausescu-Jahre und die Dezemberrevolution beginnt nach einer Zeit des Unbehagens erst jetzt“ (Heinen 2004). Veröffentlichte Erinnerungen an verschiedene Facetten des Kommunismus in Rumänien existieren in nicht unbeträchtlicher Menge, vor allem von politisch Verfolgten; in Bezug auf die Revolution hat sich die während der rumänischen Revolution aktive politische Nomenklatura mit Erinnerungen und Vergangenheitsdeutungen zu Wort gemeldet (Iliescu, Brucan, Nicolaescu...), jedoch politisch zweckgebunden. Das „Institut der Rumänischen Revolution vom Dezember 1989“ gibt zwei laufende Publikationen mit Dokumenten bzw. wissenschaftlichen Artikeln heraus gibt sowie monatlich öffentliche Vorträge organisiert. Zur Interpretation der Revolution gibt es einige Umfragen, die einen gewissen Aufschluss geben über Zusammenhänge von Alter, Stadt-Landwohnsitz, Bildungsgrad und dem Glauben, die Revolution sei eine Revolution oder ein Staatsstreich gewesen (z.B. Ely 2004), geben jedoch selbst an: „The causal structure of the opinions about december 1989 is far more complex than we propose here“ (ebd.:110).

Die Anzahl der Forschungsarbeiten zum Themenfeld Erinnerung und Geschichte sind unzählbar. Die Annäherung erfolgt aus verschiedenen Disziplinen wie Geschichte, Sozialpsychologie, Psychologie, Biographieforschung: Forschungsarbeiten zu Erinnerung, die sich mit vergangenen Traumata wie dem Holocaust beschäftigen (s. insbes. Rosenthal), der Kriegsgeneration im Nationalsozialismus (z.B. Keller 1996), aber auch den Bildern und Erinnerungen jüngerer Generationen an diese Ereignisse, vermittelt z.T. durch die ältere Generation, zum Teil durch andere Medien (s. insbes. Welzer), außerdem aus sozialpsychologischer Sicht die Frage nach der Erinnerung an politische Ereignisse (s. Pennebaker). Noch relativ wenig verfolgt werden Ansätze zur bewussten Vernetzung von psychologischen und historischen Ansätzen (wie sie Straub und Rösen 1998 theoretisch vorschlagen, Welzer und Markowitsch zum Teil mit Inhalt füllen 2000, 2001, 2002).

Methodische Umsetzung

Die Arbeit ist disziplinar angelegt. Insbesondere sollen Erkenntnisse aus Psychologie, Sozialpsychologie und Gedächtnisforschung in die historische Arbeit mit einbezogen werden.

Ein besonderer Aspekt aus der Psychologie stellt die Analyse emotionaler Erinnerung dar, ein, wie eingangs argumentiert, relevanter Baustein bei der Analyse der (unerwarteten und allseits rezipierten) Revolution. Auch im Hinblick auf Tradierungsfragen argumentiert Welzer, dass der emotionalen Qualität von Erinnerungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, „da diese nicht nur die Grundierung für die Bedeutsamkeit und Dauerhaftigkeit von Erinnerungen liefert, sondern auch im Prozess der Tradierung eine enorm große Rolle spielt“ (Welzer 2001: 20).

Als Quellenmaterial dienen qualitative Interviews, die in einem mehrstufigen Verfahren durchgeführt werden (vgl. die Produktivität von Interview-„Mischformen“ bei Helfferich 2005:30ff.). In der ersten Phase werden die Interviewpartner aufgefordert, ihre Lebensgeschichte zu erzählen (der Fokus ist noch nicht bekannt), um einen Aussagewert über die Relevanz zu erhalten, die die Revolution im persönlichen Leben einnimmt. Es knüpft sich eine Nachfragephase an, in der es um das Jahr 1989 geht und die erinnerten Ereignisse im Dezember; schließlich wird wieder etwas offener über die gegenwärtige Lebenssituation gesprochen, wobei insbesondere bei erwarteten Wertungen (besser/schlechter als früher) nach den Gründen für diese gefragt wird. (In den jüngeren Generationen wird dies hypothetisch erfragt.)

Es sollen (mindestens) 30 Interviews geführt werden. Befragt werden zum größeren Teil Familien mit einer Generationenfolge 25 Jahre – 55 Jahre – 75/80 Jahre. Hinzugenommen wird eine Teilgruppe von 32 bis 37jährigen und deren Eltern. In der (sozial)psychologischen Autobiographieforschung wurde festgestellt, dass nationale Ereignisse auf die Altersgruppe von 12-25 besonders großen Einfluss haben. In der Regel sei es daher diese Generation, die sich später (durchschnittlicher Abstand vom politischen Ereignis 20-25 Jahre), wenn sie sich in entsprechend einflussreicher und kapitalfähiger Position befinde, beispielsweise dem Denkmalbau an dieses Ereignis annimmt. (Vgl. Pennebaker 1997)

In der Auswertung der Interviews finden insbesondere folgende Aspekte Beachtung: Das Geschichtsbewusstsein, oder wie Welzer es nennt, „Phänomen der Ungleichzeitigkeit“, also die „gleichzeitige Anwesenheit verschiedener historischer Zeiten in den aktuellen Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen“ der Befragten (Welzer 2001: 19).

Im Hinblick auf das Spannungsfeld öffentlicher-privater Diskurs, sollen den (im Interview genannten) unmittelbaren Quellen einer jeden persönlichen Erzählung nachgegangen werden (vgl. Kobalek 2005). Dabei geht es nicht nur um (beispielsweise mediale) Informationsquellen, sondern auch konkrete Ereignisse, die möglicherweise „Quelle“ einer Meinungsänderung oder auch Bestätigung über die (kommunistische) Vergangenheit (bzw. die Revolution) darstellten (ich denke an die Mineraden in Bukarest, die ebenso wie vor der Revolution liegende Ereignisse in weitaus geringerem Maß ein Thema des öffentlichen Diskurses darstellen, aber für viele einen Schock darstellten, das Misstrauen in die neue „alte“ Führung hervorriefen oder zementierten). Hier ist vor allem der Vergleich zwischen einer Altersgruppe relevant.

Intrafamiliär ist von besonderem Interesse die Bewertung von kommunistischer Vergangenheit und der Revolution. Letztgenannte spielt darüber hinaus eine Rolle für die Überprüfung, ob ähnliche Emotionen mit dem Ereignis verbunden werden.

Darüber hinaus wird durch die automatisch stattfindende teilnehmende Beobachtung während des Interviews versucht, von bestimmten Verhaltensweisen der Befragten Rückschlüsse auf „unbewusste Nachwirkungen“ der kommunistischen Zeit geachtet (z.B. immer wieder erlebt: der plötzliche Flüsterton, wenn es zu einem „heiklen“ Thema kommt, über das man früher keinesfalls frei hatte sprechen können). (Vgl. Welzers Ziel, einen „Begriff vom Unbewussten“ zu entwickeln im Sinne eines „Alltags- oder Erfahrungsunbewussten“, 2001: 19).

Literatur (Auswahl)

- Cesereanu**, Ruxandra. 2004. *Decembrie '89. Deconstructia unei revolutii*. Iasi: Polirom.
- Conway**, Martin A. 1995. *Flashbulb Memories*. Hove (UK), Hillsdale (USA): Lawrence Erlbaum Associates.
- Conway**, Martin A. 1990. *Autobiographical memory: an introduction*. Milton Keynes, Philadelphia: Open University Press.
- Ely**, John F., Cătălin Augustin **Stoica**. 2004. Re-Membering Romania. In: Carey, Henry F. (Hg.): *Romania since 1989. Politics, Economics, Society*. S. 97-115.
- Fried**, Johannes. 2004. Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorie. München: Beck.
- Heinen**, Armin. 2004. Der Tod des Diktators und die Gegenwart der Vergangenheit: Rumänien 1989-2002. *zeitenblicke* 3 (1).
- Helfferrich**, Cornelia. 2005. *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. 2. Aufl. ed. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kabalek**, Kobi: Spuren vergangene/r Geschichten: Die NS-Zeit in Interviews mit jungen Deutschen aus der ehemaligen DDR. Vortrag auf der internationalen Konferenz „Oral History und (post-)sozialistische Gesellschaften“, Freiburg im Breisgau, 3.-5. November 2005
- Keller**, Barbara. 1996. Rekonstruktion von Vergangenheit. vom Umgang der "Kriegsgeneration" mit Lebenserinnerungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niethammer**, Lutz. 1995. Diesseits des "Floating Gap". Das kollektive Gedächtnis und die Konstruktion von Identität im wissenschaftlichen Diskurs. In *Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten*, edited by K. Platt, Mihran Dabag. Opladen: Leske und Budrich.
- Maner**, Hans-Christian. 1998. Die "andauernde Vergangenheit". Der Umgang mit dem Vermächtnis der kommunistischen Herrschaft in Rumänien (1990-1996). *Osteuropa* 48, S.1024-1040.
- Markowitsch**, Hans J. 2000. Die Erinnerung von Zeitzeugen aus Sicht der Gedächtnisforschung. *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History*. 13. Jg. Heft 1:30-50.
- Pennebaker**, James W., Dario Paez, and Bernard Rimé, eds. 1997. *Collective Memory on Political Events. Social Psychological Perspectives*. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Preda**, Cristian. 2000. Zehn Illusionen - zehn Jahre danach. In *Im Dialog: rumänische Kultur und Literatur*, edited by M. Anghelescu and L. Schippel. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.
- Schacter**, Daniel L. 2001 [1996]. *Wir sind Erinnerung. Gedächtnis und Persönlichkeit*. Translated by H. Kober. Reinbek: Rowohlt.
- Straub**, Jürgen, and Jörn **Rüsen**. 1998. Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewusstsein. Frankfurt: Suhrkamp.

Welzer, Harald, ed. 2001. *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*. Hamburg: Hamburger Edition.

Welzer, Harald, and Hans J. **Markowitsch**. 2001. Umriss einer interdisziplinären Gedächtnisforschung. *Psychologische Rundschau* 52 (4):205-214.

Welzer, Harald, Sabine Moller, and Karoline Tschuggnall. 2002. *"Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Wineburg, Sam. 2001. Sinn machen: Wie Erinnerung zwischen den Generationen gebildet wird. In *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung.*, edited by H. Welzer. Hamburg: Hamburger Edition.

Valeska Bopp; Universität Leipzig und Bukarest; valeska_bopp@gmx.de Promotionskollegiatin des Lektorenprogramms der Robert-Bosch-Stiftung
--

Exposé von Marija Vulesica

Holocaust in Kroatien: Die Vernichtung der Juden im „Unabhängigen Staat Kroatien“ 1941 bis 1945

*Magisterarbeit betreut von Prof. Dr. Daniel Koerfer und Prof. Dr. Holm Sundhaussen,
Friedrich-Meinecke-Institut FU-Berlin*

Das Thema meiner Magisterarbeit behandelt einen in Kroatien immer noch vernachlässigten Aspekt seiner Geschichte. Die Vernichtung der kroatischen Juden, der Terror der Ustascha sowie die Umstände der Gründung des sogenannten *Unabhängigen Staates Kroatien* sind nach wie vor Themen, mit denen sich weder die Wissenschaft noch die breite Gesellschaft in ausreichendem Maße beschäftigen.

Der Fokus meiner Arbeit lag auf der Darstellung des Holocausts, den die kroatisch-jüdische Bevölkerung in der Zeit zwischen 1941 und 1945 erlitt. Dabei wurde meinerseits der Versuch unternommen, die zentrale Frage, wie konnte es in Kroatien überhaupt zu solch einem Terror und zur Gräueltaten an seiner Bevölkerung kommen, zu beantworten. Eine befriedigende und alles erklärende Antwort lässt sich auf solch eine grundlegende Frage nicht leicht finden. Dazu untersuchte ich zunächst die Situation der Juden in Kroatien respektive Jugoslawien vor dem Zweiten Weltkrieg. Im ersten Kapitel wurde eine Heranführung an die Verbreitung des jüdischen Lebens in Kroatien unternommen. Es sollte ein kurzer Überblick über die Geschichte der Juden in neuester Zeit auf dem Gebiet des späteren USK geboten werden. Wenn wir annehmen, dass Antisemitismus die Voraussetzung für Hass und die Tötungsabsicht Juden gegenüber bildete, müssen wir dann auch im folgenden Abschnitt klären, ob und wie verbreitet der Antisemitismus in Kroatien bzw. Jugoslawien war.

Anschließend wurde die Genese der Ustascha und ihrer Ideologie näher untersucht. Dabei befinden wir uns auf der Suche nach Antworten bezüglich eines *institutionalisierten Antisemitismus* oder eines politisch – kurzsichtigen Opportunismus der Ustascha-Führung.

Unter der Führung von Ante Pavelić kehrten einige Hundert Ustascha – Mitglieder aus dem Exil zurück und nahmen die ihnen übergebene politische Macht entgegen. Unmittelbar nach ihrer Inthronisation verschärften sie die ökonomische und soziale Diskriminierung von Juden. Ihre Verfolgung und Ermordung folgte sehr bald.

Hatte sich die Ustascha bereits im Exil durch Judenfeindlichkeit und antisemitische Programme ausgezeichnet? War Judenfeindlichkeit ein Kernpunkt ihrer Ideologie? War diese im Exil so stark ausgeprägt gewesen, dass die Maßnahmen gegen Juden eine konsequente politische Folge ihrer Ideologie war? Antworten auf diese Fragen sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht herauszufinden, wie der Genozid an Juden, durchgeführt von der Ustascha, möglich war.

Im Hauptteil wird das Ausmaß des jüdischen Leids dargestellt werden. Gesetze, Maßnahmen, Internierung, Entstehung von Konzentrationslagern sowie die Ermordung von rund 30.000 Juden stehen hier im Vordergrund. Dem Lager Jasenovac, das gemeinhin als das *kroatische Auschwitz* bezeichnet wurde und das nach wie vor als ein Symbol für die Schrecken des Ustascha-Terrors gilt, wurde ein eigenes Kapitel gewidmet. Die Vernichtung der kroatischen Juden durch die Ustascha bildet den thematischen Kern dieser Arbeit.

Von den 36.000 bis 39.000 Juden, die zu Kriegsbeginn auf dem USK-Territorium lebten, fielen rund 30.000 jüdischer Männer, Frauen und Kinder dem Terror der Ustascha oder der verbündeten SS zum Opfer. Schätzungen zufolge überlebten den Krieg nur 9.000 kroatischer

Juden. Die meisten retteten sich entweder durch Flucht in die italienisch- okkupierte Zone oder durch den Anschluss an Titos Partisanen. Ungefähr 1.000 der insgesamt 9.000 Juden erlebten das Kriegsende in den von der Ustascha kontrollierten Territorien. Wie entkamen die 9.000 und insbesondere die 1.000 der im USK Verbliebenen Pavelićs Häschern und der SS in einem *von der Judenfrage bereinigtem Staat*? Gab es *Solidarität und Hilfe* (W. Benz) für jüdische Mitbürger?

Im nächsten Kapitel wurden Möglichkeiten einer Rettung, sofern es sie gegeben hat, aufgezeigt. Rettungsversuche und Solidarierungen seitens der nicht-jüdischen Bevölkerungen werden dargestellt werden. Diese Aspekte können helfen, ein Bild der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Ereignisse nachzuzeichnen. Wer überleben wollte und wer tatsächlich überlebte, brauchte viele Helfer. Mit Hilfe von Freunde, Bekannten oder Nachbarn retteten sich einige Juden vor den Gräueln der Machthaber. Ein großer Teil verdankte seine Rettung dem Einsatz der katholischen Kirche und insbesondere dem Erzbischof von Zagreb und späteren Kardinal, Alojzije Stepinac. Aber weder seine Rolle noch die der katholischen Kirche in der Zeit des USK sind vorbehaltlos aufgeklärt. Auch diese Frage ist Bestandteil dieses Kapitels. An diesem Thema sollte sich wieder einmal eindrucksvoll zeigen, wie problematisch der Umgang der kroatischen Gesellschaft mit seiner Geschichte eigentlich war und zum großen Teil immer noch ist.

Den Abschluss dieser Arbeit bildet die Frage der *Vergangenheitsbewältigung*. Wie geht der relativ junge Nationalstaat Kroatien mit seiner Geschichte um? Was leisteten und leisten Historiker? Wie schauen Öffentlichkeit und Politik auf den schändlichsten Abschnitt der kroatischen Geschichte? Wie wird zum Beispiel in Schulen das Thema Holocaust behandelt?

Eine vorbehaltlose Konfrontation mit der Geschichte des USK, dessen Existenz dem Wohlwollen Hitlers und Mussolinis zu verdanken war, war im ehemaligen Jugoslawien tabu. Als dann der jugoslawische Vielvölkerstaat Anfang der 90er Jahre zusammenbrach und sich eine demokratische Wende abzeichnete, hofften viele Historiker, die Geschichte Kroatiens endlich fernab von ideologischen Schranken erforschen zu können. Es schien, als würde die Geschichte des sogenannten Unabhängigen Staates Kroatiens enttabuisiert und ein kritischer Zugang zum Thema ermöglicht werden. Doch die politischen Wirren, der Kriegsausbruch und die Re- Nationalisierung der Gesellschaft erzeugten zunächst einen anderen Trend. Viele Autoren blendeten die Gräueltaten der Ustascha aus, verkannten ihre politische Nichtigkeit gegenüber der deutsch- italienischen Achse und verherrlichten statt dessen das Faktum der angeblichen kroatischen *Unabhängigkeit* und des eigenständigen Staates. Und die Politik tat das ihre: Kroatische Politiker, darunter auch der damalige Staatspräsident Franjo Tuđman, interpretierten den Nationalismus von damals neu und belebten die *alte* kroatische Idee von einem selbständigen Nationalstaat wieder.

Trotz der nationalistisch gefärbten Anfangsphase in Kroatien blieb die kritische und objektive Forschung nicht völlig aus. Zu den Historikern, die einen wertvollen Beitrag zur Erforschung des USK lieferten, gehörten u.a. Žerjević, Kisić- Kolanović, Goldstein, Dizdar, Krišto, Peršen, Mataušić und andere. In ihren Arbeiten widmeten sie sich einer Problem- orientierten Erforschung des USK, lieferten ein wichtiges Personenlexikon und einige Biographien ehemaliger Ustascha- Größen. Die Öffnung der Archive 1993 und der zumindest rechtlich garantierte freie Zugang zur Wissenschaft wurden als wichtigste Voraussetzungen dafür gewertet. So vervierfachte sich zum Beispiel zwischen 1990 und 2002 im Vergleich mit der Zeitspanne 1969 bis 1999 die Anzahl der Aufsätze in der *Zeitschrift für Zeitgeschichte* (*Časopis za suvremenu povijest, ČSP*), die das Thema *USK* behandelten. Rund 20 Monographien erschienen zum gleichen Thema in der Zeit zwischen 1994 und 2001.

In den Schulen dagegen, wie Schulbuchanalysen zeigen werden, werden die Heranwachsenden nur unzureichend über die Geschichte des USK, erst Recht über den an kroatischen Juden begangenen Genozid unterrichtet.

Innerhalb der kroatischen Gesellschaft regt sich zu wenig Kritik an der historischen Erscheinung des USK. Das mag sicherlich auch mit der mangelnden Bildung und Aufklärung der Schüler und Studenten zusammenhängen. Noch ist das kritische Bewusstsein für das Unrecht, was kroatischen Juden, aber auch allen anderen Opfern, widerfuhr, nicht ausgeprägt genug. Wenn heute in Kroatien über die Geschichte des USK und die des Zweiten Weltkrieges diskutiert wird, beschränkt sich die Auseinandersetzung auf Zahlenbestimmung. Keine Frage, die Erkenntnis darüber, wie viele Opfer der Zweite Weltkrieg gefordert hatte, ist für den Fortgang der Forschung nicht unbedeutend. In Kroatien dagegen ist die Zahlendebatte der Dreh- und Angelpunkt sowohl der Forschung wie auch des öffentlichen Diskurses. Auch diese Zahlendebatte, die über Jahrzehnte die jugoslawische Historiographie beherrschte und zuletzt im Jahr 2005, anlässlich der Gedenkfeiern zum 60. Jahrestages des Kriegsendes, heftig aufflammte, wird im letzten Abschnitt der Arbeit genauer dargestellt werden.

Diese Magisterarbeit stützt sich in erster Linie auf einige wenige Editierungen kroatischer Quellen. Dazu gehören Dokumente der Ustascha- Regierung, vor allem Gesetze und Verordnungen. Die zögerliche und noch immer unzureichende Erforschung des Holocaust in Kroatien hat zu Folge, dass wichtige Quellen und Dokumente nicht veröffentlicht wurden und so für Studenten nicht zugänglich sind. Hierin liegt aber auch gleichzeitig die Chance und die Herausforderung für junge Wissenschaftler, die Licht in die Geschichte der Ustascha und des USK bringen wollen. Archive, zahlreiche Dokumente und andere Zeugnisse, wie zum Beispiel individuelle Geschichten der Verfolgten, warten darauf, sachlich und gründlich untersucht und aufgearbeitet zu werden.

Einer der wenigen kroatischen Historiker, die sich der intensiven Erforschung des Themas des Holocausts in Kroatien gewidmet haben, ist Ivo Goldstein. Mit seinem Werk „*Holokaust u Zagrebu*“ (Holocaust in Zagreb), erschienen 2001, stellte er einen Meilenstein in der kroatischen Geschichtswissenschaft zum selbigen Thema auf. Alles in Allem aber ist die Literatur zum Thema *Holocaust in Kroatien* weitgehend übersichtlich. Die Erforschung der Judenvernichtung in Kroatien befindet sich noch in ihren Ansätzen. Trotzdem kann bereits auf eine, obschon kleine, Anzahl fundierter Literatur, hauptsächlich in kroatischer Sprache, zurückgegriffen werden. Dazu gehören die Werke u.a. von Mataušić, Kisić- Kolanović, Švob und Feldman. Einige wenige deutsche und englische Historiker haben sich diesem Thema bisher gewidmet. Die Judenvernichtung in Kroatien wird von westeuropäischen Historikern lediglich im gesamt- europäischen Kontext dargestellt. Als eigenständiges Forschungsfeld hat sich diese Thematik noch nicht etabliert.

Das Ziel meiner Arbeit ist es daher, dieses Forschungsfeld aufzugreifen, zu füllen und wertvolle Informationen zur jüdischen, kroatischen, deutschen und schließlich europäischen Geschichte des Holocausts beizutragen. Die Erforschung des Holocausts in Kroatien ist bei weitem nicht fortgeschritten, geschweige denn abgeschlossen. Mit meiner Magisterarbeit, in der ich möglicherweise die Grundlage für eine Promotion auf diesem Gebiet lege, habe ich allenfalls einen ersten Schritt zu weiteren Prüfung dieses Themas gelegt.

Marija Vulesica: mvulesica@web.de
--

Exposé von Oliver Schwarz

Erweiterung als „Überinstrument“?

Zur Europäisierung des westlichen Balkans

Dissertation betreut von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt, Universität Duisburg

Am 1. Mai 2004 hat die Europäische Union (EU) den historischen Schritt ihrer Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa vollzogen. Spätestens 2008 werden Bulgarien und Rumänien in den Kreis der EU-Mitglieder aufgenommen. Ende 2005 haben die europäischen Staats- und Regierungschefs grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien gegeben. Von den Ländern des westlichen Balkans wurde bislang allein Mazedonien der Kandidatenstatus verliehen. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro und die Region des Kosovo müssen sich hingegen weiterhin damit begnügen, „potenzielle“ Kandidaten für einen EU-Beitritt zu sein. Eine komplexe Agenda, die durch das negative Votum der Franzosen und Niederländer zum Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) zusätzlich verkompliziert wird. Vor diesem Hintergrund widmet sich das Promotionsvorhaben dem Prozess der Europäisierung der besagten fünf westlichen Balkanländer. Ziel ist es herauszufinden, welches Europäisierungsmodell die EU im Falle der westlichen Balkans verfolgt, auf welche Instrumente sie dabei zurückgreift und welche Notwendigkeiten zur Modifikation bestehen. Dabei wird die These vertreten, dass die EU am Modell der „klassischen“ Erweiterungspolitik nicht wird festhalten können und zunehmend auf Alternativen zum Beitritt zurückgreifen wird. Für den Fall des westlichen Balkans wird dabei der Versuch unternommen, dieses Alternativmodell zu konkretisieren und entsprechende Politikempfehlungen zu formulieren.

Untersuchungsgegenstand

Mit dem Auseinanderbrechen des jugoslawischen Vielvölkerstaates sah sich die EU auf dem westlichen Balkan vor große außenpolitische Herausforderungen gestellt. Erst nach schmerzlichen Lernprozessen unternahm sie mit der Initiierung des Stabilitätspakts für Südosteuropa einen umfassenden Schritt in Richtung regionaler Friedenskonsolidierung und „nachholender Prävention“.⁷⁰ Gleichzeitig vollzog sie einen Paradigmenwechsel von der bloßen Stabilisierung der Region hin zur Integration derselben.⁷¹ Die über den Stabilitätspakt offerierte Perspektive einer EU-Vollmitgliedschaft stellt bis heute den zentralen Motivationsimpuls für die Länder des westlichen Balkans dar, interne Reformanstrengungen zu intensivieren und regionale Kooperation voranzutreiben. Im Juni 2000 betonte der Europäische Rat in Feira erstmals, dass die Länder des westlichen Balkans „potenzielle Kandidaten“ für eine EU-Mitgliedschaft seien. Eine Formulierung, die drei Jahre später auf dem Gipfel von Thessaloniki ausdrücklich bestätigt wurde. Als Voraussetzung einer EU-Vollmitgliedschaft gelten seit 1993 die so genannten „Kopenhagener Kriterien“, die jeder Beitrittskandidat erfüllen muss.⁷² Neben diesen Kriterien gelten für die Länder des westlichen Balkans zusätzliche spezifische Konditionalitäten, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag oder die Einhaltung der Abkommen von

⁷⁰ Vgl. Roloff, Christoph: Nachholende Prävention: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Ulrich Ratsch (Hrsg.): Friedensgutachten 2001, Münster 2001, S. 139-148.

⁷¹ Vgl. Biermann, Rafael: Stabilitätspakt und EU-Balkanpolitik. Von der Stabilisierung zur Integration, in: Integration, 25 (2002) 3, S. 210-225.

⁷² Vgl. hierzu die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21.-22.06.1993.

Dayton (Bosnien-Herzegowina), Ohrid (Mazedonien) und Belgrad (Serbien-Montenegro).⁷³ Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) fördert die Länder des westlichen Balkans und unterstützt ihre Vorbereitung auf eine EU-Mitgliedschaft vorwiegend mittels dreier Instrumente: vertraglicher Beziehungen im Rahmen der so genannten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), Handelsmaßnahmen und finanzieller Hilfe.⁷⁴ Diese Maßnahmen werden von verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten flankiert.⁷⁵ Auf dem Gipfel von Thessaloniki wurde zudem beschlossen, verschiedene Erweiterungsinstrumente in den SAP zu übertragen.⁷⁶ Fungiert die Erweiterung also weiterhin als „Überinstrument“⁷⁷ der EU? Der Fall Kroatien, das im Juni 2004 den offiziellen Kandidatenstatus erhielt, und Mazedonien, dem diese Aufwertung im Dezember 2005 erfuhr, würde diese These bestätigen. Ein Blick auf die spezifischen Problembereiche des westlichen Balkans offenbart jedoch, dass es schwierig sein wird, eine einfache Gerade „von der Ost- zur Südosterweiterung“ zu zeichnen.⁷⁸ Zudem hat das vorläufige Scheitern des Verfassungsentwurfs und die schwierigen Verhandlungen über den EU-Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2013 die Diskussion neu entfacht, inwieweit die EU überhaupt erweiterungsfähig ist. Neben der institutionellen und finanziellen Überdehnung wird hierbei insbesondere auf die schwindende Akzeptanz in der EU-Bevölkerung hingewiesen.⁷⁹ Im so genannten Brok-Bericht wird die Kommission vom Parlament daher aufgefordert, bis Ende 2006 eine umfassende Erklärung zur Aufnahmekapazität der EU zu erstellen.⁸⁰ Ob diese Neupositionierung des EU-Parlamentarier auch zu einem Policy-Wechsel der EU führen wird bleibt zu untersuchen. Dass jedoch allein die Debatte um mögliche Alternativen zur vollen Integration des westlichen Balkans negative Rückwirkungen bei den (potenziellen) Beitrittskandidaten zeitigt, darf vorausgesetzt werden.⁸¹

Fragestellungen

Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragestellungen virulent:

- Erstens, welche Erklärungsansätze liefern vorliegende Theorien zur Europäisierung von Drittstaaten?
- Zweitens, welche verschiedenen Phasen lassen sich im Verlauf der Europäisierung des westlichen Balkans unterscheiden und wie sind diese zu erklären? Lässt sich eine

⁷³ Vgl. hierzu die Schlussfolgerungen des Rates vom 29.04.1997 sowie vom 21.06.1999.

⁷⁴ Vgl. Europäische Kommission: Bericht der Kommission. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa. Dritter Jahresbericht (KOM(2004) 202 endg.), Brüssel, 30.04.2004, S. 7ff.

⁷⁵ Beispielhaft seien hier der Stabilitätspakt, die Vermittlerrolle des Hohen Repräsentanten sowie die Polizei- und Militäreinsätze der EU genannt.

⁷⁶ Vgl. Altmann, Franz-Lothar: Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki: Zurück zur Realität? (SWP-Aktuell 26), Berlin 2003.

⁷⁷ Whitman, Richard: The fall and rise of civilian power Europe? (National Europe Centre Paper 16), Canberra 2002, S. 24.

⁷⁸ Brusis, Martin: Von der Ost- zur Südosterweiterung? Die Europäische Union und der westliche Balkan, in: Osteuropa, 53 (2003) 11, S. 1623-1638.

⁷⁹ Vgl. Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 64. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Brüssel, Dezember 2005.

⁸⁰ Vgl. Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Strategiepapier 2005 der Kommission zur Erweiterung, Straßburg, 16.03.2006

⁸¹ Vgl. Reljic, Dusan: Der Westbalkan ohne Zukunftsplan. Die Erweiterungsdebatte gefährdet die Stabilität im schwächsten Teil Europas (SWP-Aktuell 30), Berlin 2005; Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver: Das Europäische Parlament geht auf Distanz zur EU-Erweiterung. Reaktionen beim Beitrittskandidaten Mazedonien (under review, Südosteuropa-Mitteilungen).

„Strategie“ der Europäisierung des westlichen Balkans erkennen? Unterscheidet sich diese instrumentell oder prozessual von der am 1. Mai 2004 vollzogenen Erweiterung?

- Drittens, welche Schlussfolgerungen lassen sich vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen zum konkreten Fall des westlichen Balkans und darüber hinaus zur künftigen Europäisierung von EU-Drittstaaten formulieren?

Theoretische Anlage der Arbeit

Das Konzept der Europäisierung stellt keinen *deus ex machina* zur Lösung theoretischer oder empirischer Probleme dar. Es besitzt jedoch das Potenzial, verschiedene etablierte Ansätze miteinander in Einklang zu bringen und somit zu einer kumulativen Forschung in der Politikwissenschaft beizutragen.⁸² Im Hinblick auf den konzeptionellen Gesamtrahmen zur Bearbeitung der oben aufgeführten Fragestellungen scheint es daher sinnvoll, vornehmlich auf folgende Theorieangebote näher einzugehen:

- Liberaler Intergouvernementalismus: Da das Design des Promotionsvorhabens die EU explizit als einen Akteur auffasst, der mit nationalstaatlichen Akteuren innerhalb des internationalen Systems verhandelt, drängt sich der Rückgriff auf diesen (neo-)realistisch orientierten Integrationsansatz auf.⁸³ Angesichts der zentralen Rolle der Kommission bei der Interaktion mit beitragswilligen Drittstaaten bedarf dieser Ansatz jedoch zwingend einer theoretischen Ergänzung.
- Institutionalismus: Der entscheidende Unterschied zum liberalen Intergouvernementalismus liegt darin, dass die diversen institutionalistischen Ansätze (supranationalen) Institutionen eine selbstständige Gestaltungs- und Prägekraft zusprechen, die sich nachhaltig auf das Verhalten der nationalstaatlichen Akteure auswirkt. Ergo: *institutions matter*.⁸⁴
- Konstruktivismus: Diese Sichtweise wird durch die Berücksichtigung konstruktivistischer Ansätze unterstrichen. Denn bei allen Unterschiedlichkeiten der zum Teil recht lose definierten Ansätze und der bisweilen zu Recht monierten methodologischen Unzulänglichkeiten⁸⁵ liegt ihr wesentlicher analytischer Mehrwert für das Promotionsvorhaben darin, dass sie den Blick auf Europäisierungsprozesse freigeben, die außerhalb des europäischen Institutionengefüges stattfinden.⁸⁶
- Strategien differenzierter Integration: Auch wenn die hierunter subsumierten Ansätze noch nicht zu einem eigenen Paradigma der Integrationstheorie verdichtet wurden, zeigen sie dennoch nützliche Alternativen zur einheitlich-linearen Entwicklung des Integrationsprozesses und zur Umgehung dabei möglicherweise erscheinender

⁸² Vgl. Radaelli, Claudio M.: *Europeanization: solution or problem?*, in: *European Integration Online Papers*, 8 (2004) 16.

⁸³ Vgl. Ginsberg, Roy H.: *Conceptualizing the European Union as an international actor: narrowing the theoretical capability-expectation gap*, in: *Journal of Common Market Studies*, 37 (1999) 9, S. 429-454; Moravcsik, Andrew: *Preferences and power in the European Community: a liberal intergovernmentalist approach*, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (1993) 4, S. 473-523.

⁸⁴ Vgl. u.a. Garrett, Geoffrey/Tsebelis, George: *An institutional critique of intergovernmentalism*, in: *International Organization*, 50 (1996) 2, S. 269-299; Keohane, Robert: *After hegemony: cooperation and discord in the world political economy*, Princeton 1984.

⁸⁵ Vgl. Boekle, Henning/Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard: *Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlage und methodische Vorgehensweise (PAFE-Arbeitspapier 1)*, Trier 2000, S. 7.

⁸⁶ Vgl. Wagner, Wolfgang/Hellmann, Gunther: *Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union*, Frankfurt a.M. 2001, S. 13.

Widerstände auf.⁸⁷ Hier gilt es jedoch die große Debatte zur differenzierten Integration der Vertiefung sauber von Strategien zur differenzierten Integration der Erweiterung zu trennen.⁸⁸

Beim derzeitigen Stand der Dinge versteht es sich von selbst, dass die aufgelisteten Theorieangebote eher als Überblick über mögliche konzeptionelle Anknüpfungspunkte, denn als ausgereifter analytischer Gesamtrahmen anzusehen sind. So könnten durch eine Auseinandersetzung mit der finalité des europäischen Integrationsprozesses föderalistische Ansätze ebenso ihre Gültigkeit erhalten wie die konkurrierende prozessoffene Denkschule des (Neo-) Funktionalismus.

Stand der Forschung

Soweit es um den Forschungsstand des theoretischen Teils des Promotionsvorhabens geht, ist festzustellen, dass trotz der „vielen Gesichter der Europäisierung“⁸⁹ sich zunächst nur wenige Autoren mit der Europäisierung von Ländern außerhalb des EU-Systems befassten. Das analytische Konzept der Europäisierung wurde generell für top-down-Beziehungen innerhalb der EU konzipiert und wird auch weiterhin in diesem Kontext angewandt. In einem nächsten Schritt wurde der Einfluss der Europäisierung auf die Länder Mittel- und Osteuropas aufgegriffen.⁹⁰ Obwohl der Frage nach der „Übertragbarkeit des Modells der EU-Osterweiterung auf Südosteuropa“⁹¹ bereits von einigen Autoren nachgegangen wurde, finden sich unter dem spezifischen Gesichtspunkt der Europäisierung des westlichen Balkans nur vereinzelte Studien, die sich insbesondere mit dem „Europäisierungs-Potenzial“ dieser Länder auseinandersetzen.⁹² Als wesentliches Anliegen des Promotionsvorhabens gilt jedoch vielmehr eine andere Perspektive: Inwieweit verfügt die EU über eine angemessene Strategie und angemessene Instrumente zur Europäisierung des westlichen Balkans? Darum soll kreativ auf bereits in der Forschung etablierte Ansätze und Theorien aufgebaut werden. Was den empirischen Teil des Promotionsvorhabens anbelangt, ist zunächst festzustellen, dass eine ungewöhnliche Fülle wissenschaftlicher Publikationen und Forschungsprojekte existiert, die seit den 1990er Jahren die Zerfalls- und Neuformierungsprozesse des kriegs- und krisengeschüttelten westlichen Balkans begleitet, gedeutet und analysiert haben. Von einer spezifischen EU-westlichen Balkanpolitik und ihrer Aufnahme in die Literatur kann jedoch

⁸⁷ Vgl. Giering, Claus: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration, Bonn 1997, S. 224.

⁸⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Europas Alternativen. Aufgaben und Perspektiven der großen Europäischen Union. Vorlage zum International Bertelsmann Forum, Berlin, 09.-10.01.2004; Deubner, Christian: Differenzierte Integration: Übergangerscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2003) 1-2, S. 24-32; Kempe, Iris (Hrsg.): Prospects and risks beyond EU enlargement. Eastern Europe: challenges of a Pan-European policy, Opladen 2003.

⁸⁹ Olsen, Johan P.: The many faces of Europeanization, in: Journal of Common Market Studies, 40 (2002) 5, S. 921-952.

⁹⁰ Vgl. Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver: Europäisierung – ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen (under review, Politische Vierteljahresschrift).

⁹¹ Axt, Heinz-Jürgen: Die Übertragbarkeit des Modells der EU-Osterweiterung auf Südosteuropa (Kurzgutachten zum Balkan Forum 2003 der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und dem CAP), Duisburg 2004.

⁹² Vgl. Demetropoulou, Leeda: Europe and the Balkans: membership aspiration, EU involvement and Europeanization capacity in South Eastern Europe, in: Southeastern European Politics, 3 (2002) 2, S. 87-106; Demetropoulou, Leeda: Europeanization potential and accession prospects in the Western Balkans, in: European Balkan Observer, 2 (2004) 2, S. 5-9.

erst seit dem Daytoner Abkommen gesprochen werden.⁹³ Der „katalytischen Wirkung“ des Kosovo-Kriegs sowie der Entstehung des Stabilitätspakts sind zahlreiche Beiträge gewidmet worden.⁹⁴ Seit diesem Zeitraum lässt sich auch ein Wandel in der Perzeption der EU-westlicher Balkanbeziehungen unter dem Motto „von der Stabilisierung zur Integration“ feststellen.⁹⁵ Gegenpositionen waren seither nur vereinzelt anzutreffen.⁹⁶ Auseinandersetzungen mit dem SAP – dem zentralen Politikansatz der EU in der Region des westlichen Balkans – liegen bereits ebenfalls vor.⁹⁷

Methodisches Vorgehen

Zur Bearbeitung der Fragestellungen soll auf Forschungsbeiträge unterschiedlicher Richtungen zurückgegriffen werden. Dabei wird das Material im Wesentlichen aus wissenschaftlichen Publikationen der Bereiche Europäisierung, Integration, Transformation sowie Außen- und Sicherheitspolitik bestehen. Die empirische Datenbasis des Promotionsvorhabens stützt sich neben der Sekundär- vor allem auch auf die gut verfügbare Primärliteratur. Hierunter fallen Dokumente wie die Schlussfolgerungen und Beschlüsse des Europäischen Rates, die Schlussfolgerungen, Erklärungen, Stellungnahmen und Beschlüsse des Rates, die Vorschläge, Reporte und Beschlüsse der Kommission sowie Reden und Stellungnahmen relevanter Akteure. Die zusätzliche Durchführung von (leitfadengestützten) Experteninterviews soll mit dem Ziel verfolgt werden, die mit Hilfe der Dokumentenanalyse gewonnenen Informationen zu präzisieren und ergänzende, eventuell sogar neue Erkenntnisse gewinnen zu können.

Hypothesen

Naturgemäß können zum derzeitigen Stand der Dinge lediglich Erwartungen formuliert werden, doch augenscheinlich scheint sich die Einschätzung des jüngsten Berichts der Internationalen Balkankommission zu bewahrheiten: „The classical enlargement model that worked for Central and Eastern Europe in 1990 simply does not fit the conditions prevailing in the Balkans.“⁹⁸ Bereits heute ist das Verhältnis EU-westlicher Balkan von Elementen gekennzeichnet, die sich vom klassischen Beitrittsprozess unterscheiden (siehe SAP, Stabilitätspakt und Entscheidungen von Thessaloniki). Dieser spezifische Charakter wird von vielen Autoren verkannt, da sie sich konzeptionell auf die Beitrittsfrage konzentrieren. So plädiert Calic in ihrer Studie über den SAP explizit dafür, das Einführen von Zwischenschritten für die Länder des westlichen Balkans auf ihrem Weg zur

⁹³ Vgl. Altmann, Franz-Lothar: Die Balkanpolitik der EU – Regionalansatz und Prinzip der Konditionalität, in: Südosteuropa, 47 (1998) 10-11, S. 503-515.

⁹⁴ Vgl. u.a. Deimel, Johanna: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: Ansatz und Stand beim Regionaltisch und den drei Arbeitstischen, in: Heinz-Jürgen Axt/Christoph Rohloff (Hrsg.): Frieden und Sicherheit in (Südost-) Europa: EU-Beitritt, Stabilitätspakt und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Südosteuropa-Studien, Bd. 70), München 2001, S. 188-220; Wittowsky, Andreas: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die "führende Rolle" der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2000) 29-30, S. 3-13.

⁹⁵ Vgl. u.a. Biermann (Anm. 71); Meurs, Wim van: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2003) 10-11, S. 34-39.

⁹⁶ Einen Überblick liefert Wittowsky, Andreas: Membership light revisited: Für den Abschied von symbolischen EU-Mitgliedschaftsoptionen, in: Axt/Roloff (Anm. 94), S. 253-267.

⁹⁷ Vgl. u.a. Calic, Marie Janine: Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Prüfstand. Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik (SWP-Studie 33), Berlin 2004.

⁹⁸ International Commission on the Balkans (Hrsg.): The Balkans in Europe's future, Sofia 2005, S. 9.

Vollmitgliedschaft zu unterlassen.⁹⁹ Dem widerspricht Altmann wiederum dezidiert und macht sich für eine „Junior-Mitgliedschaft“ der westlichen Balkanländer stark.¹⁰⁰ Im Vergleich zur Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei bislang eher eine Einzelmeinung.¹⁰¹ Van Meurs wiederum spricht sich dafür aus, die EU solle in Zukunft das Instrument der Erweiterung vielmehr strategisch denn prozedural einsetzen.¹⁰² Diesen Überlegungen folgend geht das Promotionsvorhaben von der These aus, dass der EU-interne Konsolidierungsbedarf und die spezifischen Problembereiche des westlichen Balkans auf absehbare Zeit eine Vollmitgliedschaft dieser Länder unwahrscheinlich machen. Um erzielte Stabilitätserfolge nicht zu gefährden wird die EU zur Europäisierung dieser Länder daher auf differenzierte Formen von Integration zurückgreifen.

Oliver Schwarz, Dipl.-Soz.-Wiss.; Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg); Fachbereich Gesellschaftswissenschaften; Institut für Politikwissenschaft; Lotharstr. 63, LF 321; D-47057 Duisburg; fon: +49(0)203 - 379 2039; fon: +49(0)203 - 379 2022 (Sekretariat Frau Bähz); fax: +49(0)203 - 379 2318; email: oliver.schwarz@uni-due.de

⁹⁹ Vgl. Calic (Anm. 97).

¹⁰⁰ Vgl. Altmann, Franz-Lothar: EU und Westlicher Balkan. Von Dayton nach Brüssel: ein allzu langer Weg (SWP Studie 1), Berlin 2005.

¹⁰¹ Vgl. hierzu Kramer, Heinz: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union (SWP-Studie 34), Berlin 2003; Quaisser, Wolfgang: Alternative EU-Integrationsstrategien für die Türkei und andere und andere EU-Kandidatenländer. Privilegierte Partnerschaft oder „Erweiterte Assoziierte Mitgliedschaft“ (OIM Kurzanalysen und Informationen 12), München, März 2004; Quaisser, Wolfgang/Wood, Steve: EU member Turkey? Preconditions, consequences and integration alternatives (forost Arbeitspapier 25), München 2004.

¹⁰² Meurs, Wim van: Europäische Politik für den Balkan und Kosovo neu gedacht. Zum Report der Internationalen Balkankommission, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 45 (2005) 3, S. 8.